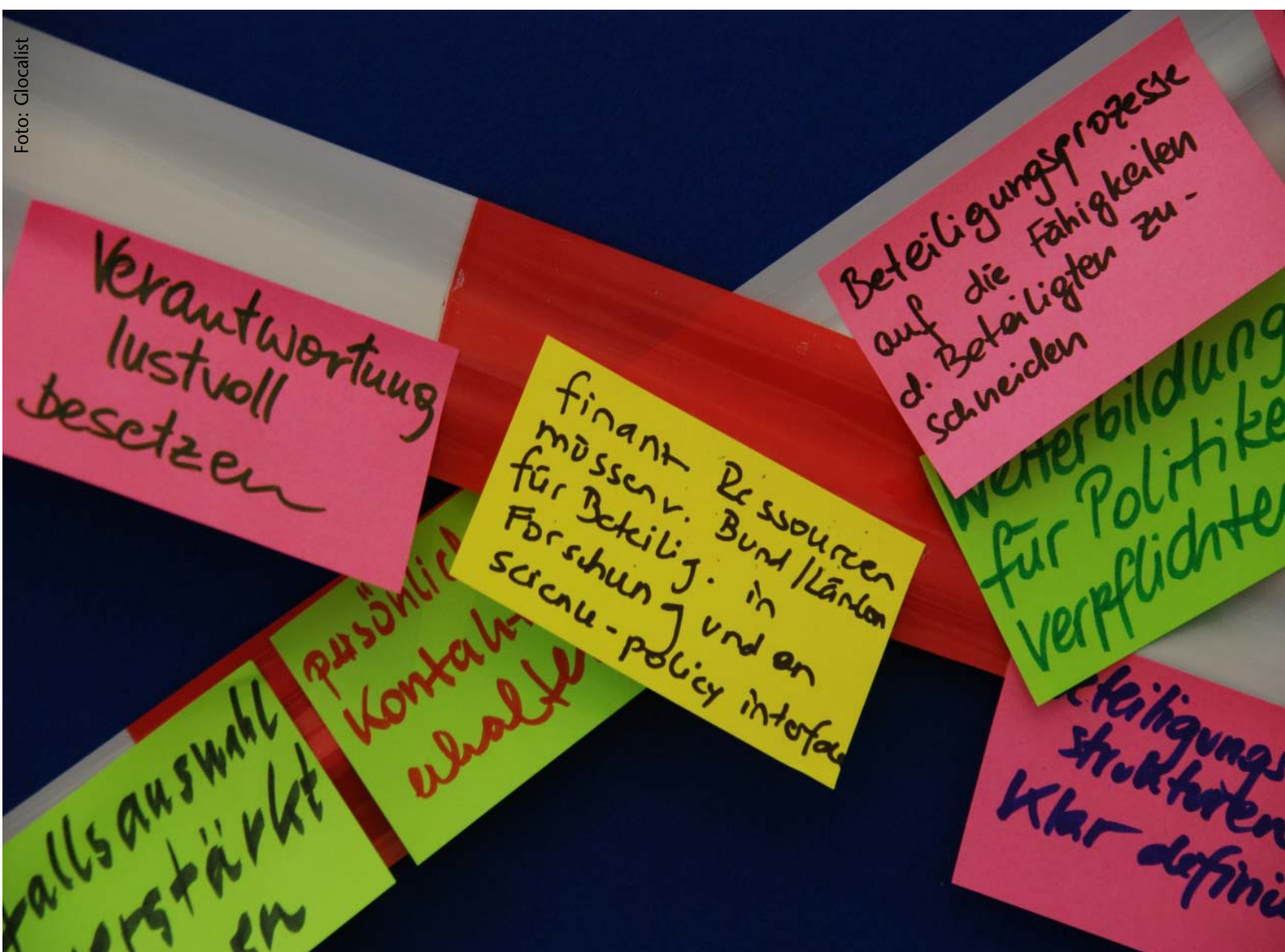




## Dokumentation: Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung

Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?"



Eine Veranstaltung des Lebensministeriums und der ÖGUT

## "Dokumentation der Veranstaltung „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung (Kurztitel)“ in Kooperation mit der ÖGUT erstellt." .....

|                                                                                   |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----|
| Einleitung .....                                                                  | 6  |
| Programm .....                                                                    | 7  |
| „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung“ - ein Veranstaltungsrückblick ..         | 8  |
| Kooperation versus Konkurrenz - neue Beziehungsmodelle<br>in der Demokratie ..... | 14 |

### Vorträge

|                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Demokratie plus e - neue Potenziale durch ePartizipation? .....                      | 16 |
| Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung -<br>wie kann ein Miteinander gelingen? ..... | 20 |

### Einblicke in zukunftsweisende Praxis - Prinzipien, Modelle, Kulturen

|                                                                                |    |
|--------------------------------------------------------------------------------|----|
| Europäisches BürgerInnengutachten<br>zur Zukunft der ländlichen Räume .....    | 24 |
| Der Österreichische Walddialog .....                                           | 28 |
| Bürgerhaushalt Lichtenberg .....                                               | 31 |
| Das „Stop and Go-Prinzip“ der Gemeinde Mäder .....                             | 35 |
| Gelebte BürgerInnengesellschaft<br>- der Weyarner Weg zur Nachhaltigkeit ..... | 37 |
| Lokale Bürgerpanels als Motor der Bürgerbeteiligung .....                      | 40 |
| Dialogforum Flughafen Wien .....                                               | 43 |
| Szenische Interventionen - Forumtheater und Partizipation .....                | 45 |
| Öffentlichkeitsbeteiligung 2025<br>- eine gemeinsame Vision entwickeln .....   | 48 |
| Mitwirkende .....                                                              | 50 |
| Konzeption und Organisation .....                                              | 54 |
| Danksagung .....                                                               | 55 |

## Veranstaltungen 2007 OeNWE .....

## Grundeinkommen

|                                                                |    |
|----------------------------------------------------------------|----|
| Grundeinkommen - ein Menschenrecht; Lieselotte Wohlgenannt ... | 57 |
| Grundeinkommens-Kongress BASEL .....                           | 59 |

## Recht auf eine andere Information .....

## OFFENER BRIEF

|                                                                                    |    |
|------------------------------------------------------------------------------------|----|
| An den Generaldirektor der Österreichischen Post AG,<br>Herrn Dr. Anton Wais ..... | 62 |
|------------------------------------------------------------------------------------|----|

## EU-Report

|                                                                                                                                   |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Kurzmeldungen .....                                                                                                               | 64 |
| Steuerentwicklung in der EU .....                                                                                                 | 69 |
| 26. Juni – Internationaler Tag gegen Folter .....                                                                                 | 73 |
| Finanzdienstleistungen: Kommission fordert zur vollständigen<br>Umsetzung der Finanzmarktrichtlinie in nationales Recht auf ..... | 75 |

## Nächste Ausgabe

Ende

August 2007

### Impressum

Glocalist Review : Digitale  
Wochenzeitschrift für  
NGO&NPO-Management,  
Politik, Ökonomie und Kultur;  
Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger:  
„arbeitsraum-philosophie“ agen-  
tur für analoge & digitale kom-  
munikationswirtschaft GmbH  
Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer  
Redaktion: A-1030 Wien,  
Barmherzigeng. 17/6/1;  
oder per Mail an  
redaktion@glocalist.com

Design: [www.arbeitsraum.at](http://www.arbeitsraum.at)

Anzeigenverwaltung:  
[anzeigenleitung@glocalist.com](mailto:anzeigenleitung@glocalist.com)

Abo-Service:

[abo@glocalist.com](mailto:abo@glocalist.com)

[>>](http://www.glocalist.com)  
Abonnement

Bezugsabmeldung nur zum Ende des  
vereinbarten Zeitraumes mit sechs-  
wöchiger Kündigungsfrist.

Internet:

[www.glocalist.com](http://www.glocalist.com)

Mail:

[office@glocalist.com](mailto:office@glocalist.com)

Bankverbindung: BLZ 20111

Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und LeserInnen-  
briefe wird keine Haftung und  
Gewährleistung übernommen.  
Der Herausgeber und die  
Redaktion behalten sich even-  
tuelle Kürzungen vor. Nament-  
lich gekennzeichnete Beiträge  
drücken nicht unbedingt die  
Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion aus und für diese  
Beiträge und ihren Wahrheits-  
gehalt haften ausschließlich die  
AutorInnen.

# Die Mühsal ist groß

Bei der Benennung der Demokratiedefizite europäischer Staaten kann man schnell einen Nenner ziehen: Ausschließliche Repräsentativität ohne direkte Demokratie und Partizipation, betont mehr den Herrschaftsaspekt, denn den BürgerInnenaspekt versteht man Demokratie als die Herrschaft des Volkes. Entsprechend wird versucht Gewaltentrennung rückzubauen, Menschenrechte auszuhebeln und die Meinungs- und Pressefreiheit zeigt sich zunehmend als eine bedrohte Freiheit. Einher geht damit die Bildung wie auch Abgehobenheit einer politischen Klasse, die sich mehr um ihr Wohl sorgt, Privilegien zu sichern weiß und man zunehmend den Eindruck hat, man müsse die Demokratie vor den PolitikerInnen schützen, da diese den Staat zunehmend als Selbstbedienungsladen sehen.

Die Mühsal ist hier groß und mündet oft - beim Bohren der dicken Bretter - in der fatalistischen Biertisch-Haltung, jedes Volk hat die Regierung und PolitikerInnen, die es verdient.

Dies ist grundfalsch, denn die BürgerInnen verfügen über keine Instrumentarien noch Mittel und Ressourcen wie Organisationen,

sich wirkungsvoll PolitikerInnen und Parteien wirklich (aus-)wählen noch unter Druck setzen zu können. Interessensgruppen mit ihren Lobbyorganisationen haben es hier wesentlich leichter und können entsprechend agieren.

Gerne werden dann hier Parteien in das Treffen geführt, doch diese erweisen sich als kaum Durchlässig und schon gar nicht transparent, gleiches gilt für Vereine, die oft recht großzügig - wie auch falsch - als Ort der Zivilgesellschaft per se angesprochen werden und als Orte der Demokratie und Transparenz. Dies mag für einen Teil der Vereine zutreffen, aber gewiss nicht für alle oder gar die Mehrheit. Auch hier sind die Demokratiedefizite erheblich.

So bleibt dem/der BürgerIn die Medien als quasi ihre Kundenzeitschrift gegenüber der Politik. Doch auch hier verschimmelt die BürgerInnenmeinung oft im Leserforum und der/die Bürgerin ist kaum Subjekt.

Resultat ist, dass die Gruppe der NichtwählerInnen mittlerweile die größte Fraktion in jedem europäischen Parlament darstellen würden. Und hier sollte auch ein zentraler Reformansatz liegen: Erstens, soll die Refundierung der Wahlkosten wie Gelder an die Parteien gekoppelt sein an den



CHRISTIAN NEUGEBAUER,  
HERAUSGEBER

Prozentsatz der Wahlbeteiligung und zweitens soll die an die „Fraktion“ der NichtwählerInnen zufallenden Mandate - ähnlich wie bei einer Schöffbenbestellung durch das Gericht: Auch diesem kann man sich nicht entschlagen, da es eine BürgerInnenpflicht darstellt - an jene BürgerInnen vergeben werden, deren Gruppen unterrepräsentiert sind, wie beispielsweise Frauen, Arbeitslose oder diskriminierte Gruppen aus den nicht-verbeamteten Bereich. ■



# Nr. 19

## JULI/AUGUST im Zeitschriftenhandel

# Glocalist

MEDIEN



MEDIEN FÜR WIRTSCHAFTSETHIK, NACHHALTIGKEIT UND SOZIALE VERANTWORTUNG

Tustdudenken  
mutdulesen!



**Jeden Monat in  
ihrer Post**

10 Ausgaben jährlich



**Jeden Montag in  
ihrer Mailbox**

41 Ausgaben jährlich

Ich will lesen:



**KOMPLETT-ABO**

**Jetzt zum  
Einführungspreis\***

(statt 125,-) von

**80,- Euro**

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine  
inkl. Versand innerhalb Österreichs.



**Magazine-ABO**

**Jetzt zum  
Preis von**

**40,- Euro**

für 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

**ABO-Variante bitte ankreuzen**

Vorname/Nachname: .....

Firma/Organisation: .....

Straße: .....

PLZ/OrtL: .....

E-Mail: .....

**ABOBESTELLUNG** per **Mail** an [abo@glocalist.com](mailto:abo@glocalist.com) od. **Fax**: 01/597 6855

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr zum regulären Preis. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter [abo@glocalist.com](mailto:abo@glocalist.com) oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). \*Einführungspreis gültig bis 31.12.2007. Der Einführungspreis gilt einmalig und ist auf bestehende Abonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo. Jedes weitere Jahr wird zum Regulärpreis verrechnet.

# Dokumentation der Veranstaltung „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung“

Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?  
(Workshop) vom 19.-20. April 2007 Lebensministerium, Wien.

Diese Dokumentation wurde erstellt in Kooperation  
zwischen der ÖGUT und den Glocalist Medien.



Fotos: Glocalist

# Einleitung

Die Öffentlichkeit bei Entscheidungen einzubeziehen, die sie betreffen, ist bereits vielfach angewendete Praxis. Denn nur der Ausgleich der verschiedenen Interessen kann langfristig zu einer lebenswerten Umwelt, zu wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt in der Gesellschaft führen und das Vertrauen in Entscheidungen und in die Politik stärken. Daher ist es das Ziel, Beteiligung bei der demokratischen Entscheidungsfindung noch stärker zu etablieren und vor allem dauerhaft zu verankern. Doch: Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie? Oder konkreter gefragt:

- o Wie sehen mögliche Zukunftsvisionen für die (Weiter-) Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung aus?
- o Was sind aussichtsreiche Strategien, um das Ziel einer breit verankerten Öffentlichkeitsbeteiligung zu erreichen?
- o Wie können die Schnittstellen zwischen repräsentativer Demokratie und partizipativen Prozessen besser gestaltet werden?
- o Welche Unterstützung brauchen die einzelnen AkteurInnen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf diesem Weg?

Der Diskussion um die „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung“ an der Schnittstelle von repräsentativer und partizipativer Demokratie widmet das österreichische Lebensministerium in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) heuer breiten Raum. Als Auftakt der Aktivitäten sollte diese Veranstaltung Interessierten und Engagierten im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung ein Forum für den intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zu diesen Fragen und für die ergebnisorientierte Entwicklungsarbeit mit kreativen und interaktiven Methoden bieten.

Wir bedanken uns bei der Flughafen Wien AG, dem Land Niederösterreich und der Wiener Umweltschutzorganisation für die Unterstützung der Veranstaltung sowie bei allen TeilnehmerInnen und Mitwirkenden für ihre wertvollen Beiträge, die die Veranstaltung zu einem Erfolg gemacht haben!

## Rita Trattnigg

Lebensministerium

[rita.trattnigg@lebensministerium.at](mailto:rita.trattnigg@lebensministerium.at)



[lebensministerium.at](http://lebensministerium.at)

## Martina Handler

ÖGUT

[martina-handler@oegut.at](mailto:martina-handler@oegut.at)



Auf den folgenden Seiten finden Sie die Dokumentation einiger Programmpunkte und Ergebnisse der Veranstaltung. Weitere Informationen finden Sie auf [www.partizipation.at](http://www.partizipation.at).

# PROGRAMM

## Donnerstag, 19. April 2007 - Nachmittag

- 12:30 **Registrierung / Kulinarisches Willkommen**
- 13:30 **Begrüßung** Reinhard Mang, Generalsekretär des Lebensministeriums.  
Zum Inhalt des Workshops
- 14:00 **Kooperation versus Konkurrenz** - Neue Beziehungsmodelle in der Demokratie (World Café)
- >>16:00 Pause<<
- 16:30 **Kooperative Demokratie - Potenziale, Erfolgsfaktoren und Grenzen**  
Pablo Schindelmann - Landesamt für Umweltschutz, Augsburg
- 17:00 **Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung - wie kann ein Miteinander gelingen?**  
Gabriele Greussing - Gemeindeforum „Allianz in den Alpen“, Klimabündnis Vorarlberg
- 17:20 **Beteiligungspotenziale und Selbstorganisation - Reflexionen aus der Praxis**  
Manfred Hellrigl - Büro für Zukunftsfragen, Vorarlberger Landesregierung
- 17:35 **Dialog - Ansichten, Einsichten, Quersichten**
- 18:00 **Abschluss**
- >>18:15 Ende<<

## Freitag, 20. April 2007 - Vormittag

- 09:00 **Begrüßung** / Morgenjournal
- 09:20 **Demokratie plus e - Neue Potenziale durch ePartizipation?**  
Oliver Märker - Zebralog e.V., Berlin
- 09:50 **Zukunftsweisende Praxis - Prinzipien, Modelle, Kulturen**
- o Europaweite Beteiligung - Bürgergutachten über die Zukunft des ländlichen Raums - Hilmar Sturm, Gesellschaft für Bürgergutachten, München
  - o Nationale Konsensfindung - der Österreichische Walddialog - Johannes Schima, Lebensministerium, Ursula Kopp, WU Wien
  - o Direktdemokratische Budgetgestaltung - Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg - Johannes Middendorf, Bezirksamt Berlin-Lichtenberg
  - o Zur Schnittstelle Beteiligung und Politik - das „Stop and Go-Prinzip“ der Gemeinde Mäder - Elke Klien, Gemeinde Mäder
  - o Ideen zur Verstetigung der LA21 in Wien - Andrea Binder-Zehetner, Verein LA 21 Wien
  - o Gelebte BürgerInnenengesellschaft kommunalpolitisch verankert - Bgm. Michael Pelzer, Theresia Benda, Gemeinde Weyarn/Bayern
  - o Lokale BürgerInnenpanels als Motor für BürgerInnenbeteiligung - Kai Masser, Universität Speyer
  - o Dialogforum Flughafen Wien - Wolfgang Hesina, Verein Dialogforum Flughafen Wien
- >>11:00 Pause<<
- 11:30 **Öffentlichkeitsbeteiligung 2025 - eine gemeinsame Vision entwickeln** (Utopiesimulation)
- >>13:30 Mittagsbuffet<<
- 14:30 **Szenische Interventionen** - Lisa Kolb, Theaterpädagogin, Wien
- 15:00 **Partizipative Entscheidungsfindung - der Weg der Zukunft?** (Podiumsdiskussion)  
Andrea Binder-Zehetner, Verein LA 21 Wien; Karl Hallbauer, Magistratsdirektor, Stadtgemeinde Krems; Gerhard Rüscher, Stadtrat, Graz; Franz Jöchlinger, Flughafen Wien AG; Michael Pelzer, Gemeinde Weyarn; Karin Tausz, Bezirksrätin, Wien, Kleinregionsbetreuerin NÖ-Mitte; Tanja Wehsely, Landtagsabgeordnete, Wien
- 16:00 **Abschluss und Feedback; Ausblick**  
Rita Trattnigg, Lebensministerium; Martina Handler, ÖGUT
- >>16:30 Ende<<

# „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung“ – ein Veranstaltungsrückblick

von **Claudia Dankl und Martina Handler (beide ÖGUT)**

Großes Interesse gab es am Workshop „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung“, der am 19. und 20. April 2007 in Wien stattfand. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) im Auftrag des Lebensministeriums. „**Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?**“ lautete der Untertitel der Veranstaltung und über 90 PartizipationsexpertInnen und Interessierte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kamen um über die Beziehung von repräsentativer Demokratie und Partizipation und über sinnvolle weitere Entwicklungen im Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung zu diskutieren. Ziel der Veranstalterinnen war es, dazu beizutragen, Beteiligung bei demokratischer Entscheidungsfindung stärker zu etablieren und dauerhaft zu verankern.

## Kooperation vs. Konkurrenz - neue Beziehungsmodelle in der Demokratie



Beteiligung war bei der Veranstaltung nicht nur Thema, sondern war auch Teil des Veranstaltungsdesigns: Keine frontalen Sesselreihen, sondern die WorkshopteilnehmerInnen gruppieren sich um die im Raum verteilt stehenden Tische. Ein Setting, das von Beginn an eine lebendige Atmosphäre herstellte und die Gespräche schnell in Gang brachte. Nach der Begrüßung durch Reinhard Mang, den Generalsekretär des Lebensministeriums, und der Vorstellung des Programms diskutierten die TeilnehmerInnen im Rahmen eines „**World Café**“ über die Qualität des Zusammenspiels von Partizipation und Verwaltung und Politik: In drei Etappen wurde über Barrieren für Partizipation, über Chancen gelungener Kooperationen und über zukünftige Erfordernisse für ein erfolgreiches Miteinander debattiert. „Ausreichend Gestaltungsraum!“, „Beteiligung muss frühzeitig stattfinden“ oder „Prozesse müssen für alle Betroffenen offen sein“ waren einige der auf Kärtchen notierten Forderungen für ein besseres Gelingen von Beteiligung. Klarheit war einer der am häufigsten geforderten Gelingensfaktoren: Klarheit über Rahmenbedingungen eines Beteiligungsprozesses, über seine Grenzen, Klarheit darüber, wer wann was entscheidet und was am Ende mit dem Ergebnis passiert. Oftmals angesprochen wurde auch die Bedeutung von Bildung, um partizipative Grundhaltungen zu stärken, erforderliches Wissen zu vermitteln und auch Ängste - vor allem in Politik und Verwaltung - zu nehmen. Das World Café war inhaltlich wie atmosphärisch eine gelungene „Aufwärmübung“, denn durch die bei jeder Frage wechselnde Zusammensetzung der kleinen Tischrunden bot sich die Gelegenheit, innerhalb kurzer Zeit mit vielen ins Gespräch zu kommen und schnell einen guten Überblick über die unterschiedlichen Sichtweisen zum Thema zu bekommen.

## Kooperative Demokratie und konstruktives Miteinander



Nach dem „World Café“ gab es theoretischen Input: **Pablo Schindelmann** vom Bayerischen Landesamt für Umwelt sprach zum Thema „Kooperative Demokratie“. Ein erfahrener Praktiker, der gleichzeitig auch die Logiken der Verwaltung und der Politik von innen kennt. Schindelmann erläuterte das unterschiedliche Rollenverständnis von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, welchen Nutzen ein neues kooperatives Politikmodell mit sich bringt und wie es umgesetzt werden kann. Als Erfolgsfaktoren auf dem Weg zu einer „kommunalen Verantwortungsgemeinschaft“ nennt Schindelmann Transparenz, Zielklarheit, Fairness, Vertrauen, aber auch gute Vorbilder.

**Gabriele Greußing**, Beraterin für Gemeinden und für das Gemeindeforschungsnetzwerk „Allianz in den Alpen“; referierte darüber, wie ein Miteinander in öffentlichen Belangen gelingen kann.

Als wesentlich erachtet Greußing, dass sich Einstellungen ändern - die Einstellungen zu den Fähigkeiten und Potenzialen in der Bevölkerung, zu politischer Verantwortung sowie auch das Selbstverständnis der Politik und Verwaltung. Neue Formen der Kommunikation gelte es zu entwickeln und vor allem: „Lernen“ müssten einen zentralen Stellenwert in der politischen Auseinandersetzung bekommen.

## Ansichten, Einsichten, Quersichten

**Manfred Hellrigl** vom Büro für Zukunftsfragen in Vorarlberg war eingeladen, um die Inhalte und Diskussionen des ersten Halbtags zu reflektieren, zu kommentieren und aus seinem Erfahrungshintergrund noch einiges beizutragen. Er betonte, dass gesellschaftliche Prozesse Paradigmen unterworfen seien und dass die Weiterentwicklung der Gesellschaft in Sprüngen passiere. Erfolgreiche Beteiligung der Öffentlichkeit finde bereits statt, heute noch von VorreiterInnen in der Politik und Verwaltung umgesetzt. Auf breiter Basis werde Beteiligung erst dann erfolgen, wenn sich ein neues Paradigma durchsetzt, nämlich dass kooperative Politikgestaltung für alle Beteiligten Vorteile bringt. Und er mahnte Geduld ein - paradigmatische „Sprünge“ erforderten oft einen Generationenwechsel.

Zum Abschluss des ersten Tages waren die TeilnehmerInnen noch einmal in ihrer Kreativität gefordert: „Der Bundeskanzler wird eine groß angekündigte Rede zu Öffentlichkeitsbeteiligung halten und Sie können diese mitgestalten - schreiben Sie ein Wort, einen Halbsatz für diese Rede auf eines der vorbereiteten Kärtchen und pinnen sie es an die Wand.“ Die Inputs reichten von „Effizienz“, „Glaubwürdigkeit“, „Potenzial“, „Sich-Lernen-Trauen“, „miteinander Ent-



scheiden“ über „Zuhören“ und „wechselseitige Wertschätzung als Basis“ bis hin zu „mehr Akzeptanz für Entscheidungen“ aber auch Vorgaben wie „Früher als ich noch jung war“, „Bitte geben Sie mir Nachhilfe in Partizipation“ oder „Am Ende des Tages wird sich der Nebel um die Partizipation lichten“. Den ModeratorInnen, Rita Trattnigg vom Lebensministerium und Wolfgang Gerlich von Plansinn, gelang in einer spontan umgesetzten Rede ein hinreißendes, teils heiteres Plädoyer für die Partizipation, das mit Schmunzeln und viel Applaus bedacht wurde und der erste Halbttag fand nach viel inhaltlichem Input ein schwungvolles Ende.

## Demokratie plus e



**Peter Parycek**, Experte aus dem Bundeskanzleramt, gab anschließend einen Überblick über den Stand der Aktivitäten und Erfahrungen.

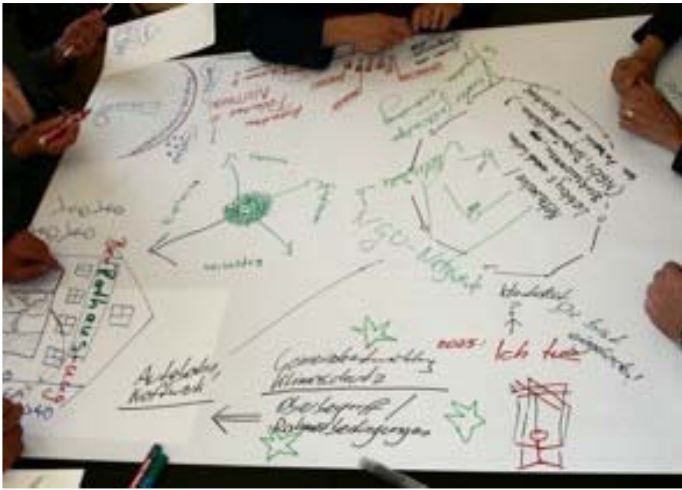
Wofür steht das e vor Partizipation und Demokratie und was kann es? Der zweite Tag begann mit einem Referat von **Oliver Märker** von Zebalog e.V. in Berlin, über „Demokratie plus e - neue Potenziale durch E-Partizipation“. Die Neue Medien können neue Impulse geben, die Transparenz und die Kommunikation zur Öffentlichkeit zu verbessern. Sie eröffnen neue Möglichkeiten der politischen Entscheidungsvorbereitung und neue organisatorische Spielräume. Aber wie bei allen Beteiligungsprozessen ist zentral, dass die AkteurInnen erkennen können, wie die elektronische Beteiligung in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebettet ist und ob und wie sich Politik und Verwaltung mit den Ergebnissen auseinander setzen. In Österreich wird e-government/ e-participation bereits vielerorts angewandt -

## Einblicke in zukunftsweisende Praxis - Prinzipien, Modelle Kulturen

Viele gute Ansätze gibt es bereits: Beispiele für die gute Gestaltung der Schnittstelle zu Politik und Verwaltung, für die kontinuierliche Beteiligung der BürgerInnen und Interessengruppen, für die umfassende Einbeziehung der Betroffenen, für die innovative methodische Gestaltung des Prozesses. Die „Modellkommunen“ **Weyarn** in Bayern und **Mäder** in Vorarlberg praktizieren erfolgreich, dass kooperativ gefällte Entscheidungen inhaltlich besser und „sozial verträglicher“ sind und zeigen wie das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bevölkerung nach bestimmten erprobten Regeln funktionieren kann. In **Berlin-Lichtenberg** haben BürgerInnen die Möglichkeit, sich kontinuierlich an einem der zentralen Bereiche der Politik zu beteiligen -- bei der Erstellung des Bezirksbudgets. Johannes Middendorf erläuterte wie der Bürgerhaushalt zustande kommt. Andrea Binder-Zehetner vom **Verein Lokale Agenda 21 in Wien** präsentierte Ansätze, die Beteiligung von BürgerInnen in den Wiener Bezirken auch in Zukunft sicherzustellen. Interessant in Bezug auf die Reichweite der Beteiligung war einerseits der **Österreichische Walddialog**, ein Beispiel für erfolgreiche Konsens-Suche auf nationaler Ebene unter Einbindung vielfältiger Stakeholdergruppen, wie auch das „**Europäische Bürgergutachten zur Zukunft der ländlichen Räume**“, das Beteiligung zu einem Thema in acht verschiedenen Ländern umsetzte. Die lokalen **BürgerInnenpanels**, die in mehreren norddeutschen Städten durchgeführt und vom Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung begleitet wurden, illustrieren, wie mit dem niederschweligen Instrument einer Befragung viele BürgerInnen erreicht und für kommunale Angelegenheiten interessiert werden können. Als Beispiel für die kontinuierliche Fortsetzung des Dialogs eines Wirtschaftsunternehmens mit seinem Umfeld wurde das **Dialogforum Flughafen Wien** vorgestellt. Das Dialogforum wacht einerseits über die Umsetzung der Ergebnisse des Mediationsverfahrens und ist Anlaufstelle für AnrainerInnen zur frühzeitigen Bearbeitung von aufkommenden Konflikten.

Positiv kommentiert wurde von vielen TeilnehmerInnen die interaktive Vermittlung der Praxisbeispiele. So meinte etwa Barbara Hammerl von Joanneum Research: „Sehr gefallen hat mir der Ablauf der Präsentation von Beteiligungsprojekten in Interviewform. Intelligente Interviewerfragen kombiniert mit interessanten Menschen machten Lust auf weiterführende Gespräche in der anschließenden Pause.“

## Zukunftsbaustelle Öffentlichkeitsbeteiligung - Vision 2025



Danach stand wieder gemeinsame Entwicklungsarbeit in Kleingruppen auf dem Programm. Diesmal waren Visionen gefragt: Wie wird Öffentlichkeitsbeteiligung im Jahr 2025 aussehen? Vier verschiedene Anwendungsbereiche standen zur Auswahl, bei der Art der Darstellung der Utopie auf dem Plakat hatten die TeilnehmerInnen freie Hand. Wie werden sich die Rahmenbedingungen bis 2025 verändert haben? Es wurde heftig diskutiert, mit viel Einsatz gezeichnet und geschrieben. In einigen Szenarien spielten Formen moderner Kommunikation und neuer Medien eine zentrale Rolle, in einem Szenario wurde - analog zum Zivildienst - ein Partizipationsdienst gefordert, die Rolle der Bildung - Partizipation als „gelebtes Fach“ schon in Kindergarten und Schule, aber auch für Erwachsene - wurde hervorgehoben. Auch Visionäres mit einem Augenzwinkern war dabei, wie etwa die Entwicklung „kollektiver Weisheit“.

Während kreuz und quer durch den Raum rot-weißes Baustellenabsperrensband gespannt wurde, forderte der Moderator die TeilnehmerInnen auf, Handlungsanweisungen auf farbige Klebe-Notizzettel schreiben: „Was müssen wir heute tun bzw. unterlassen, damit das Positive der Szenarien eintritt bzw. das Negative verhindert werden kann“ und anschließend auf das Band zu kleben. In die „Baustelle“ Öffentlichkeitsbeteiligung ist noch einiges an Arbeit und Energie zu investieren, das wurde klar, aber mit den Handlungsanleitungen der TeilnehmerInnen hatte sie gute Konstruktionshinweise mit auf den Weg bekommen: Vielfach hervorgehoben wurde die Wichtigkeit, positive Beispiele zu verbreiten, um damit andere zu motivieren wie auch die große Bedeutung von Bildung und praktizierter Partizipation von früher Kindheit an: Beteiligung „als Normalität“ in Kindergarten, Schule und Arbeitsplatz, die Einrichtung von Kinder- und Jugendgemeinderäten, aber auch die Qualifizierung von politischen MandatarInnen wird empfohlen. Beteiligung müsse klarer definiert, Angebote erweitert und dauerhaft verankert werden. Dialogfähigkeit und Verantwortlichkeit gegenüber dem Gemeinwohl als Wert stärker etablieren, hieß es da mehrfach und: „Motivation statt Druck, Mut statt Angst“.



Nach einer szenischen Intervention von Lisa Kolb, Theaterpädagogin und Expertin für Forumtheater nach Augusto Boal, die die Einsatzmöglichkeiten des Forumtheaters in Veränderungsprozessen veranschaulichte, folgte die abschließende **Podiumsdiskussion**. Die ReferentInnen wurden aufgefordert, sich von der Baustelle ein, zwei Zettelchen zu „pflücken“ und sich davon inspirieren zu lassen.

## Partizipative Entscheidungsfindung - der Weg der Zukunft?

TeilnehmerInnen an der Podiumsdiskussion



V.L.N.R.: KARIN TAUSZ, GERHARD RÜSCH, FRANZ HALLBAUER, MICHAEL PELZER, ANDREA BINDER-ZEHETNER, FRANZ JÖCHLINGER, TANJA WEHSELY

**Karin Tausz**, Bezirksrätin in Wien und Kleinregionsbetreuerin in der Region Niederösterreich-Mitte, berichtete von ihren Erfahrungen aus Niederösterreich. Die Einbindung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse dürfe nicht abhängig von Kosten-Nutzen-Überlegungen gemacht werden, sondern müsse selbstverständlicher Teil der politischen Kultur werden. „BürgerInnen sind bislang weniger gut vernetzt als andere AkteurInnen in Planungsvorhaben und müssen sich Wissen und Informationen oft erst mühsam erarbeiten. Durch bessere Netzwerke könnten sie den notwendigen Erfahrungs- und Wissensaustausch betreiben und dadurch eine stärkere Position erreichen“, beschreibt Karin Tausz eine der wesentlichen Anforderungen für erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung.

**Gerhard Rüschi**, Stadtrat in Graz, brachte Beispiele aus der Beteiligungspraxis in der Stadt Graz. Seiner Meinung nach hat die dominierende Form der Bürgerbeteiligung, bei der die BürgerInnen ihre Wünsche einfach an die Politik übergeben und erwarten, dass diese Wünsche rasch und vollständig erfüllt werden („Briefkasten-Beteiligung“) in den meisten Fällen ausgedient. „Gefragt ist ein neuer Dialog zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik, bei dem Konflikte gemeinsam aufgearbeitet und Konsenslösungen gesucht werden.“

**Karl Hallbauer**, Magistratsdirektor der Stadtgemeinde Krems, berichtete von der Zukunftskonferenz in Krems, bei der 72 KremserInnen erstmals im April 2005 gemeinsam an der Zukunft ihrer Stadt gearbeitet und Visionen für das Jahr 2020 entwickelt hatten. Im April 2006 fand eine Nachfolgekonferenz statt und die zweite Nachfolgekonferenz war unmittelbar für den Tag nach dem Workshop angesetzt und somit in intensiver Vorbereitung. „Die intensive Kommunikation der Verwaltung mit der Bevölkerung ist von zentraler Bedeutung.“

Langjährige Erfahrung mit Beteiligungsprozessen hat auch der Weyarner Bürgermeister **Michael Pelzer**. Sein Credo lautet: Demokratie braucht selbstbewusste BürgerInnen: „Partizipative Entscheidungsfindung auf der Grundlage eines ebenfalls partizipativ erarbeiteten Leitbilds führt zu einem neuen Politikverständnis: Politik nimmt Abschied von der Idee des für alle Fährnisse des täglichen Lebens zuständigen Vollversorgers und wird zur professionellen Entwicklungsagentur. Sie gibt den Menschen in einem konsensual erarbeiteten Ordnungsrahmen den Raum zur Gestaltung und macht ihnen ihren eigenen Gestaltungserfolg

möglich. Nur so können Bürger so selbstbewusst werden, wie Demokratien das brauchen.“ Ein solches Politikverständnis aktiviere brachliegende Ressourcen und stärke den Organismus 'Gemeinde' - und schaffe nachhaltige Akzeptanz für Politik, so Pelzer.

**Andrea Binder-Zehetner** vom Verein LA21 Wien kam auch auf die Bedeutung von Öffentlichkeitsbeteiligung für Nachhaltige Entwicklung zu sprechen: „Nachhaltige Entwicklung braucht die Kompetenzen und das Mitgestalten von BürgerInnen. Deshalb ist die Öffentlichkeitsbeteiligung Weg und Ziel eines Lokalen Agenda 21 Prozesses“, erklärte Andrea Binder-Zehetner. „Wenn BürgerInnen aus ihrer Perspektive und Betroffenheit heraus Projekte für die Verbesserung der Lebensqualität im Grätzler formulieren und in einem Akteurlnnennetzwerk - vorrangig mit Politik und Verwaltung - umsetzen, werden Lern- und Veränderungsprozesse in Gang gesetzt.“

**Franz Jöchlinger** vom Flughafen Wien ist verantwortlich für Umsetzung der Ergebnisse des Mediationsverfahren. Er betonte den Nutzen von Beteiligung wie im Falle des Flughafens der Imagegewinn durch das Bemühen um eine konsensuale Lösung. Zentral sind für ihn zwei Erkenntnisse: Konflikte sind notwendig und unumgänglich - diese Sichtweise verändert den Umgang mit Konflikten; außerdem die Erkenntnis, dass ein Beteiligungs-Verfahren Mut zum Misserfolg braucht, da es nicht möglich ist, die Interessen aller BürgerInnen zu befriedigen oder zu „befrieden“. Wichtig sei die grundsätzliche Bereitschaft, neue Lösungswege zu suchen und auch umzusetzen.

**Tanja Wehsely**, Stadträtin in Wien, erzählte aus der Stadtpolitik: „Partizipation, also gesellschaftliche Teilhabe, Mitmachen und Einmischen, um gemeinsame Ideen zu generieren und Entscheidungen zu treffen, ist ein fixer Bestandteil der Politik in Wien, besonders was Jugendliche angeht.“ Wehsely betonte, dass es wichtig sei, mit einem gewissen Mut zur Lücke, mit viel Hinterfragen und Experimentierlust dabei zu sein und sprach in diesem Zusammenhang von Beteiligung als einem gemeinsamen Fleckerlteppich. Das erklärte Ziel müsse kontinuierliche und dauerhafte Partizipation sein.

## Abschluss und Feedback

Zum Abschluss wurden alle TeilnehmerInnen um ein kurzes Feedback gebeten: Viele gelbe Kärtchen mit aufgedruckten „Stimmungsbeschreibungen“ standen zur Auswahl. „Wählen Sie das Kärtchen, das Ihrer momentanen Stimmungslage am nächsten kommt und halten Sie es hoch.“ Der Grundtenor im gelben Schilderwald war sehr positiv: „motiviert“, „angeregt“, „angetan“, „bestärkt“, „hoffnungsvoll“, stand da, aber auch „voll“ und „müde“ war zu lesen. Es waren dichte eineinhalb Tage



gewesen. Auch Anregungen für das nächste Mal gab es - so merkte Gerhard Kastner an: „Mir ging die Sicht vieler beteiligter BürgerInnen ab, die frustriert und ernüchtert sind.“ Gern hätte er die Diskussion auch um „geflopte“ Beispiele von Bürgerbeteiligung erweitert gesehen. „Daraus kann man viel lernen“. Harald Hutterer von Karuna Consult, der das Schild „begeistert“ gewählt hat, meinte zur Veranstaltung: „Ich bin sehr dankbar, dass ich an dieser hervorragend gestalteten Veranstaltung teilnehmen durfte. Ich bin überzeugt, dass wir damit einen weiteren guten Schritt auf dem Weg zu stärkerer Öffentlichkeitsbeteiligung getan haben.“

# Kooperation versus Konkurrenz – neue Beziehungsmodelle in der Demokratie

## World Café

Als Einstieg in die Veranstaltung und in das Thema „Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung. Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?“ wurde in einem World Café (Infos zur Methode auf <http://www.partizipation.at/worldcafe.html>) über Partizipation an der Schnittstelle zum repräsentativ-demokratischen Systems diskutiert. In den drei Diskussionsrunden mit wechselnder Zusammensetzung an den Tischen standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

### *Etikette im World Café:*

Sprechen Sie über das, was Ihnen selbst wirklich wichtig ist!  
Reagieren Sie auf das, was andere sagen!  
Halten Sie sich kurz!

1. Welche Barrieren (Strukturen, Vorurteile etc.) gibt es für Öffentlichkeitsbeteiligung?
2. Welche Chancen bieten gelungene Kooperationen?
3. Was ist wichtig, damit das Zusammenspiel von Beteiligung und Politik/Verwaltung in Zukunft besser gelingt?



Am Ende der drei Runden wählten die DiskutantInnen von allen Karten an ihrem Tisch, auf denen die Ergebnisse der Diskussion festgehalten wurden, die für sie wichtigsten Statements aus und die „TischgastgeberInnen“ präsentierten die Ergebnisse dem Plenum. Was waren die wesentlichen Aussagen der Diskussion?

Welche Barrieren (Strukturen, Vorurteile etc.) gibt es für Öffentlichkeitsbeteiligung?

- Angst der Politik vor Machtverlust, vor Unvorhersehbarem; Angst der Verwaltung vor Mehrarbeit und Veränderung
- Fehlende oder unklare Definition von Rahmenbedingungen für einen Beteiligungsprozess und der Rollen der beteiligten Personen und Institutionen
- Verfügbarkeit der Ressourcen Zeit und Geld
- Spannungsfeld zwischen der Zivilgesellschaft und dem öffentlichen Bereich
- Unklares Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung

Welche Chancen bieten gelungene Kooperationen?

- Durch gute Erfahrungen entsteht Vertrauen und eine Basis für weitere erfolgreiche Kooperationen („Best Practice-Beispiele sind die beste Werbung“)
- Soziales Lernen steht im Mittelpunkt, der Erwerb von sozialer Kompetenz: Zuhören, sich etwas (zu-)trauen und

anderen zu vertrauen, Verständnis für andere Standpunkte entwickeln, mit Konflikten umgehen, Empowerment der Beteiligten etc.

- Stärkung der sozialen Beziehungen in einer Gesellschaft und damit Erhöhung des Sozialkapitals

Was ist wichtig, damit das Zusammenspiel von Beteiligung und Politik/Verwaltung in Zukunft besser gelingt?

- Die Schnittstelle von Beteiligung zu Politik und Verwaltung muss klarer definiert sein
- „Recht auf Beteiligung“: Offenheit der Beteiligungsprozesse für alle Betroffenen
- Kommunikation: Transparenz nach innen und nach außen (mit Medienbegleitung); offener und fairer Umgang miteinander („Kunst des offenen Zuhörens“); klare Spielregeln für den Umgang innerhalb des Prozesses und für die Kommunikation nach außen festlegen
- Entscheidungsmodi: Klarheit über Rollen und Entscheidungskompetenzen der Beteiligten
- Mehr Aufklärung über den Nutzen der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Klarheit (und transparente Kommunikation im Vorfeld) von Rahmenbedingungen, Grenzen und Stellenwert des Prozesses („tatsächlicher Gestaltungsspielraum muss gegeben sein!“)
- Bildung/Weiterbildung für alle Beteiligten (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft): Beteiligung verlangt Know-How über Veränderungsprozesse und deren Gestaltung, über Methoden, soziale Kompetenz etc.
- Ausreichende Finanzierung der Beteiligungsprozesse muss sichergestellt sein sowie die ungleiche Verteilung von Ressourcen sollte ausgeglichen werden.



Die Diskussionsergebnisse zum Auftakt des Workshops boten einen reichhaltigen Fundus für die weitere Auseinandersetzung und Vertiefung der Inhalte im Rahmen der Veranstaltung.

## Vorträge

# Demokratie plus e – neue Potenziale durch ePartizipation?

**Oliver Märker, Zebralog e.V., Berlin**



**Demokratie ist ein  
Organisationsproblem.  
Und neue Medien sind auch ein  
Organisationsmittel.**

**Klaus Lenk**

## Thesen zum Vortrag

### 1. Es gibt keine Experten.

Wir können in unserer sich differenzierenden Gesellschaft immer weniger auf Übereinstimmungen in den Lösungsvorstellungen hoffen. Stattdessen müssen wir mit auseinanderstrebenden Wertvorstellungen, Erfahrungshintergründen und Wissensvoraussetzungen rechnen. Politik und Verwaltung ist von dieser Entwicklung besonders betroffen: Nie war deutlicher als heute, dass es für alle erkennbar keinen Besser- oder Richtigwissenden mehr, stattdessen nur noch Vertreter unterschiedlicher Problemsichtweisen und -lösungsvorstellungen.

Man kann auch sagen: Die alte Trennung von Politik und Verwaltung hier und Adressaten („die Bürger“) dort ist veraltet und kann nicht mehr ohne weiteres aufrechterhalten werden. Zugespißt formuliert: Es gibt keine Experten mehr, oder andersherum: es gibt mehr Experten als je zuvor.

### 2. Vielfalt als Ressource: Durch Beteiligungsverfahren Wissen aus der Bürgerschaft gewinnen.

Stand in früheren Diskussionen zur Öffentlichkeitsbeteiligung insbesondere die Absicherung der Legitimität und Akzeptanz von Projekten im Vordergrund, so gewinnt aufgrund sich ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eine dritte Funktion von Öffentlichkeitsbeteiligung an Bedeutung: die Nutzung bürgerschaftlicher Expertise zur Qualifizierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen.

### 3. Herausforderung für Politik und Administration: Umgang mit Vielfalt.

Zu den Herausforderungen des politisch-administrativen System gehört es, Verfahren zu finden, die es erlauben, mit der Vielfalt moderner Gesellschaften einen angemessenen Umgang zu finden, also auch zu erkennen, wie Wissen in Konflikt- und Aushandlungssituationen erzeugt, verbreitet und genutzt werden kann.

#### 4. Neue Impulse durch neue Medien.

Aufwind erhalten Bemühungen um eine Öffnung der Planungs- und Beteiligungsverfahren für die Interessen und Sichtweisen der bislang nur „politikbetroffenen“ Bürger durch die Verbreitung des Internets. Neue Medien werden im Rahmen der E-Government-Bewegung als Reformmotor institutioneller Arrangements im politisch-administrativen System gedeutet und eingesetzt. Dabei geht es um die Neu- und Umgestaltung politisch-administrativer Prozesse auf der Basis neuer organisatorischer Spielräume, die sich durch die Einführung neuer Medien ergeben.

#### 5. Partizipation + E = Suche nach innovativen Beteiligungsmöglichkeiten.

Bei elektronisch unterstützter Partizipation (E-Partizipation) geht es nicht um die bloße Digitalisierung vorhandener Planungs- und Entscheidungs-verfahren: sie ist die Suche nach innovativen Beteiligungsmöglichkeiten unter Rückgriff auf die Möglichkeiten internet-basierter Informations- und Kommunikationstechnologien.

#### 6. Zunächst: Neue Dialog-Optionen durch computer-vermittelte Kommunikation.

Die Eigenschaften computer-vermittelter Kommunikation (CvK) - insbesondere Ortsunab-hängigkeit, Zeitunabhängigkeit und Textbasiertheit - ermöglichen die zeit-räumliche Flexibilisierung von Kommunikation. Prinzipiell kann die Zahl der Teilnehmer erhöht und die strukturelle Schwäche konventioneller Beteiligungsverfahren, die aktive Teilnahme auf wenige Teilnehmer zu begrenzen, teilweise oder ganz behoben werden.

CvK ermöglicht die Transparenz von Kommunikation zu verbessern, insofern als mehr Akteure aktiv teilnehmen können und (laufende) Dialoge bzw. ihr „digitaler Niederschlag“ in Schriftform an einem für alle Akteure zugänglichen Ort gespeichert und visualisiert werden. Dadurch ist auch eine größere thematische Offenheit und Differenzierung möglich: Während in einer Präsenzdiskussion Themen bzw. Aufmerksamkeit häufig durch die aktuellen Wortbeiträge (einiger weniger) bestimmt werden, ermöglicht zeitversetzte CvK, dass Diskussions- und Konfliktpunkte - insbesondere in Verbindung mit neuen Methoden der Diskursvisualisierung und Strukturierung - anders aufgenommen, langsamer und reflektierter ausgewählt sowie angegangen werden können.

#### 7. Allerdings: neue Medien alleine reichen nicht aus.

Vom „kommunikationstechnischen Potenzial“ her gesehen, erlauben neue elektronische Medien also neuartige Möglichkeiten der Öffnung der bestehenden Entscheidungsvorbereitungsprozesse und für unterschiedliche Sichtweisen und deren Diskussion. Dass diese Möglichkeiten allein jedoch nicht ausreichen, um einen produktiven Wissensaustausch zu realisieren, verdeutlicht ein Blick in viele brachliegende Diskussionsforen im Internet, oder Foren, die zwar von unterschiedlichen Akteuren besucht werden, aber nicht durch einen argumentativen und konstruktiven Kommunikationsmodus gekennzeichnet sind. Potenziale informatischer Werkzeuge zur Flexibilisierung von Kommunikation, zur Initiierung von Lernprozessen zwischen vielen unterschiedlichen Akteuren, können erst dann in Wert gesetzt werden, wenn sie durch geeignete Verfahren in ein übergeordnetes Nutzungskonzept eingebettet werden.

#### 8. Neue Medien in Wert gesetzt: online-moderierte Verfahren.

In der Beteiligungspraxis lässt sich die Herausbildung eines neuen Verfahrenstyps beobachten: „Online-moderierte Verfahren“. Es sind Verfahren die sich möglicherweise als Anzeichen für die Weiterentwicklung der Beteiligungskultur werten lassen, Verfahren in der Politik und Verwaltung versuchen, die Vielfalt an Wissensformen und Ordnungsvorstellungen zuzulassen und produktiv zu nutzen. Der Gedanke der Beteiligung wird hier in Gestalt online-moderierte Dialoge umgesetzt. Kennzeichen dieser Verfahren sind elektronische Foren, die es vielen Teilnehmern ermöglichen, sich innerhalb eines definierten Zeitraumes zu einem ebenfalls festgelegten Thema zu äußern. Die Diskussionen werden zum einen durch Moderator/inn/en betreut und zum anderen durch mediative Verfahrenselemente gesteuert - es sind diskursiv gestaltete Beteiligungsverfahren mit mediativen Elementen (daher auch: „online-medierte Verfahren“).

Einsatzbereiche sind:

- Visions- und Leitbildprozesse
- Prozesse zu städtebaulichen Veränderungen und Stadtgestaltung
- Prozesse zur Verteilung von Ressourcen, Anlagen oder Einrichtungen angeboten.

Zu Letzteren gehören insbesondere elektronisch unterstützte Bürgerhaushalte.

## 9. E-Partizipation ist Partizipation: eine professionelle Gestaltung ist notwendig.

Die Analyse online-moderierter Verfahren hat gezeigt, dass diese elektronisch unterstützten Verfahren aktiv gestaltet werden, um auf diese Weise mehr Teilnehmer an Planungs- oder Gesetzesvorhaben heranzuführen und um eine möglichst offene, durch unterschiedliche Perspektiven bereicherte Diskussion zu führen:

- Verfahrensplanung,
- Prozessstrukturierung,
- Anmoderation von Themen,
- Informationen über den Prozess,
- Gewährleistung von Fairness,
- Strukturierung von Themen,
- Erstellung von Zusammenfassungen,
- technische Erläuterungen und Hilfemaßnahmen,
- Ermöglichung von Metakommunikation,
- oder Vermittlung bei Konflikteskalationen

sind nur einige Aktivitäten, um produktive Diskurse zu unterstützen bzw. das Vertrauen der Teilnehmer in die Leistungsfähigkeit des Beteiligungsangebotes zu erhalten.

## 10. E-Partizipation ist Partizipation: Einbettung in Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Es muss für alle Akteure deutlich erkennbar sein, wie elektronisch unterstützte Verfahren in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebettet sind - in diesem Punkt unterscheiden sie sich in keiner Weise von anderen Beteiligungsangeboten. Ihre Funktion muss für alle Beteiligten erkennbar werden. Es muss klar sein, was mit den Ergebnissen geschieht. Die Entscheidungsträger sind also aufgefordert, zu erkennen zu geben, welche Relevanz für sie das Verfahren hat:

- Gibt es eine eindeutige Ziel- und Funktionszuweisung für das Verfahren?
- Sind Schnittstellen zu laufenden Planungs- und Entscheidungsprozessen definiert worden?
- Sind personeller Ressourcen ausreichend verfügbar, um das Verfahren durchzuführen bzw. um Ergebnisse zu verarbeiten?
- Wird das Verfahren durch Öffentlichkeitsarbeit beworben?
- Gibt es eine Vereinbarung auf welche Weise Planung und Politik Feedback geben, ob, wie oder warum Ergebnisse (nicht) genutzt wurden?

## 11. E-Partizipation: Beteiligungskultur auf die Probe gestellt.

Auch wenn mit „online-moderierten Verfahren“ mittlerweile Verfahren vorliegen, mit deren Hilfe neue Informations- und Kommunikationstechnologien sinnvoll eingesetzt und dadurch konstruktive und ergebnisreiche Diskurse ermöglicht werden. Sie sind immer der Gefahr ausgesetzt, dass Verwaltung und Politik sich nicht nachhaltig und transparent mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Online-moderierte Verfahren sind daher paradoxer Weise Ausdruck einer kommunikativ orientierten Planungs- und Beteiligungskultur und gleichzeitig Indikator für Kräfte, bestehende Wissens- und Machtmonopole aufrechtzuerhalten.

## 12. Chance für die repräsentative Demokratie: Durch E-Partizipation das vielfältige Wissen der Bürger/innen gewinnen und produktiv nutzen.

Der praktische Nutzen online-moderierter Verfahren für Verwaltung und Politik liegt (gegenwärtig) weniger darin, Bürger/innen in Planungs- und Entscheidungsprozesse zu integrieren. Vielmehr liegt ihr Potenzial darin, neue Möglichkeiten zu eröffnen, unterschiedliche Problemverständnisse nicht länger als Störfaktoren zu verstehen, sondern solches Wissen zu ermitteln und als produktive Ressource für programmatische Richtungsentscheidungen oder konkrete politische Planungs- und Entscheidungsprozesse zu nutzen.

Es geht also vorrangig um eine Steigerung der Informationsgewinnungs- und -verarbeitungskapazitäten und damit der Lernfähigkeit politisch-administrativer Einrichtungen.

Und damit um Verfahren, die über ihren Anwendungsschwerpunkt in der Raumplanung hinaus auch für die Beteiligung auf nationaler Ebene interessant sind, um neben dem „Expertenwissen“ auch das Wissen der Bürger/innen zu nutzen und in Wert zu setzen. Denn warum sollten beispielsweise in politischen Ausschüssen oder Gremien nicht auch die Bürger als Experten gehört werden? Hier ist Demokratie längst kein Organisationsproblem mehr. Neue Medien und erprobte Anwendungskonzepte liegen vor. Vielleicht fehlt es hier und da noch ein bisschen an Mut - aber was nicht ist, kann ja noch werden.

## 13. Abschließende These: Modernisierung der repräsentativen Demokratie durch

E-Partizipation als indirekt-demokratisches Beteiligungsinstrument

Durch elektronisch unterstützte Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung werden interne Prozesse der Entscheidungsvorbereitung für Bürger (zumindest vorübergehend) geöffnet und transparent, ohne dadurch die repräsentativ gewählten Volksvertreter ihre Entscheidungsmacht abgeben (müssen): Neben dem Gang an die Wahlurne können (insbesondere nicht organisierte) Bürger ihre Wünsche, Vorschläge und Ideen durch elektronisch unterstützte Beteiligungsverfahren zumindest in manche politischen Teilbereiche einbringen.

### **Zebralog e.V.**

Mit der Gründung von Zebralog e.V. im November 2003 schlossen sich Experten zusammen, die seit 2001 Erfahrungen mit Online-Dialogen in der Bürgerbeteiligung gesammelt haben. Die von ihnen durchgeführten Pilotprojekte gehören zu den ersten ihrer Art und werden in der Fachliteratur viel beachtet. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen bietet der Verein heute zusammen mit seinen Partnern für Webprogrammierung und Webdesign alle Dienstleistungen zur Durchführung von Online-Dialogen an: Vorbereitung, Moderation und Ergebniskommunikation. Zebralog ist dabei stets bestrebt, visionäre Konzepte mit einer pragmatischen Vorgehensweise und einlösaren Erwartungen zu verknüpfen. Zebralog verfügt über professionelle, klassisch ausgebildete Moderatoren und Mediatoren mit langjähriger Erfahrung im Online-Bereich. Es wurde eigens ein Schulungsprogramm zur Qualifikation von Online-Moderatoren entwickelt. Dieses enthält zahlreiche Übungen und Simulationen, die auf tatsächlichen Situationen vergangener Online-Dialoge beruhen. Das Angebotsspektrum von Zebralog umfasst darüber hinaus Beratung, Forschung und Evaluation im Bereich von E-Partizipation. Zum Einsatz kommen hier vor allem Beurteilungskriterien, die von Best-Practice-Fällen abgeleitet wurden, und Befragungstools für die Evaluation von Projekten.

Dr. Oliver Märker  
Dipl. Geogr.

Zebralog e.V.  
Am Herrengarten 50; 53229 Bonn  
<http://www.zebralog.de>, [maerker@zebralog.de](mailto:maerker@zebralog.de), Fon 0049 228 22 715 99

# Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung – wie kann ein Miteinander gelingen?

Vortrag von Gabriele Greussing, Gemeinденetzwerk „Allianz in den Alpen“, Klimabündnis Vorarlberg



Meine Tätigkeitsfelder sind sehr vielschichtig, der Schwerpunkt liegt bei der Gemeindebetreuung, z. T. für Klimabündnis Vorarlberg, und ebenso für das Gemeinденetzwerk „Allianz in den Alpen“. Dazu bin ich freiberuflich als Projektbegleiterin tätig und war bis vor kurzem als Gemeinderätin und Ausschussvorsitzende tätig. Mein besonderes Interesse gilt Beteiligungsmodellen. Die verschiedenen Erfahrungen, auch die meiner Kollegen im Netzwerk, bringen mich zwangsläufig dazu, darüber nach zu denken, was denn eigentlich „funktioniert“ und wann Öffentlichkeitsbeteiligung gelingt.

Vorab eine Einschätzung: Pilotprojekte dienen dazu, Modelle auszuprobieren, sie in der Praxis einzusetzen und auch eben dieser Praxis auszusetzen. Wir haben genügend Pilotprojekte, wir wissen eigentlich, „wie es geht“. Woran liegt es, dass diese z. T. doch wunderbaren Ergebnisse und Erkenntnisse nicht Teil unseres alltäglichen Erlebens sind? Weshalb fließen diese Erfahrungen nicht in den politischen Alltag in unseren Gemeinden ein? Immer wieder sind es die so genannten Vorzeigegemeinden, die Pilotgemeinden, die ein Projekt nach dem anderen umsetzen, z. T. auch von dem einmal errungenen Ruf profitieren und wieder leichter zu Fördergeldern kommen, wenn wieder für ein Projekt Pilotgemeinden gesucht werden. Weil eben genau wieder Pilotprojekte gefördert werden. Diesen Fragen bin ich nachgegangen: Woran liegt es, dass es, dass die partizipative Demokratie nicht zu unserem Alltag gehört und was muss sich ändern, dass sie zu einem Teil unseres Handelns und Wirkens wird?

Zuerst möchte ich zu einer Grundvoraussetzung kommen: Mir ist es als BürgerIn nur möglich, mich für Beteiligung zu interessieren, wenn meine Grundbedürfnisse befriedigt sind. Ich werde keinen Gedanken für die Gestaltung des Spielplatzes, für die Renaturierung eines Dorfbaches, für ein neuartiges Mobilitätskonzept aufbringen, wenn ich um meine Existenz zu kämpfen habe, arbeitslos bin, in persönlichen Krisen wie Krankheit oder Beziehungsverlust gefangen bin. Da interessiert mich nur meine Existenz und ich bin bestenfalls bereit, mich für ein Projekt einzusetzen, das diese Sicherung zum Thema hat. Somit bin ich beim ersten Punkt: **Öffentlichkeitsbeteiligung kann nur gelingen, wenn gleichzeitig viel für die Existenzsicherung getan wird.** Wenn von den Verantwortlichen verstanden wird, dass die Angst um die Existenz, um die Gesundheit einerseits der größte Motor, sich einzubringen, sich einzumischen ist und gleichzeitig genau diese Sorgen verhindern können, sich in langfristige Planungsprozesse aktiv einzubringen.

Zu den Begriffen Nachhaltigkeit und BürgerInnenbeteiligung gibt es von Seite der politisch Verantwortlichen ganz unterschiedliche Einstellungen. Dahinter scheinen ganz unterschiedliche Sichtweisen zu stehen, was eine Politikerin/ ein Politiker ist, machen darf und machen kann. Und es gibt völlig unterschiedliche Sichtweisen, was eine Bürgerin/ein Bürger in deren Augen ist, welche Entscheidungen ihr/ihm zugetraut werden, oder auch zugemutet werden. Ist der Grund dafür unsere gewachsene Tradition und die Schwierigkeit, sie zu überdenken und sich auf etwas Neues einzulassen und etwas Neues zu wagen? Ich verstehe diese Konflikte, die sich da auftun. PolitikerInnen sind vom Volk gewählt, es hat seine Stimme abgegeben - oft auch wörtlich zu nehmen - und damit auch die Verantwortung auf die Repräsentanten abgegeben. Dieser Verantwortung möchte entsprochen werden, durch die Wahl wurde schließlich bestätigt, dass nun für „das Volk“ gesprochen werden darf - bis zur nächsten Wahl. Und nun verlangt die Nachhaltigkeitsstrategie Beteiligung, fast jede Projekteinreichung schreibt dies vor. ProjektbegleiterInnen schlagen einen Ablauf vor, BürgerInnen werden in das Projekt eingebunden. Und danach?

Somit bin ich bei meinem zweiten Punkt: **Öffentlichkeitsbeteiligung kann langfristig nur gelingen, wenn sich Einstellungen ändern: hinsichtlich politischer Verantwortung, dem Selbstverständnis der Politik und der Fähigkeiten und Potenziale der Bevölkerung.** Eine Politikerin/ ein Politiker muss heute wohl beides in sich vereinen - zum einen die Fähigkeit, in Alltagsgeschäften rasch Entscheidungen zu treffen und dann Entwicklungen zu koordinieren, Ergebnisse offen zu lassen, zu beteiligen, Verantwortung abzugeben. Dies ist sicherlich ein Spagat und eine große Herausforderung. Bedeutet dies doch auch, dass manchmal eine Entscheidung nicht im Alleingang gefällt werden kann, auch wenn dies grundsätzlich möglich wäre. Dies bedeutet auch, sich vom Gedanken zu verabschieden, alles richten zu können, für alles die Verantwortung zu tragen. Und vermutlich das Schwierigste: nicht wissen, welche Ergebnisse heraus kommen und das Unvorhersehbare zuzulassen.

Ein **geändertes Selbstverständnis** der Politik bedeutet unterschiedliche Sichtweisen in die zu fällenden Entscheidungen einzubeziehen. Das verlangt einen starken Dialog mit den Betroffenen. Grundlage dafür ist eine gewisse Art von Demut. Damit meine ich die Erkenntnis, nicht alles wissen zu können und zu müssen; Hinhören auf die Bedürfnisse, den anderen in seiner Individualität anzuerkennen, sich damit eigene Sichtweisen erarbeiten und diese dann in Entscheidungen zu vertreten. Meine Erfahrungen zeigen, dass dies gelingen kann, wenn erkannt wird: Menschen beteiligen sich dann, wenn sie spüren, dass Beteiligung keine Alibi-Aktion ist, wenn sie ihre eigenen Spuren in den Ergebnissen wieder finden können und damit die Erfahrung machen: es macht einen Unterschied, ob ich dabei bin oder nicht.

**Geänderte Wahrnehmung der Potenziale der Bevölkerung.** Diese notwendige Änderung der Sichtweise betrifft nicht nur PolitikerInnen. Das betrifft jeden von uns. Wir müssen erkennen: Die Fähigkeit zur Lösung von Problemen liegt bei den Betroffenen. Es ist Gewohnheit und Tradition, auf die Lösung zu warten. Oder zu glauben, immer eine Lösung anbieten zu müssen. Wie wäre es, wenn wir uns vorzustellen versuchen, dass hier ein enormer Wissenspool an kreativen Lösungen vorliegt? Dass jede noch so gute von außen vorgeschlagene Lösung nicht die „beste“ aller möglichen sein muss?

Die gewohnte Haltung ist eine Haltung des „wir“ und die „anderen“. Schnell entsteht hier in Konfliktsituationen die Gegnerschaft zwischen den politisch Tätigen und den sogenannten Ehrenamtlichen in Projekten. Ein gegenseitiges Abwerten ist die Folge. Die angesprochene Änderung bedeutete hier die Anerkennung des Potenzials der Vielfalt. Für ein blühendes Miteinander sind alle wichtig.

Die Unterschiede wollen als Potenziale erkannt und wertgeschätzt werden. Auch die politisch Verantwortlichen in ihren Aufgaben, in ihrer Unterschiedlichkeit und ihren unterschiedlichen politischen Einstellungen. Das allerdings entspricht überhaupt nicht unserem Zeitgeist. Hier möchte ich noch eine Ebene ansprechen, die oft vergessen wird, die nicht in ihren Potenzialen wahrgenommen wird und sich selbst auch nicht als Wissenspool für eine nachhaltige Entwicklung in einer Gemeinde sieht: Die Menschen in der Verwaltung. Auch sie werden oft als „die anderen“ wahrgenommen, als Feindbilder, Bremsen, bloße Befehlsempfänger. Welches Potenzial liegt in deren oft langjährigen Erfahrungen, wenn es gelingt, diese Menschen zur Beteiligung zu motivieren, mit einzubinden und nicht nur die Umsetzung der Ergebnisse zu erwarten?

**Für mich ist Öffentlichkeitsbeteiligung nicht denkbar ohne die starke Einbindung der Verwaltungsebene in den Kommunen, bereits in die Planung,** damit diese Ressourcen nicht gegen die Entwicklung arbeiten. Ich sehe 3 Säulen der nachhaltigen Entwicklungsplanung - **BürgerInnen - Politiker - Verwaltungsbedienstete** gleichwertig nebeneinander und aufeinander angewiesen.

Nun zur **Kommunikation**. Sie wird oft eingefordert, als das Allheilmittel angesehen, ständig verbessert und dann bei Problemen als **der** Sündenbock hingestellt - Weil sie gefehlt hat, lückenhaft war, falsch usw. Kommunikation wird von einigen verstanden als bloße Informationsweitergabe, Vermitteln von Ergebnissen, Einholen von Beschlüssen zum richtigen Zeitpunkt, als Mittel zum Zweck beim Aufbau von emotionaler Betroffenheit, als strukturelle Unterstützung usw. Kommunikation aus meiner Sicht ist dies alles und viel mehr. In persönlichen Entwicklungsprozessen wird immer wieder von authentischer Kommunikation gesprochen. Kann das übertragen werden auf diese Ebene? Wie müsste authentische Kommunikation in Beteiligungsprozessen aussehen, damit diese wirklich gelingen können? EntscheidungsträgerInnen muss klar äußern, was sie erwarten, erhoffen, wo die Grenzen sind, des einzelnen und die der Gruppen, was verantwortet werden kann. Das bedeutet auch, dass Bereitschaft bestehen muss, die eigenen Sichtweisen, Standpunkte zu erzählen, oder auch zuzugeben, dass es zu diesem Thema noch keine Meinung gibt. Dieselbe Offenheit, die in privaten Beziehungen eingefordert wird, muss auch hier

gelebt werden und das bedeutet den Verzicht auf Manipulation, nur soviel Kommunikation zuzulassen, dass die Ergebnisse noch gelenkt werden können. Ein hoher Anspruch sicherlich, aber ich wurde ja gebeten, Visionen zu entwickeln. Und dass es möglich ist, erlebe ich in manchen Gemeinden und kann von solchen Erfahrungen berichten. Kommunikation ist nicht nur das beschriebene Papier, sie muss ständig neu erfunden, gelebt werden. Von allen Beteiligten fordert dies unermüdlich die Bereitschaft zu erzählen, zu erklären, offen zulegen, angelehnt an die Vision, betroffene und interessierte Menschen zu beteiligen. Das verlangt nach entsprechenden Kommunikationsräumen. Die Erfahrung zeigt, dass die herkömmlichen Formen - Kommissionen, Ausschüsse, Gemeinderat - diesen Ansprüchen nicht entsprechen. Die Formen, wo dies möglich wäre, kennen wir. Das Gesetz verlangt aber noch die traditionelle Form der Kommunikation mit seinen Geschäftsordnungen und Abläufen. Wir kennen sie alle, die Informationsbühnen, meist nur Berichterstattungen. Ich möchte sie damit nicht abwerten. In einer Zeit, in der alles nach Effizienz schreit, sind sie oft die Form, die am wenigsten Zeit braucht. Nur - lebendige Kommunikation geschieht hier nicht, ein Austausch von verschiedenen Erlebens- bzw. auch Gedankenwelten ist hier nicht möglich. Wenn Defizite wahrgenommen werden, wird sofort der Ruf nach Regeln laut. Solche Regeln sind wichtig, aber nicht das Allheilmittel, wenn der Grundgedanke, was mit der Kommunikation erreicht werden soll, in Vergessenheit gerät. **Öffentlichkeitsbeteiligung kann nur gelingen, wenn wir neue Formen der Kommunikation zulassen und kultivieren.** Wenn wir sie nicht als Luxus und zusätzliche Übungen wahrnehmen, sondern als Teil der Alltagskultur. Ein noch nicht ganz reales Beispiel: Angenommen in unserem Dorf findet ganz selbstverständlich einmal im Jahr eine Klausur mit Vertretern der Politik, den in den Projekten Tätigen und den in der Verwaltung Arbeitenden statt. Während dieser Veranstaltung wird die Arbeit für das nächste Jahr besprochen, werden Prioritäten hergestellt und gemischte Arbeitsgruppen gegründet, die dann zur breiteren Arbeit über diese Gruppen hinaus einladen, für einen klar begrenzten Zeitraum mit klar definiertem Ziel. Eine Utopie? Sicher - auch weil es schwierig ist, für solche Projekte Finanzierungen zu bekommen. Dieser Kommunikationsraum soll ja politischer Alltag werden und lässt sich schwer in einem Pilotprojektförderungsantrag unterbringen. Diese Kommunikationsräume strukturell zu verankern, damit Kommunikation lebendig ist und sich auch immer wieder den Erfordernissen anpassen kann, wäre das Ziel. In einigen Kommunen wird dies auch schon gelebt in der einen und anderen Form. Gefordert und unterstützt auf breiter Basis wird dies noch nicht. Lebbar ist diese Art der Kommunikation, die ich meine, nur aus einer wertschätzenden Grundhaltung dem Anderen gegenüber, dem bewussten Wahrnehmen von Rollen, der eigenen und die der Anderen. Und dem Wissen, dass Kommunikation der Gestaltung des Klimas dient, in dem wir uns bewegen. Eine Aussage einer unserer MitarbeiterInnen: „Solange alle daran Freude haben, die, die mitarbeiten und die, für die wir das machen, solange mache ich gerne mit, auch wenn es viel Zeit kostet.“ Erstes Ziel der Kommunikation ist, der Gestaltung von Beziehungen zu dienen. Hier ein Satz aus einem Workshop über Nachhaltigkeit in Vorarlberg: „Denn am Schluss des Lebens zählen nur die Beziehungen.“

Der Gedanke der Öffentlichkeitsbeteiligung ist noch relativ jung, das Bewusstsein, dass es möglich sein soll, Politik nicht nur für die Betroffenen zu machen, sondern Politik mit den betroffenen Menschen, um deren Bedürfnisse wirklich abdecken zu können. Ich denke, dass wir uns als Gesellschaft in einem Lernprozess befinden. Wir üben noch. Wir brauchen den Grundgedanken des Miteinanders der verschiedenen Ebenen in der Familie, in den Firmen und Organisationen, in den Schulen und Parteien und eben in den großen sozialen Einheiten wie Gemeinden und Regionen. Patentlösungen gibt es dafür noch nicht. Es geht auch nicht um ein Ausspielen der zwei Formen, der partizipativen Demokratie und der repräsentativen Demokratie. Aus meiner Sicht haben beide Formen ihre Aufgaben und Berechtigung, welche Mischung wir finden, das ist die Frage. Und genau dafür gilt es zu lernen. Lernen heißt, seine Möglichkeiten auszuloten, als Einzelner und als Kommune. Dazu ist wohl eine neue gelebte Fehlerkultur erforderlich. Und das verlangt Mut - Mut von allen Beteiligten im Bewusstsein, dass es die gescheiterten Versuche braucht, um die passende Form zu finden. Wenn wir dem Gehen-Lernen die gleiche Haltung entgegengebracht hätten wie dem Erlernen von Partizipation, wir hätten es nie für uns entdeckt. Wenn wir Begriffe verwenden wie Nachhaltigkeit und BürgerInnenbeteiligung merken wir bald, dass diese Fachbegriffe von uns „Fachleuten“ mit einer gewissen Leichtigkeit verwendet werden, aber bei den Menschen, die die Geschicke einer Gemeinde lenken sollen und möchten keine einheitliche Bedeutung haben. Das reicht von Unverständnis und Vorsicht bis zur unkritischen Begeisterung. **Öffentlichkeitsbeteiligung kann geschehen, wenn „Lernen“ Teil der politischen Struktur wird.** Einfach wäre es nun zu sagen, wir müssen das Bildungssystem ändern und dann kann es gelingen. Das meine ich zwar auch, aber wir müssen uns in vielen Teilbereichen erst fähig dazu machen, die Entscheidung zur Änderung des Bildungssystems zu treffen. Sich fähig machen, mit den geänderten Anforderungen umzugehen, neue Inhalte in den eigenen Erfahrungsraum aufzunehmen und dann anzuwenden. In der Wirtschaft geschieht dies in immer stärkerem Maß in verschiedenen Seminaren. Und bei den Akteuren der Partizipation, den politisch Verantwortlichen und den Mitarbeitern in den Projekten? Genau dort, wo langfristig wirkende Entscheidungen getroffen werden, verlassen wir uns auf die Kompetenz des einzelnen, ohne ihn darin zu unterstützen, ohne ihm jene Möglichkeiten zugänglich zu machen, die persönlich und wirtschaftlich zum Erfolg führen. Sicherlich, es ist seine Privatsache, Angebote der

verschiedenen Bildungsinstitutionen zu besuchen. Und das wird von manchen Kommunen auch bezahlt. Nur müssen die Inhalte, die ich angesprochen habe, in die eigene Gemeindesprache übersetzt werden, trainiert mit den Menschen, mit denen gearbeitet werden soll. Teil der Struktur, Basis für alltägliches politisches Handeln und Wirken ist so etwas noch nicht. Überspitzt gesagt: es gibt keine Grundausbildung, keinen Befähigungsnachweis, der erlaubt, BürgermeisterIn, Gemeinderat oder -rätin oder AG-LeiterIn zu werden. Wir brauchen Anreize, sich für das Gemeinwohl weiter zu bilden, solange diese Inhalte nicht Teil einer Grundausbildung an unseren Schulen ist. Ich möchte hier nur ein wenig den Raum aufmachen für Überlegungen, wo den Akteuren **Unterstützung** geboten werden könnte: Und damit meine ich allen drei Säulen gemeinsam: **PolitikerInnen - BürgerInnen - Verwaltungsbediensteten**

- o Formen der Kommunikation
- o Gesprächskultur
- o Umgang in Krisensituationen mit engagierten BürgerInnen
- o erlebbare Wissensvermittlung zu den Themen Verantwortung, Nachhaltigkeit, Beteiligung, Vernetzung, Projektabläufe
- o Rollenverständnis
- o Umgang mit den eigenen Werten und Zielen
- o Entwicklung von gemeinsamen Zielen.

Eigentlich Themen, die wir aus der Teamentwicklung/Organisationsentwicklung von Firmen kennen. Das Entscheidende dabei ist wohl, dass dies nur in fortlaufenden Prozessen Sinn macht. Der Kreis der handelnden Personen ändert sich ständig. Die von mir angesprochenen, erhofften Änderungen brauchen allerdings Zeit und Geduld - und sie sind nicht in absehbarer Zeit leicht messbar oder bestimmten Personen zuzurechnen und damit den Kriterium für Förderungen und für Wahlerfolg. Es sind meine persönlichen Utopien zu dem Thema, wie ein Miteinander gelingen könnte, die ich ihnen hier zeigen durfte. Mein Part ist der, dies vorzuleben, zu unterstützen, wo ich kann, und Mut zum Experiment zu machen.

# Einblicke in zukunftsweisende Praxis – Prinzipien, Modelle, Kulturen



V.L.N.R.: MICHAEL PELZER, ANDREA BINDER-ZEHETNER, JOHANNES MIDDENDORF, KAI MASSER

Am Vormittag des zweiten Tages wurden Praxisbeispiele vorgestellt, die zukunftsweisende Aspekte aufzeigten: z.B. in Bezug auf die Reichweite wie das Europäische BürgerInnengutachten zur Zukunft der ländlichen Räume, das Beteiligung auf europäischer Ebene ermöglichte und mit der Zufallsauswahl der Beteiligten auch methodisch ein interessantes Instrument darstellt; oder der Österreichische Walddialog, der zeigt, wie ein nationales Konsensverfahren unter Einbeziehung vieler unterschiedlicher Stakeholdergruppen erfolgreich durchgeführt werden kann.

Interessant an den lokalen BürgerInnenpanels, die in einigen norddeutschen Städten durchgeführt wurden, ist, dass mit diesem sehr niederschweligen Instrument eine große Anzahl von Menschen erreicht werden und für kommunale Belange interessiert werden kann. Andere Praxisbeispiele zeigten Ansätze der kontinuierlichen, bereits institutionalisierten Öffentlichkeitsbeteiligung auf wie der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg oder die Beteiligungsstrukturen der bayerischen Gemeinde Weyarn. Für die LA 21 in Wien, ein zeitlich befristeter Prozess, gibt es erste Ansätze zu einer Verstetigung, die von Andrea Binder-Zehetner vorgestellt wurden. Die Vorarlberger Gemeinde Mäder ist eine Mustergemeinde, was Beteiligung anbelangt, das „Stop and Go-Prinzip“ in Mäder ist ein gutes Beispiel, wie die Schnittstelle des Beteiligungsprozesses zur Politik innovativ wie auch effizient gestaltet werden kann. Mit der Einrichtung des Dialogforums hat der Flughafen Wien über das Mediationsverfahren hinaus eine Anlaufstelle eingerichtet, die die Kommunikation und Diskussion mit den AnrainerInnen und Betroffenen fortführt, um aufkommende Konflikte frühzeitig zu bearbeiten. Das Dialogforum wacht außerdem über die korrekte Umsetzung der Mediationsergebnisse.

## Europäisches BürgerInnengutachten zur Zukunft der ländlichen Räume

**Hilmar Sturm**

### Prozess-/Projektbeschreibung

Bürgerinnen und Bürger (überwiegend im Zufallsverfahren - also möglichst repräsentativ ausgewählt) in acht Regionen Europas arbeiteten jeweils mehrere Tage lang an der Benennung von Problemen, Entwicklung von Zukunftsperspektiven und Maßnahmen für die ländlichen Räume ihrer Region.

Aus diesen regionalen Panels wurden für die zweite Stufe jeweils 10 bis 12 Teilnehmende (wieder zumeist nach dem Zufallsverfahren ausgewählt) nach Brüssel zum ersten Europäischen BürgerInnenpanel entsandt. Sie bearbeiteten die europäische Dimension der Probleme, legten ihre Visionen dar und gaben Handlungsempfehlungen für die europäische Politik für den ländlichen Raum der Zukunft.

### Ziele des Beteiligungsprozesses

- o Pilotprojekt für direkte Bürgerbeteiligung in Europa (mit Erfahrungen für weitere, verbesserte Beteiligungsverfahren für Europa)

- o Vorschläge und Empfehlungen für die Zukunft der ländlichen Räume in ganz Europa
- o Zusammenarbeit von Regionen über die EU hinaus
- o Mehr BürgerInnennähe für Europa und Ermöglichung des »Europäischen Bürgers/Bürgerin«

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

### Methodisch-formal

- o 8 regionale BürgerInnengutachten zur Zukunft der ländlichen Räume
- o 1 europäisches BürgerInnengutachten zur Zukunft der ländlichen Räume
- o Lernprozess und verbesserte Konzepte für künftige Beteiligungsverfahren auf europäischer Ebene

### Inhaltlich-sachlich

- o eine Fülle von Lagebeschreibungen, Zukunftserwartungen, Empfehlungen und Forderungen für die ländlichen Räume in den Regionen (regionale Bürgergutachten)
- o die wichtigsten Probleme, Visionen und Empfehlungen für die Zukunft der ländlichen Räume (europäisches Bürgergutachten)

## „Highlights“

Der zweistufige Prozess von regionalen Panels und einem europäischen Panel hat sich sehr gut bewährt. Trotz nicht völlig standardisiertem Vorgehen in den Regionen konnten die Bürgerinnen und Bürger über Kultur- und Sprachgrenzen hinweg sehr gut zusammenarbeiten.

## „Herausforderungen“

- o Besonders schwierig ist der Umgang mit den vielen Sprachen (bei diesem Projekt 6). Eine große Zahl von DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen ist erforderlich (kostet viel Geld und Organisationsaufwand).
- o Der praktische Ablauf im europäischen Panel wurde während des Panels mehrfach angepasst. Das führte manchmal zu Verzögerungen und Missverständnissen.
- o Die PolitikerInnen und BeamtenInnen in Brüssel waren erkennbar diese Art von BürgerInnenmitsprache noch nicht gewohnt; es fiel ihnen etwas schwer, damit umzugehen. Zeigen wird sich, ob und inwieweit die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger in der realen Politikgestaltung eine Rolle spielen werden.
- o Auch die Information einer breiteren Öffentlichkeit über Verfahren und Ergebnisse ist sehr schwierig.

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

Fondation Charles Léopold Mayer pour le Progrès de l'Homme (Charles-Léopold-Mayer-Stiftung für den Fortschritt der Menschheit), Lausanne/Schweiz und Paris/Frankreich ([www.fph.ch](http://www.fph.ch)) aufbauend auf verschiedenen BürgerInnenbeteiligungsverfahren (wie der Planungszelle/dem Bürgergutachten usw.)

### Beteiligte

- o BürgerInnen in 8 Regionen, davon 2 grenzübergreifend, so dass insgesamt Menschen aus 10 Ländern mitwirkten (in den Regionen jeweils ca. zwischen 20 und 60 Personen, beim europäischen Panel 88 Personen) - in den meisten

Regionen wurden die Teilnehmenden im Zufallsverfahren gezogen

- o In den Regionen wurden als ExpertInnen, VertreterInnen von Wissenschaft und Interessenorganisationen einbezogen (im deutschsprachigen Raum in »Runden Tischen«)

## AuftraggeberIn

Europäische Ebene: etliche Stiftungen und die EU-Kommission (Generaldirektion Bildung und Kultur)

Regionale Ebene: unterschiedlich - meist regionale Regierungen oder Behörden, in vielen Fällen auch Stiftungen (in Bayern: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Abteilung Landesentwicklung; im Kanton St. Gallen: Amt für Raumentwicklung, Baudepartement = Bauministerium des Kantons St. Gallen)

## Prozessbegleitung und -beratung

Europäische Ebene:

- o Lenkungsausschuss (Steering Committee), in dem die Stiftungen vertreten sind; Leitung: Benoît Derenne von der FGF
- o Management und Koordination, Logistik: AEIDL (Association Européenne pour l'Information sur le Développement Local), Brüssel, Belgien
- o Gruppe der regionalen Durchführungsträger (Gesellschaft für Bürgergutachten: Bayern und St. Gallen; North South Rural Voice: Irland/Nordirland; The Carpathian Foundation: Ungarn/Slowakei; University of Newcastle/PEALS, Right2Bheard und International Institute for Environment and Development: Cumbria und Durham, Nordengland; Freie Universität Amsterdam, Institut für Umweltstudien: Flevoland/Niederlande; Eurodebat und Economie & Humanisme: Rhône-Alpes; Fondation pour les Générations Futures und Tr@me: Wallonien)
- o Gruppe der ModeratorInnen (ursprünglich Methodological Committee, auch darin die gfb vertreten)
- o Gruppe der »Rapporteurs«, die für die Dokumentation zuständig sind
- o Externe Evaluation: Prof. Dr. Ortwin Renn und Piet Sellke, Universität Stuttgart/Dialogik GmbH

Regionale Ebenen:

- o vielfältige Organisationsformen und -strukturen, regional unterschiedlich
- o in Bayern und St. Gallen: unabhängiger Durchführungsträger: Gesellschaft für Bürgergutachten (Organisation, Konzeption, Ausführung, Moderation, Dokumentation usw.)

## Räumliches Umfeld

Beteiligt sind die Regionen:

- o Région Rhône-Alpes, Frankreich
- o Région Wallonne, Belgien
- o Freistaat Bayern, Deutschland (mit den beiden Projektregionen Stadt und Landkreis Landshut sowie Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge)
- o Kanton St. Gallen, Schweiz (mit der Projektregion oberes Toggenburg und Neckertal)
- o Counties Cumbria und Durham, Nordengland, Vereinigtes Königreich
- o grenzüberschreitend im Norden Irlands (fünf counties der Republik Irland und sieben district councils in Nordirland, Vereinigtes Königreich)
- o grenzüberschreitend zwischen Ungarn und der Slowakei (Moldava nad Bodvou und Szikszó)
- o Provinz Flevoland, Niederlande

## Zeitplan

- o 2003: Beginn der Vorüberlegungen
- o 2006/2007: regionale BürgerInnengruppen (Panels) tagen
- o 9. März 2007: Übergabe des BürgerInnengutachtens zur Zukunft der ländlichen Räume im Kanton St. Gallen an Regierungsrat (Bauminister) Willi Haag
- o 30. März bis 2. April 2007: Europäisches BürgerInnenpanel in Brüssel und Louvain-la-Neuve
- o 2. April 2007: Vorlage und Übergabe des Europäischen BürgerInnengutachtens in Kurzfassung an die EU-Kommission sowie VertreterInnen des Ausschusses der Regionen, des Europäischen Parlaments, der Regionen usw.

noch in Vorbereitung:

Ausführliche Langfassung des BürgerInnengutachtens, fachlich-wissenschaftliche Analyse der regionalen und des europäischen BürgerInnengutachtens (durch Michael Murray, Queen's University, Belfast), teilweise regionale BürgerInnengutachten

## Publikationen zu diesem Verfahren

- o Digital: siehe [www.citizenspanel.eu](http://www.citizenspanel.eu) (umfangreiche Projektdokumentation in drei Sprachen) sowie [www.buergergutachten.com](http://www.buergergutachten.com)
- o Gedruckt: jeweils ein regionales BürgerInnengutachten (unter verschiedenen Bezeichnungen, in verschiedenen Sprachen) und (bisher nur auf Englisch) das europäische
- o BürgerInnengutachten in Kurzfassung (»“What roles for Rural Areas in Tomorrow's Europe?” Summary Report of the European Citizens' Panel. A citizens' perspective on the roles for rural areas in tomorrow's Europe«)

## Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Hilmar

Familienname: Sturm

Beruflicher Hintergrund: Bankkaufmann, Wirtschaftspädagoge (Dipl.-Hdl.), Wirtschaftswissenschaftler (Dr. oec.), Freiberufler

Institution: Gesellschaft für Bürgergutachten, München und Landshut

Position: geschäftsführender Gesellschafter

Straße: Albanistraße 12

PLZ: 81541

Ort: München

Land: Deutschland

Telefon: +49-(0) 89-44 14 04 60

Fax:

e-mail: [sturm\(at\)buergergutachten\(punkt\)com](mailto:sturm(at)buergergutachten(punkt)com)

website: <http://www.buergergutachten.com>

Rolle im beschriebenen Verfahren: Unabhängiger Durchführungsträger, Projektleiter in zwei Regionen (Bayern und St. Gallen);

Mitglied des Methodenkomitees und Moderator beim europäischen Panel

# Der Österreichische Walddialog

Johannes Schima/Ursula Kopp

## Prozess-/Projektbeschreibung

Die langfristige Sicherstellung einer multifunktionalen Waldwirtschaft hat in Österreich höchste forst-, umwelt- und gesellschaftspolitische Priorität. Unter dem Motto „Der Wald geht uns alle an!“ hat daher der Lebensminister im April 2003 den Österreichischen Walddialog initiiert. Der Österreichische Walddialog ist ein neuer Ansatz zur vorausschauenden Regelung von Interessenkonflikten und der besseren Koordinierung von Aktivitäten mit Bezug zum Wald.

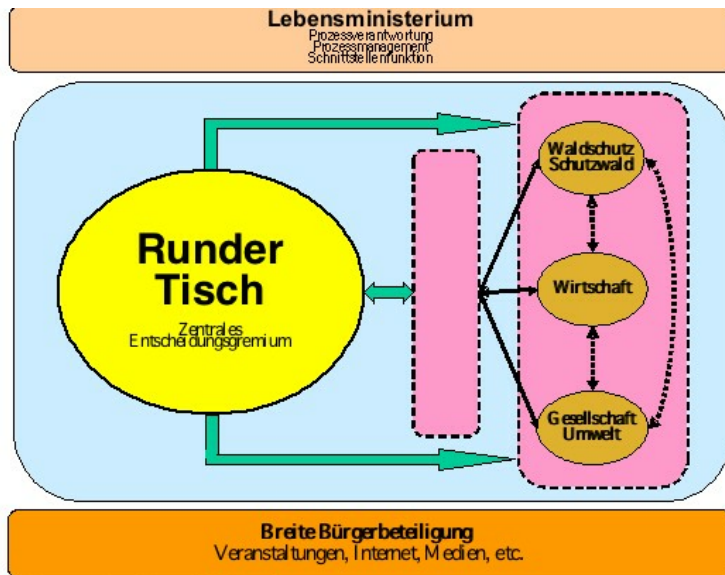


Abb.1: Struktur des Walddialogs bis 2006

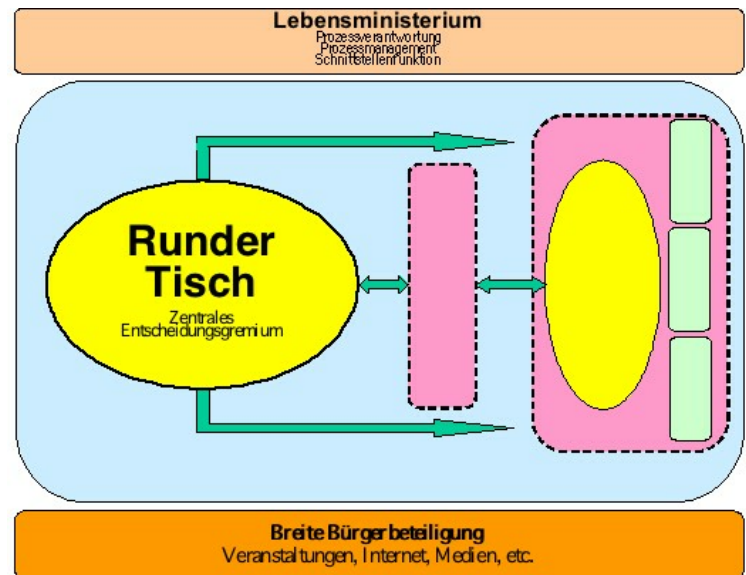


Abb.2: Struktur des Walddialogs ab 2006

## Ziele des Beteiligungsprozesses

- o vorausschauende Regelung von Interessenkonflikten und bessere Koordinierung von Aktivitäten mit Bezug zum Wald
- o laufende Optimierung der nachhaltigen Bewirtschaftung
- o Entwicklung von Strategien und operational umsetzbare Leitlinien zu forstlich relevanten Handlungsfeldern
- o Umsetzung neuer Maßstäbe der demokratischen Entscheidungsfindung (good-governance)
- o Umsetzung internationaler Verpflichtungen im Waldbereich (u.a. EU-Vorgaben, Biodiversitätskonvention, Waldforum der Vereinten Nationen)

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

- o Nach knapp drei Jahren intensivster Arbeit wurde Ende 2005 nach insgesamt 27 Sitzungen von über 80 Organisationen und Institutionen das erste Österreichische Waldprogramm beschlossen. Es ist richtungsweisend für die Tätigkeiten aller am Walddialog beteiligten Organisationen und Institutionen.
- o Das dazugehörige Arbeitsprogramm ist ebenfalls ein wichtiges Ergebnis. Es ist ein lebendes Dokument, das die Umsetzung des Waldprogramms mittels konkreter Maßnahmen laufend festhält und weiterentwickelt.

## „Highlights“

- o Zu Beginn des Walddialogs wurden gemeinsam von allen TeilnehmerInnen Spielregeln der Zusammenarbeit und Grundsätze der Prozessstruktur sowie des Prozessablaufes erarbeitet und konsensual angenommen.
- o Bei den Ergebnissen wird ein Höchstmaß an Konsens angestrebt. Abweichende Meinungen werden auf Wunsch

dokumentiert. Formelle Abstimmungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen.

- o Einrichtung eines politischen Gremiums - den Runden Tisch - zu dem alle wichtigen politischen und fachlichen Entscheidungsträger eingeladen sind (inklusive Parlamentklubs und betroffene Ministerien). Die Vorsitzführung des Runden Tisches erfolgt durch den Lebensminister.

## „Herausforderungen“

- o Die Rolle des Ministeriums ist einerseits die Prozesssteuerung, andererseits ist es auch Stakeholder
- o Personelle und finanzielle Engpässe bei einigen Stakeholdergruppen
- o Traditionelles Verwaltungsverständnis ist nur wenig kompatibel mit neuen Ansätzen, welche auf Partizipation, Offenheit, Transparenz und Kontinuität ausgelegt sind

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Forstsektion

### Beteiligte

Insgesamt nehmen derzeit 81 walddrelevante, bundesweit organisierte Institutionen und Organisationen am Walddialog teil. Die breite Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, sich über eine Internetplattform ([www.walddialog.at](http://www.walddialog.at)) sowie durch schriftliche Stellungnahmen in den Dialogprozess einzubringen. Die Homepage wird sowohl als Informationsmedium für die breite Öffentlichkeit als auch als Arbeitsplattform für die am Prozess direkt Beteiligten (INTRANET) benützt.

### AuftraggeberIn

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

### Prozessbegleitung und -beratung

- o Die Planung, Steuerung und Koordination des gesamten Walddialogs wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wahrgenommen und von externen wissenschaftlichen BeraterInnen unterstützt.
- o Die Runden Tische sowie die Arbeitsgruppensitzungen werden extern durch DI Ursula Kopp, Forschungsinstitut für Nachhaltige Entwicklung der WU Wien, moderiert. Bei der Moderation war/ist sowohl Professionalität als auch fachliche Kompetenz wichtig.

### Räumliches Umfeld

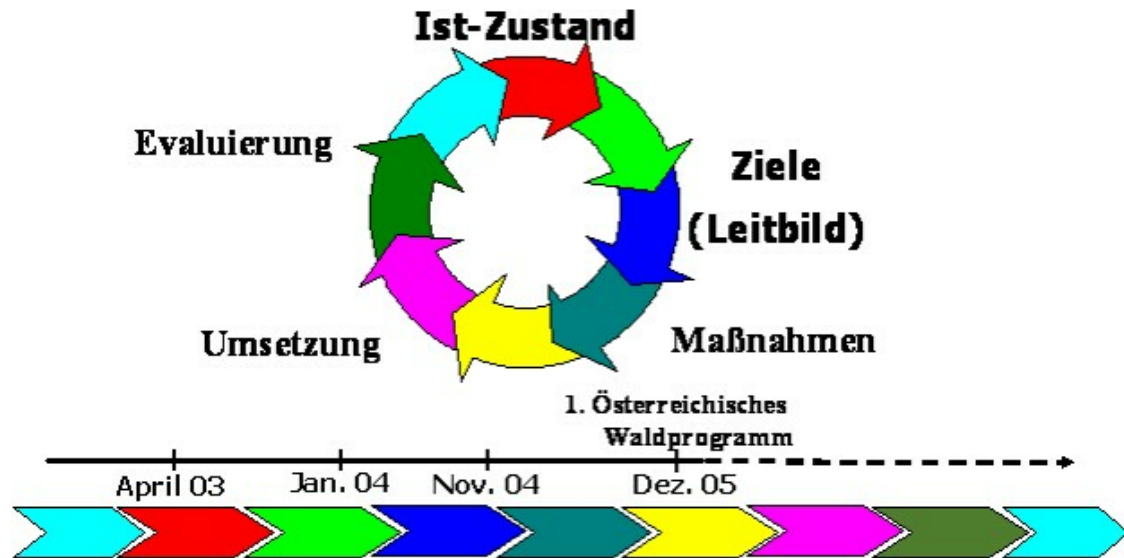
Nationaler Prozess - Teilnahme von bundesweit organisierten Interessengruppen

### Zeitplan

- o Gestartet wurde der Österreichische Walddialog mit einer großen Auftaktveranstaltung am 9. April 2003, an der über 250 Personen teilnahmen. Danach wurde der Walddialog mittels der Facharbeitsgruppen (Module) und Workshops weitergeführt. Bis zum Vorliegen des 1. Österreichischen Waldprogramms wurden insgesamt 20 Modulsitzungstage, 4 Runden Tische und 5 thematische Workshops abgehalten. Dafür wurden in Summe ca. 216 Sitzungsstunden aufgewendet.

- o Der Walddialog ist als ein langfristiger, kontinuierlicher Dialogprozess konzipiert. Der Walddialog und seine Ergebnisse durchlaufen idealtypisch verschiedene Phasen (siehe Abbildung 3).

ABB.3: PHASEN DES ÖSTERREICHISCHEN WALDDIALOGS



Der Walddialog begann mit der Beschreibung der Ist-Zustände, Trends und Problemstellungen. Dabei wurde, gestützt auf einer breiten Datenerhebung, eine gemeinsame Einschätzung bestehender Probleme im Waldbereich geschaffen. Anschließend erfolgte die Formulierung gemeinsamer Prinzipien, konkreter Ziele und Maßnahmenbereiche (Leitbild). Zur Messung der Zielerreichung wurden Indikatoren mit Ist- und Soll-Werten definiert. Die Umsetzung des Waldprogramms erfolgt mittels eines laufend angepassten und weiterentwickelten Arbeitsprogramms. Zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgt eine Evaluierung des Erfolgs der gesetzten Maßnahmen bzw. der Zielerreichung. Auf Basis der Evaluierungsergebnisse wird schließlich der Ist-Zustand des Waldes wieder neu bestimmt und eine weitere Runde des Walddialogs beginnt.

### Publikationen zu diesem Verfahren

Österreichisches Waldprogramm (deutsch/englisch)

- o Walddialog - News Letter
- o [www.walddialog.at](http://www.walddialog.at)

### Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Georg

Familienname: Rappold

Beruflicher Hintergrund: nationale und internationale Wald-, Umwelt und Nachhaltigkeitspolitik

Institution: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Position: Mitarbeiter der Forstsektion, Abteilung Waldpolitik und Waldinformation

Straße: Marxergasse 2

PLZ: 1040

Ort: Wien

Land: Österreich

Telefon: +43-1-664-2645017

Fax: +43-1-71100-7399

e-mail: [georg.rappold@lebensministerium](mailto:georg.rappold@lebensministerium) oder [walddialog@lebensministerium.at](mailto:walddialog@lebensministerium.at)

website: [www.walddialog.at](http://www.walddialog.at)

Rolle im beschriebenen Verfahren: Leiter des Walddialog-Sekretariats, Gesamtkoordination

# Bürgerhaushalt Lichtenberg

**Johannes Middendorf**

## Kurze Prozess-/Projektbeschreibung

Bei dem Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg handelt es sich um eine partizipative Haushaltsplanung, -durchführung und -kontrolle. Die Beteiligung der BürgerInnen erfolgt für die dispositiven Haushaltsmittel (ca. 30 Mio = 6 % des Gesamtbudgets). Die Beteiligung wurde erstmalig für das Haushaltsjahr 2007 durchgeführt und zwar bevor die zuständigen politischen Gremien sich mit der Haushaltsplanung befassen haben. BürgerInnen formulieren Prioritäten, gewählte politische Gremien entscheiden, ob und ggf. welche Vorschläge bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. Der Bürgerhaushalt besteht grundsätzlich aus 3 Bausteinen:

1. lesbarer Haushalt
2. Beteiligungsverfahren auf 3 Wegen
  - o Schriftliche Beteiligung (Haushaltsbefragung)
  - o Beteiligung per Internet
  - o Beteiligung direkt vor Ort in Bürgerversammlungen
3. Öffentliche Rechenschaft durch gewählte Gremien

Anlage: 1) Schema zum Beteiligungsverfahren Bürgerhaushalt Lichtenberg

## Ziele des Beteiligungsprozesses

Beitrag zur Realisierung der bezirklichen Leitziele:

- o kinder- und familienfreundlicher Bezirk
- o Förderung von Vielfalt und Integration
- o Entwicklung Lichtenbergs zur Bürgerkommune
- o effektiver Einsatz von Ressourcen

durch eine öffentliche Auseinandersetzung über Bedürfnisse, Ressourcen und Zukunft, Transparenz in die Haushaltssituation und -entscheidungen, Stärkung der Verantwortung aller Beteiligten, Förderung des - ehrenamtlichen - Engagements, Aktivierung der BürgerInnen.

Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

- o Aktive Beteiligung von ca. 4.000 Bürger/innen
- o 42 priorisierte Vorschläge zur Haushaltsplanung
- o 37 Vorschläge von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) angenommen

## „Highlights“

- o 3 Beteiligungswege neutralisieren Lobbyismus
- o keine parteipolitische Dominanz, da Konsensbeschluss aller in der BVV vertretenen Parteien
- o hohe Beteiligungszahlen bereits im 1. Projektdurchlauf (4.000 Bürger/innen)
- o Medienmix für Öffentlichkeitsarbeit, Information und Motivierung wichtig
- o von BürgerInnen in Bürgerversammlungen und im Internet gewähltes Redaktionsteam, das die Vorschläge sortiert und redaktionell bearbeitet

- o Selbstverpflichtung der BVV zum Umgang mit den Vorschlägen der Bürger/innen (jeder priorisierte Vorschlag wird diskutiert und im Falle der Ablehnung öffentlich begründet)
- o Öffentliche Rechenschaftsveranstaltungen nach der Entscheidung zur Umsetzung durch pol. Gremien

## „Herausforderungen“

- o Beteiligungszahlen in bestimmten Bereichen noch unbefriedigend
- o Familien
- o Jugendliche mehr einbeziehen (jugendspezifische Veranstaltungen, Einbindung in Lehrplan)
- o Migranten/innen interessieren durch gezielte Ansprache
- o Qualifiziertere Diskussion fördern (in der Bürgerschaft, aber auch zwischen Bürger/innen und Verwaltung/Politik) z.B. Open Space
- o Beteiligungsverfahren stärker auf Stadtteile/Wohnumfeld ausrichten

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

Die Idee, einen Bürgerhaushalt in Lichtenberg durchzuführen, kam von der Bezirksbürgermeisterin.

Das Beteiligungsverfahren für den Bürgerhaushalt wurde von einem Projektteam, paritätisch zusammengesetzt aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik, erarbeitet und von der BVV einstimmig beschlossen.

### Beteiligte

- o 258.000 Einwohner/innen Lichtenbergs zuzüglich BürgerInnen mit Arbeitsschwerpunkt in Lichtenberg.
- o Abstimmungsberechtigt alle beteiligungsberechtigten Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben.

### AuftraggeberIn

Bezirksverordnetenversammlung (Bezirksparlament)

### Prozessbegleitung und -beratung

Prozesssteuerung: Bezirksverwaltung

- o Prozessbegleitung: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, mit Unterstützung parteinaher Stiftungen
- o Wissenschaftliche Begleitung:
  - Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Herr Prof. Dr. Klages) – begleitende Evaluation
  - Fraunhofer Institut für Autonome Intelligente Systeme – Evaluation Internetbeteiligung
  - Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin – Auswertung der Haushaltsbefragung
- o Externe Moderation der Bürgerversammlungen (Großveranstaltungen)
- o Programmierung und Unterstützung der Online-Moderation des Internetportals – ZebraLog e.V.

## Räumliches Umfeld

Lichtenberg ist einer der 12 Bezirke Berlins (Großstadt) und hat ca. 258.000 Einwohner/innen. Das Beteiligungsverfahren bezieht sich auf den Gesamtbezirk

## Zeitplan

Der Bürgerhaushalt ist in 4 Phasen zu gliedern, die sich über mehrere Jahre ziehen und im Fortlauf der Durchläufe überlappen.

- o Konzeptions- und Planungsphase
- o Beteiligungsphase
- o Prüfungs- und Beratungsphase
- o Umsetzungs- und Kontrollphase

## Publikationen zu diesem Verfahren

Zu finden unter: [www.buergerhaushalt-lichtenberg.de](http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de) ;Δ Literatur-Links

## Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Johannes

Familienname: Middendorf

Beruflicher Hintergrund:

Institution: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Position: Leiter Personal- und Finanzservice

Straße:

PLZ: 10360

Ort: Berlin

Land: Deutschland

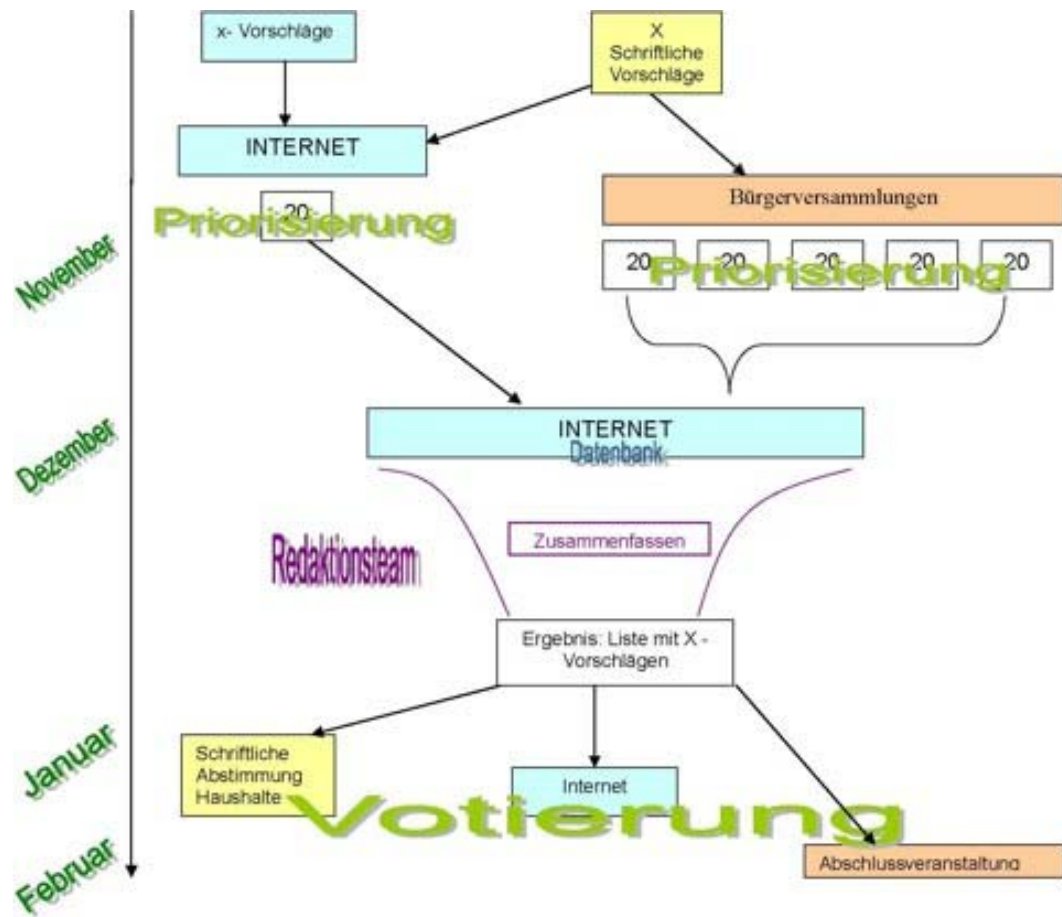
Telefon: 004930902966202

Fax: 00493090296776202

e-mail: [johannes.middendorf@libg.verwalt-berlin.de](mailto:johannes.middendorf@libg.verwalt-berlin.de)

website: [www.buergerhaushalt-lichtenberg.de](http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de)

Rolle im beschriebenen Verfahren: Projektleitung



Anlage 1

# Das „Stop and Go-Prinzip“ der Gemeinde Mäder

**Elke Klien**

## Prozess-/Projektbeschreibung

Im Rahmen der Umsetzung des Sozialleitbilds mit aktivierender Bürgerbeteiligung wurde ein sog. Stopp-Go-Modell erarbeitet: BürgerIn bringt Projektidee samt bekannten Kosten bei Bürgermeister ein, Idee wird vom zuständigen Gremium begutachtet, nach Erteilung von „Go“ kann von BürgerIn bzw Arbeitsgruppe bis zu einem bestimmten, vorher vom Gremium festgelegten Punkt weiter gearbeitet werden.

## Ziele des Beteiligungsprozesses

- o Vermeidung von Reibereien zwischen GemeindemandatarInnen und ehrenamtlich tätigen BürgerInnen
- o Klare Kompetenzen und Aufgaben
- o Keine Projektarbeit für die Schublade, damit Zufriedenheit und Motivation von Partizipationseite
- o Verbesserung der Kommunikation

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Die ersten drei Ziele erreicht. Zur Verbesserung der Kommunikation wird derzeit zusätzlich noch ein Modell der Umgangskultur, in das das Stop-Go-Modell soz. eingebettet ist, erarbeitet.

## „Highlights“

Das Stop-Go-Modell schafft sehr viel Klarheit. Sehr wichtig ist umfassende Information auf beiden Seiten.

## „Herausforderungen“

Das Stop-Go-Modell wurde erst einige Zeit nach dem Einsetzen des partizipativen Prozesses entwickelt und eingesetzt, um entstandene Konflikte zu lösen.

Das Modell allein kann auf Dauer nicht bestehen, wenn der partizipative Prozess nachhaltig sein soll. Eine entsprechende Umgangskultur und ein lebendiger Informations- und Kommunikationsfluss als Rahmen dafür sind unbedingt notwendig.

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

Bürgermeister, Leitungsteam des Sozialprofils „Mäder - ein Leben lang“

### Beteiligte

Rund 60 ehrenamtlich Tätige, 24 GemeindevertreterInnen, Gemeindeverwaltung, Bürgermeister

### AuftraggeberIn

Gemeinde Mäder

## Prozessbegleitung und -beratung

Karlo Hujber von der Fa. Ideenkreis in Schleedorf (A)

## Räumliches Umfeld

Gemeinde Mäder

## Zeitplan

2000-2002 Erarbeitung Sozialprofil, 2002 einstimmiger Gemeindevertretungsbeschluss, ab 2002 Umsetzung der Leitsätze des Sozialprofils, seit Mitte 2006 Stopp-Go-Modell

## Publikationen zu diesem Verfahren

Sondernummer der Gemeindezeitung „Mäderer Usscheall'r“ über das Sozialprofil „Mäder - Ein Leben lang“

## Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Elke

Familienname: Klien

Beruflicher Hintergrund: HAK-Matura

Institution: Gemeinde Mäder

Position: Gemeindebedienstete - Sachbearbeiterin Sozialwesen (unter anderem)

Straße: Alte Schulstraße 7

PLZ: 6841

Ort: Mäder Land: Vorarlberg

Telefon: 05523/52860-10, 0664/4006434

Fax: 05523/52860-20

e-mail: elke.klien@maeder.at

website: www.maeder.at

Rolle im beschriebenen Verfahren: Ehrenamtlich tätig, Schnittstelle und Koordination in der

Gemeindeverwaltung für alle Arbeitsgruppen

# Gelebte BürgerInnengesellschaft - der Weyarner Weg zur Nachhaltigkeit

Michael Pelzer/Theresia Benda

## Prozess-/Projektbeschreibung

In Weyarn geht nichts ohne Bürgerbeteiligung. Politik, Verwaltung und Bürger (Arbeitskreise) arbeiten auf allen kommunalen Handlungsfeldern zusammen. Auf diese Weise ist über die Jahre ein strukturiertes Modell für BürgerInnen-Mitwirkung gewachsen. Das Zwei-Säulen-Entscheidungsprinzip (siehe Grafik) soll nach einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats für die Zukunft in der Gemeindefassung verankert werden. Dieser Weg der Partizipation ist ein Prozess - kein Projekt. Er beschreibt eine grundlegende Änderung politischen Handelns, die eine Voraussetzung für nachhaltige Ergebnisse ist.

Ziele des Beteiligungsprozesses

- o Bewahrung der ländlichen Identitäten
- o Eigeninitiative und Subsidiarität als Prinzip
- o Grundsatz: „Gleiche Augenhöhe“ = Offenheit und Information
- o Mitmachkultur (Mitmachen heißt mitentscheiden)
- o Nutzung aller Kompetenzen in der Gemeinde
- o An Leitbildern orientierte Arbeit
- o Ökonomische Tragfähigkeit
- o Gemeinde als professionelle Entwicklungsagentur, nicht mehr Vollversorger



## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Zusammenfassend ist das Ergebnis dieses Prozesses eine nachhaltige Politik, die sich in vielen Einzelbeispielen (vgl. Anlage) widerspiegelt und die durchgängig zu Nachfolgendem geführt hat:

- o Kostenbewusstsein bei Gemeinderat und Bürger
- o Geringstmöglicher Reparaturaufwand, da gemeinsam getragen
- o Sichere Entscheidungen
- o Schnellere Umsetzung durch breiten Konsens
- o Zielorientierte Planung
- o Langfristigere Planung
- o Zuversichtliches Klima

## „Highlights“

Die Erarbeitung von Strukturen, die wesentliche Voraussetzung zu einem Weg zur Bürgergesellschaft sind (siehe Beilage) und deren Fixierung in einer Hauptsatzung. Gleichzeitig die Selbstverpflichtung zur ständigen Evaluierung

## „Herausforderungen“

Am Anfang des Prozesses Misstrauen, sich auf neue Wege einzulassen. Die Moderation der Ungleichzeitigkeit der Arbeit der

Arbeitskreise. Der lange Planungsvorlauf, der zu Ungeduld und Frustration führen kann. Partiiell auch die Angst des Gemeinderats vor Machtverlust und die Angst der Verwaltung vor „Störung“ gewohnter Abläufe.

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

Anstoß erfolgte durch das bayerische Dorferneuerungsprogramm. Initiiert wurde der Beteiligungsprozess durch den Gemeinderat. Grund war die Erkenntnis, dass die bisherige lineare und reaktive Politik nicht weiterführt.

### Beteiligte

Wechselnde Anzahl von Arbeitskreisen (zw. 60 - 90 Personen) zu den unterschiedlichen Themen und auf allen Handlungsfeldern. Jeder darf sich beteiligen.

Durch das Amt für Ländliche Entwicklung in Bayern, die Bertelsmannstiftung, die TU München, die Bayerische Akademie Ländlicher Raum, die DASL sowie durch den Besuch und Erfahrungsaustausch mit beispielhaften Modellprojekten in Bayern und Österreich, aber auch durch weitere internationale Kooperationen haben wir große Unterstützung und Hilfe, Anregungen und Motivation erfahren.

### AuftraggeberIn

Gemeinderat

### Prozessbegleitung und -beratung

Den Prozess begleitete bisher:

- o das Amt für ländliche Entwicklung
- o die Untere Naturschutzbehörde
- o die Bayerische Akademie Ländlicher Raum
- o sowie die DASL Dorf- und Landschaftsplaner

Die Steuerung erfolgt über das System des Zwei-Säulen-Entscheidungsprinzips Begleitforschung erfolgte durch die 5jährige Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung, Diplom- und Facharbeiten über Weyarn, die Zusammenarbeit mit der TU München, Evaluationen von Qualitätszirkeln.

### Räumliches Umfeld

Gesamter Gemeindebereich mit allen Ortsteilen

### Zeitplan

Siehe Anlage Stationen der Bürgerbeteiligung

### Publikationen zu diesem Verfahren

- o Verschiedene Vorträge mit dem Titel „Nicht ohne meine Bürger“
- o Verschiedene Fachbeiträge und Presseveröffentlichungen

Siehe [www.weyarn.de/MenschenAktiv](http://www.weyarn.de/MenschenAktiv)

**Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:**

Vorname: Michael

Familiennamen: Pelzer

Beruflicher Hintergrund:

Institution: Gemeinde Weyarn

Position: Erster Bürgermeister

Straße: Ignaz-Günther-Str. 5

PLZ:83629

Ort: Weyarn Land: Deutschland

Telefon: 0049 / 8020 / 1887-0

Fax:0049/ 8020 / 1887-20

e-mail: gemeinde@weyarn.de

website: www.weyarn.de

Rolle im beschriebenen Verfahren:

# Lokale Bürgerpanels als Motor der Bürgerbeteiligung

**Kai Masser**

## Prozess-/Projektbeschreibung

Obwohl in Deutschland - empirisch belegt - das bürgerschaftliche Engagement der Bevölkerung „gut“ entwickelt ist, wird das vorhandene Potential beileibe noch nicht ausgeschöpft: Speziell im Bereich der Bürgerbeteiligung im politischen Bereich besteht „Nachholbedarf“. Anhand ausländischer, v.a. in Großbritannien, existierender Beispiele ist zu sehen, dass mittels sog. „Citizen-Panels“, d.h. regelmäßig stattfindender Bürgerbefragungen die Bürger für lokale Themenstellungen interessiert werden und für intensivere Beteiligungsformen gewonnen werden können.

## Ziele des Beteiligungsprozesses

Das Projekt hatte eine mehrstufige Zielsetzung: Zunächst ging es darum zu zeigen, dass es möglich ist in Kommunen regelmäßig und in kurzen Abständen Bürgerbefragungen zu lokalen Themenstellungen durchzuführen. Damit wurde den Bürgern bereits ein „niederschwelliges“ Beteiligungsangebot gemacht, d.h. sich mittels Ausfüllen eines Fragebogens ohne großen Zeitaufwand und institutionelle Hemmnisse zu beteiligen. Gleichzeitig sollten diese Befragungen unbedingt dem Kriterium der Repräsentativität genügen. Und zwar zum einen, um Bedenken bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung entgegenzutreten, zum anderen, um die Problemen herkömmlicher Beteiligungsverfahren (kleine Gruppen, „Mittelschichtbias“, etc.) zu vermeiden. Darüber hinaus sollten BürgerInnen für weiteres Engagement gewonnen werden..

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Auswahl der Ergebnisse:

- o Eine geplante bzw. bereits gefällte Ratsentscheidung wurde aufgrund der Bürgermeinung revidiert (Verlegung des Weihnachtsmarktes)
- o In einer parallelen Befragung in einer anderen Kommune wurde ein überragender Erfolg einer mit Bundesmitteln geförderten und mit Bürgerbeteiligung durchgeführten Stadtteilsanierungsentwicklungsmaßnahme festgestellt. Das Projekt soll nun auf einen anderen (Problem)Stadtteil ausgeweitet werden
- o In enger Abstimmung mit einem (externen) Projekt zur Innenstadtattraktivierung wurden zentrale Daten als Input für weitere Beteiligungsmaßnahmen erhoben
- o Es wurde aufgrund der Befragungsdaten eine Beschlussvorlage für den Rat bezüglich des Weiterbetriebs eines kommunalen „Badeparks“ erstellt
- o Es wurden Daten für einen internationalen Vergleich (5 europäische Mittelstädte) zum Thema Lebensqualität ermittelt - etc.pp.

## „Highlights“

- o Die speziell für das Projekt entwickelte Methodik, gleichzeitig repräsentative und für alle Bürger offene Befragungen zu gewährleisten, hat sich noch besser bewährt als wir dies selbst für möglich hielten.
- o Die Ergebnisse der Befragungen wurden sehr breit in der Bevölkerung wahrgenommen; auch die lokale (bis regionale) Presse berichtete intensiv.
- o Eine überwältigende Anzahl der Befragten (bis zu 70%) bekundeten ihr Interesse an weitere Beteiligung (zumindest der Teilnahme an weiteren Befragungen). In jeder Kommune entstand daher eine Datei an „interessierten“ Bürgerinnen und Bürgern

## „Herausforderungen“

- o Es gelang nur in Ausnahmefällen die „interessierten“ Bürgerinnen und Bürger zu weiterem (über die Beteiligung an den Befragungen hinaus) Engagement zu motivieren; zu beklagen ist hierbei auch Die zu geringe Verzahnung mit

anderen Beteiligungsprojekten der Kommunen (Ausnahme z.B. Innenstadtattraktivierung in Viernheim).

- o Es gelang nicht, die gewählten politischen Entscheidungsträger (Rat) der Kommunen nachhaltig von der Sinnhaftigkeit von Befragungen und Bürgerbeteiligung allgemein zu überzeugen. Speziell die Befragungen wurden nicht (nur) als wichtige Informationsgrundlage angesehen, die die Arbeit erleichtert bzw. auf eine ganz andere Basis stellt; sondern noch sehr stark als „unliebsame Konkurrenz“ zu den „herkömmlichen politischen Verfahren“.

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

- o FöV
- o Verwaltung
- o Politik
- o Bürgerinnen und Bürger

### Beteiligte

Repräsentativ, aber natürlich sind zielgruppenspezifische Auswertungen möglich (gemacht worden) und erwünscht, wie auch weitere Aktionen

### AuftraggeberIn

Siehe InitiatorInnen

### Prozessbegleitung und -beratung

- o Wissenschaftliche Beiräte:
- o Böckler-Stiftung
- o FöV

### Räumliches Umfeld

Mehrere Mittelstädte in Deutschland (z.T. auf Stadtteile bzw. -gebiete heruntergebrochen)

### Zeitplan

- o 2003/2004 Vorarbeiten: Literaturrecherche, Konzeptentwicklung, Finanzierungsakquise
- o 2004-2006 Kernphase: Durchführung und Evaluation des Projekts
- o Seit 2007: Berichterstellung und Bemühung um Fortsetzung des Projekts

### Publikationen zu diesem Verfahren

- o Helmut Klages/ Carmen Daramus/Kai Masser, Das Bürgerpanel - eine repräsentative Methode der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, in: A. Ley/L. Weitz (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 90-95.
- o Helmut Klages/ Carmen Daramus/Kai Masser, Vertrauensverlust in der Demokratie - Lösen Beteiligungsstrategien das Problem?, FÖV Discussion Paper Nr. 15, Speyer 2004.
- o Helmut Klages/ Carmen Daramus/Kai Masser, Bürgerpanels als Instrument der Bürgerbeteiligung, in: P. Guggemos/A. Thielen (Hrsg.), Bürgermeister Handbuch. Professionelles Kommunal-Management, Kognos, Augsburg, 2006, S. 1-16.

Weiteren Publikationen, u.a. bezüglich der Ergebnisse der Befragungen in den Kommunen, siehe die weiter unten angegebene Projekthomepage unter dem Link „Publikationen“

### Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Kai

Familienname: Dr. Masser

Beruflicher Hintergrund: Magisterstudium: Soziologie, VWL, Pädagogik; Aufbaustudium: Verwaltungswissenschaft (Mag.rer.publ.); Promotion in Verwaltungswissenschaft

Institution: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer

Position: Forschungsreferent

Straße: Freiherr-vom-Stein-Str. 2

PLZ: 67324

Ort: Speyer Land: Deutschland (Rheinland-Pfalz)

Telefon: +49 06232 654-302

Fax: +49 6232 654-290

e-mail: [kmasser@dhv-speyer.de](mailto:kmasser@dhv-speyer.de)

website: [http://www.foev-speyer.de/buergerpanel/inhalte/01\\_home.asp](http://www.foev-speyer.de/buergerpanel/inhalte/01_home.asp)

Rolle im beschriebenen Verfahren: Konzeption des Projekts (insbes. der empirischen Elemente); Datenauswertung und Statistik, Moderator von Workshops etc.

# Dialogforum Flughafen Wien

**Wolfgang Hesina**

## Projektbeschreibung

Das Dialogforum setzt den im Mediationsverfahren Flughafen Wien begonnenen Diskussions- und Kommunikationsprozess des Flughafens Wien mit der Flughafenregion fort und wacht über der Einhaltung und Umsetzung der Mediationsergebnisse sowie evaluiert das aktuelle Flugverkehrsgeschehen. Das Dialogforum behandelt Themen im Zusammenhang mit dem Flugverkehrsgeschehen und arbeitet an Maßnahmen, die den Fluglärm so gering wie möglich halten.

Das Dialogforum unterstützt alle Parteien in ihren Aufgaben im Rahmen der Vereinsarbeit.

## Ziele des Beteiligungsprozesses

- o Erarbeitung konsensualer Lösungen
- o Aufrechterhaltung des Diskussions- und Kommunikationsprozesses (Kommunikation Flughafenregion - Flughafen Wien bzw. Aviation-Group)
- o Umsetzung des Mediationsvertrags
- o Begleitung UVP und einer allfälligen Umsetzung einer 3. Piste

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Flugrouten und -änderungen (2- und - so umweltverträglich - auch für 3-Pisten-System); Evaluierungsberichte (jährlich); Umsetzung Nachtflugregelung, Lärmzonendeckelung, technischer Lärmschutz, Dialogforum selbst als Gesprächs- und Verhandlungsplattform

## „Highlights“

- o Dialogforum als Output des Mediationsverfahrens
- o Prozesssteuerung mit großer Anzahl an Parteien bei gleichzeitig sehr langer Prozessdauer
- o Mediationsprozess und Dialogforum als Vorbereitung und Begleitung einer UVP

## „Herausforderungen“

- o Große Zahl an Parteien (5 Bezirkskonferenzen mit rund 120 Gemeinden, Stadtkonferenz Wien, aktuell 6 thematische Arbeitskreise, Dialogforum)
- o Langer Zeitraum über den der Diskussions- und Kommunikationsprozess läuft
- o Bewältigung Vorgeschichte
- o Verschränkung zivilrechtlicher Vereinbarungen mit UVP-Prozess

## Fact Sheet

### InitiatorInnen

FWAG / Vertragsparteien (Gemeinden, ARGE der Bürgerinitiativen und Siedlervereine um den Flughafen Wien usw.) / Dr. Thomas Prader

## Beteiligte

Vgl. Herausforderung (Gemeinden aus NÖ und Bgld., Stadt Wien, Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden, Politik, Wirtschaftsunternehmen (AUA, FWAG), Austro Control (ACG), Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland etc.

## AuftraggeberIn

Flughafen Wien AG (FWAG)

## Prozessbegleitung und -beratung

Begleitung und Steuerung des Prozesses erfolgt durch Geschäftsführung des Dialogforums, derzeit keine Begleitforschung aber unterstützende Beratung und aktive Mitarbeit durch MediatorInnen und fachspezifische Consultants

## Räumliches Umfeld

Ostösterreich

## Zeitplan

seit 2006 (lt. Kooperationsvertrag ist der Bestand des Dialogforums zumindest bis zum Zeitpunkt der Eröffnung einer 3. Piste am Flughafen Wien garantiert, möglicherweise auch darüber hinaus)

## Publikationen zu diesem Verfahren

www.dialogforum.at; Newsletter, Dialog\_aktuell, Dialog\_konkret; derzeit noch keine wissenschaftlichen Publikationen zum Dialogforum

## Angaben zur Person, die für Auskünfte zur Verfügung steht:

Vorname: Wolfgang

Familienname: Hesina Dipl. Ing.

Beruflicher Hintergrund: Studium der Raumplanung an der TU Wien; eingetragener Mediator gemäß ZivMediatG 2003; zertifizierter Immobilienmanager

Institution: Verein Dialogforum Flughafen Wien

Position: Geschäftsführer

Straße:

PLZ: A-1300

Ort: Flughafen-Wien Land: Österreich

Telefon: 01 / 7007 - 25251

Fax:

e-mail: w.hesina@dialogforum.at

website: www.dialogforum.at

Rolle im beschriebenen Verfahren: Mediator, Prozesssteuerung, Geschäftsführung

# Szenische Interventionen - Forumtheater und Partizipation

**Lisa Kolb-Mzalouet**



## Legislatives Theater nach Augusto Boal - Beispiele aus Österreich

- Forumtheater: interaktives Theater, bei dem das Publikum die Modellszene verändern kann, mit dem Ziel, einen dar gestellten Konflikt zu lösen
- Legislatives Theater bedeutet die Anwendung von Forumtheater in politischen Beteiligungssituationen
- Diese Theaterformen gehören zum so genannten „Theater der Unterdrückten“, deren Begründer Augusto Boal ist.
- [www.theatreoftheoppressed.org](http://www.theatreoftheoppressed.org), [www.arge-forumtheater.at](http://www.arge-forumtheater.at)

## SOG-Theater (Wr. Neustadt):

"was hindert uns am fliegen" Legislatives Theaterprojekt  
mit Jugendlichen vom Triestingtal/NÖ. März 03 - April 04 [www.sog-theater.at](http://www.sog-theater.at)

## Zielsetzungen:

- o Den Jugendlichen Gehör verschaffen
- o Bessere Rahmenbedingungen für sie in der Gemeinde
- o Kommunikationsverbesserung zwischen den verschiedenen Kulturen
- o Stärkung des Selbstbewusstseins der Jugendlichen

## Acht Stationen des Projekts:

1. Startworkshops
2. Aktivierende Befragung
3. Erarbeitung von fünf Forumtheaterszenen
4. Aufführungen mit Publikumsbeteiligung
5. Erstellung eines Videofilms
6. Auswertung und Erstellung von Anträgen
7. Jugendkonferenz
8. Auswertung und Dokumentation

## Inhalte der Forumtheaterszenen:

- o Familienkonflikt
- o Konflikte am Bahnhof: zwischen In- und AusländerInnen, mit dem Schaffner und der Polizei
- o Langeweile, fehlende Freizeitmöglichkeiten
- o Skaterplatz: Drogen und Gruppenzwang

## Ergebnisse:

Die Jugendkonferenz mit PolitikerInnen, Schulverantwortlichen, ÖBB und Polizei brachte einige positive Ergebnisse (Überprüfung der Ergebnisse: Juni 2005):

- o Bessere Zugverbindungen ab Herbst
- o Seitens der Gemeinde regelmäßiges Überstreichen der Graffitiwände am Skaterplatz
- o Neue Basketballkörbe
- o Regelmäßige Diskussionsrunden mit dem Jugendgemeinderat
- o Möglichkeit für Jugendliche, Veranstaltungen auf dem alten Fabriksgelände zu organisieren
- o Das alte Volksheim darf vor Abriss übersprayed werden

"was hindert uns am fliegen" bekam im rahmen des wettbewerbs für beispielhafte jugendinitiativprojekte EUROPIZE 2004 in der kategorie regional 15 - 18 jahre den 1. platz vom BM für soziale sicherheit, generationen und konsumentenschutz.

## InterACT -Werkstatt für Theater und Soziokultur (Graz)

- o forum.findet.stadt.05 "Saubere Luft!? Feinstaubbelastung in Graz"
- o forum.findet. stadt 06 „GrünRäume und GrauZonen“

Vorschläge und Forderungen für eine nachhaltige Grünraumpolitik

## Prozess

- o Recherchen, Start März 2006
- o 10 Forumtheateraufführungen
- o Schlussschau am Grazer Hauptplatz
- o Rückmeldungen von StadträtInnen und Gemeinderatsklub
- o Presseberichte
- o Endbericht erstellt im Dezember 2006 im Auftrag vom Magistrat Graz
- o kommt 2007 in die zuständigen Gemeinderatsausschüsse

Forderungen und Vorschläge beziehen sich auf:

- o Allgemeine Forderungen zum Willen in der Stadtpolitik
- o Nachhaltige Stadtplanung
- o Sicherung von Grünräumen
- o Intensivere Nutzung der Grünräume/mehr Parkbetreuung
- o Revitalisierung der Bäche
- o Verbesserter Schutz von Innenhöfen
- o Verbesserter Schutz von Bäumen
- o Verbesserter Schutz von Wäldern des Grüngürtels
- o Ausgleich von Wirtschafts- und Grünrauminteressen
- o Verbesserte Information, Kommunikation und Partizipation

Endbericht ist bei InterACT zu beziehen

- o forum.findet.stadt.07 "KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN"  
Neuer Armut entgegenwirken!
- o [www.interact-online.org](http://www.interact-online.org)

**weitere Partizipationsprojekte mit Forumtheater wurden durchgeführt von:**

Birgit Fritz: [www.tdu-wien.at](http://www.tdu-wien.at)

Michael Thonhauser: [www.visionenzurveränderung.at](http://www.visionenzurveränderung.at)

Lisa Kolb-Mzalouet /AGB Theaterpädagogik Labor: [www.lisa-kolb.at](http://www.lisa-kolb.at)

# Öffentlichkeitsbeteiligung 2025

## - eine gemeinsame Vision entwickeln

### Utopiesimulation

Wie sieht Öffentlichkeitsbeteiligung im Jahr 2025 aus? Das war die Fragestellung für die TeilnehmerInnen an den Tischen, auf denen große leere Plakalbögen und bunte Stifte bereit lagen. Die Anwesenden wurden aufgefordert, Szenarien möglicher Entwicklungen zu entwerfen, sei es mit Bildern, mit Diagrammen oder mit Worten, und sich dafür einen von vier Bereichen auszuwählen: Öffentlichkeitsbeteiligung

- o in einem Gemeindeentwicklungsprozess,
- o bei der Planung einer Autobahn nahe einem Naturschutzgebiet,
- o bei der Errichtung eines Kraftwerk und
- o bei der Entwicklung eines Klimaschutzprogramms.

Nach der Entwicklung der Szenarien, die auf den Plakaten festgehalten worden waren, wechselten die TeilnehmerInnen zu anderen Tischen ihrer Wahl, um nach der Erläuterung der Szenarien die Entwürfe auf einem Bogen Papier bei jedem Tisch in den zwei Spalten kritisch zu kommentieren: „An diesem Szenario finden wir positiv, erfreulich, wünschenswert etc. / ...negativ, unerfreulich, bedrohlich etc.“.

### Baustelle Öffentlichkeitsbeteiligung



In einem letzten Schritt forderte das Moderatorenteam die Anwesenden auf, auf Post-it's Handlungsanleitungen für die Zukunft festzuhalten: Was müssen wir heute tun/unterlassen, damit das Positive eintritt/ das Negative verhindert wird? Die selbstklebenden bunten Zettelchen wurden auf einem sich durch den Raum schlängelnden rot-weißen Baustellenabsperrendband angebracht und signalisierten Anleitungen für die Zukunft oder ganz konkret: Anregung und Ausgangspunkt für die TeilnehmerInnen der nachfolgenden Podiumsdiskussion. Jede/r von ihnen war aufgefordert, sich eine Aussage vom Baustellenband zu nehmen und zum Podium mit nach vor zu nehmen. (Fotos: zuk\_postits 17, 30, 31)

Einige der zentralen Schwerpunkte der „Zukunftsbaustelle Öffentlichkeitsbeteiligung“ finden sich hier zusammengefasst:

- o **„Best-Practice“ veröffentlichen:** Erfolg und Nutzen von Öffentlichkeitsbeteiligung muss offensiv verbreitet werden - das erhöht die Motivation bei EntscheidungsträgerInnen Prozesse durchzuführen und bei BürgerInnen daran teilzunehmen.
- o **Bildung verstärken:** Wichtig ist die umfassende Qualifizierung für Beteiligung im Kindergarten, in der Schule, am Arbeitsplatz forcieren, besonders auch von politischen MandatarInnen, um z.B. Ängste vor Machtverlust zu nehmen und die Vorteile von Beteiligung zu transportieren.



- o **Beteiligung lernen durch das Tun:** Durch die Einrichtung von Kinder- und Jugendgemeinderäten, durch die Einrichtung von Plattformen, Foren etc. in vielen Bereichen kann die Lust auf Verantwortungsübernahme und Mitbestimmung gefördert werden, aber auch die Dialog- und Konfliktfähigkeit etc. Beteiligungsprozesse müssen systematisch evaluiert werden und die Ergebnisse müssen als Optimierungsressource zur Verfügung stehen.
- o **Regelungen schaffen und erweitern:** Gesetzliche Grundlagen für Partizipation sollten erweitert, die direkte Demokratie weiter ausgebaut, Abläufe und Strukturen genauer definiert werden. Wichtig sei es, Verbindlichkeit zu schaffen und auch ausreichend Budget für Beteiligung vorzusehen.
- o **Vielfältige Beteiligungsangebote schaffen:** Möglichkeiten der Beteiligung für die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Zielgruppen einrichten, v.a. auch niederschwellige Angebote, um mehr Menschen zu erreichen. Ein klarer Auftrag an die Politik wurde formuliert, kooperative Entscheidungsfindung auf vielen Ebenen zuzulassen.
- o **Werte und Einstellungen verändern:** Die vorhandenen Wissenspotenziale in der Bevölkerung sollten erkannt und anerkannt werden. Damit in Zusammenhang müsse sich das Selbstverständnis von Politik verändern (nicht Lösungen liefern, sondern die Entwicklung von Lösungen ermöglichen) und auch das Politikverständnis der Bevölkerung hin zu mehr Eigenverantwortlichkeit verändern. Statements wie „Besinnen auf das Wesentliche, auf ein ‚gutes Leben‘“, „mit allen Sinnen Politik machen“ und weg vom linearen, hin zum zirkulären Denken und Planen“ zeigen weitere geforderte Entwicklungsrichtungen auf.

Mehr Detailinformationen finden Sie auf der Website [www.partizipation.at](http://www.partizipation.at).

# Mitwirkende

**Theresia Benda** - e-mail: [gemeinde@weyarn.de](mailto:gemeinde@weyarn.de)

## **Koordinationsstelle zur Bürgerbeteiligung in der Gemeinde Weyarn**

Ansprechpartnerin in der Koordinationsstelle Bürgerbeteiligung und zuständig für Vernetzung, Koordination, Information und Organisation von ehrenamtlich Tätigen, Arbeitskreisen, Verwaltung, Bürgermeister/Gemeinderat und Behörden. Projektverantwortliche im Rahmen des staatl. Dorfentwicklungsprogramms; Projektleiterin bei der Umstellung vom kameraleen Rechnungswesen auf Doppik (inkl. Budgetierung und Berichtswesen); zuständig für Öffentlichkeitsarbeit.

**Mag. Andrea Binder-Zehetner** - e-mail: [binder-zehetner@la21wien.at](mailto:binder-zehetner@la21wien.at)

## **Geschäftsführerin Verein Lokale Agenda 21 Wien**

seit 2002 Geschäftsführerin des Vereins Lokale Agenda 21 in Wien. Studium der Handelswissenschaften, danach am Österreichischen Ökologie Institut im Bereich Abfallwirtschaft und Finanzmanagement tätig, von 1992 bis 2001 Geschäftsführerin von Öko Consult GmbH, 2001-2002 Programm-Management für den europäischen Flüchtlingsfonds im Auftrag des Innenministeriums

**Gabriele Greussing** - e-mail: [gabriele.greussing@klimabuendnis.at](mailto:gabriele.greussing@klimabuendnis.at)

## **Klimabündnis Vorarlberg - Allianz in den Alpen**

Leitung der Klimabündnis-Regionalstelle Vorarlberg. Schwerpunkt der Tätigkeiten auf Gemeindebetreuung und Vernetzung. Betreuerkoordination aller Betreuer in den sieben Staaten für das Gemeindeforum Allianz in den Alpen. Freiberuflich tätig als Projektbegleiterin in Gemeinde- und Landesprojekten, sowie als Coach und Trainerin für verschiedene Organisationen. Ehrenamtliche Mitarbeit im Leitungsteam des Beteiligungsprojekts der Gemeinde Mäder.

**Mag. Karl Hallbauer** - e-mail: [magdion@krem.s.g.v.at](mailto:magdion@krem.s.g.v.at)

## **Magistrat Stadt Krems/Donau - Jurist, Magistratsdirektor**

Mitinitiator der Kremser Zukunftskonferenz; verantwortlich für die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen.

**Dr. Manfred Hellrigl** - e-mail: [manfred.hellrigl@vorarlberg.at](mailto:manfred.hellrigl@vorarlberg.at)

## **Amt der Vorarlberger Landesregierung, Büro für Zukunftsfragen**

Seit 2000 Leitung des Büros für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung (mit den Arbeitsschwerpunkten Bürgerschaftliches Engagement, Sozialkapital und Nachhaltige Entwicklung). Studierte Politikwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg.

**DI Wolfgang Hesina** - e-mail: [w.hesina@dialogforum.at](mailto:w.hesina@dialogforum.at)

## **Geschäftsführer Verein Dialogforum**

Seit September 2006 Geschäftsführer des Vereins Dialogforum Flughafen Wien. Studium der Raumplanung an der TU-Wien; eingetragener Mediator; wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Österreichischen Institut für Raumplanung, danach langjährige Tätigkeit als Projektleiter und Geschäftsfeldleiter für Regionalforschung und Handlungsbevollmächtigter im Geschäftsbereich Systemforschung Technik-Wirtschaft-Umwelt der Austrian Research Centers; Mitwirkung im Mediationsverfahren Flughafen Wien;

**Ing. Franz Jöchlinger** - e-mail: [office@dialogforum.at](mailto:office@dialogforum.at)

### **Flughafen Wien AG**

Leiter Airside Development, Lärmschutzprogramm und Dialogforum; eingetragener Mediator.

Als Leiter des Projektes 3. Piste auch für die Wahl einer geeigneten Kommunikationsmethode verantwortlich und in Folge Mitinitiator und flughafenseitig operativer Leiter des "Mediationsverfahren Flughafen Wien". Verantwortlich für die Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Mediationsverfahren, interimistischer Geschäftsführer des Dialogforums in der Gründungsphase, nunmehr operativ leitender Vertreter der FWAG im Dialogforum, im Umweltfonds sowie des Lärmschutzprogramms.

**Elke Klien** - e-mail: [elke-klien@maeder.at](mailto:elke-klien@maeder.at)

### **Gemeinde Mäder**

Sachbearbeiterin im Sozialwesen (Sozialamt, Wohnungsamt etc), Drehscheibe und Koordination des Sozialprofils "Mäder - Ein Leben lang", Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeindeverwaltung.

**DSA Lisa Kolb-Mzalouet** - e-mail: [office@lisa-kolb.at](mailto:office@lisa-kolb.at)

### **AGB-Ausbildungsinstitut für Gruppe und Bildung / Ressort Theater-pädagogik und ARGE Forumtheater Österreich**

Theaterpädagogin und Dipl. Sozialarbeiterin; als Freiberuflerin tätig mit diversen Forumtheaterprojekten und in der theaterpädagogischen Aus- und Weiterbildung, sowie in der Leitung von Lehrgängen zu Diversität und interkultureller Kompetenz. Seit den 90er Jahren spezialisiert in partizipativen Theatermethoden, im Besonderen auf Forumtheater. Leitung eines partizipativen Forum-Theaterprojekts mit der Theatergruppe "Mundwerk".

**DI Ursula Kopp** - e-mail: [ursula.kopp@wu-wien.ac.at](mailto:ursula.kopp@wu-wien.ac.at)

### **Forschungsinstitut für Nachhaltige Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien**

Forschungsassistentin, Begleitung und Moderation von Multistakeholder-Prozessen auf nationaler Ebene: Erstellung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie 2001-2003, Österreichischer Walddialog seit 2003. Projektleiterin von EU-Projekten: "EASY-ECO Evaluierung von Nachhaltigkeit" seit 2002, seit 2004 Lektorin an der WU-Wien und an der emca academy für Mediation.

**Dr. rer. pol. Oliver Märker (Dipl.-Geogr.)** - e-mail: [maerker@zebralog.de](mailto:maerker@zebralog.de)

### **Zebralog e.V., Berlin**

Studium der Geographie, Soziologie und Psychologie in Bonn, Promotion in Oldenburg zum Thema Online-Mediation in der Planung. Berät Politik und Verwaltung bei der Umsetzung elektronischer Beteiligung auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene (E-Partizipation, E-Parlament). Zu seinem Aufgabenfeld gehört außerdem die Durchführung soz.-wiss.

Studien und Gutachten. Schwerpunkte: Stadt- u. Regionalplanung, Bürgerhaushalte und Bürgereingabesysteme (E-Petitionen). Moderiert Online-Dialoge und trainiert Online-ModeratorInnen.

**Mag. Dr. Kai Masser M.A.** - e-mail: [kmasser@dhv-speyer.de](mailto:kmasser@dhv-speyer.de)

### **Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FöV) Speyer**

Abschluss an der Universität Mainz im Jahr 1990, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer 1993, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der DHV, ebenda Promotion 2000 und seither Forschungsreferent am Forschungsinst. für Öff. Verwaltung bei der DHV. Arbeitsschwerpunkte: Verwaltungsmodernisierung (New Public Management), Internetnutzung in der öffentlichen Verwaltung, Methodenfragen zur Marktforschung im öffentlichen Sektor (Publikums-, Kunden-, Bürger- u. Mitarbeiterbefragungen) und zur Evaluation öffentlichen Handelns (insbes. Kennzahlenentwicklung).

**Johannes Middendorf** - e-mail: [Johannes.Middendorf@libg.verwalt-berlin.de](mailto:Johannes.Middendorf@libg.verwalt-berlin.de)

### **Bezirksamt Lichtenberg von Berlin**

Leiter des Personal- und Finanzservice. Verantwortlich für die bezirkliche Personalplanung und -entwicklung, Haushaltsplanung (kameral und produktbezogen) und -wirtschaft inkl. Bürgerhaushalt (lesbarer Haushalt, Online-Partizipationsportal, Beteiligungskonzepte und -verfahren, Prüfung und haushaltsplanerische Umsetzung der Vorschläge), Gender Budgeting.

**Dr. Peter Parycek** - e-mail: [peter.parycek@bka.gv.at](mailto:peter.parycek@bka.gv.at)

### **Donau-Universität Krems / Bundeskanzleramt**

Zentrumsleiter E-Government Donau-Universität Krems; Vorsitzender Arbeitsgruppe „E-Democracy & E-Participation“, Bundeskanzleramt; Vorsitzender Arbeitsgruppe „E-Government Weiterbildung, Bundeskanzleramt.

**Dr. Michael Pelzer** - e-mail: [gemeinde@weyarn.de](mailto:gemeinde@weyarn.de)

### **Erster Bürgermeister von Weyarn**

Stellvertretender Landrat des Landkreises Miesbach; Stellvertretender Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands Oberland; Vorsitzender der Bundesbewertungskommission „Unser Dorf hat Zukunft“; 2001-2003 Mitglied der Expertenkommission zur „Entwicklung von Förderinstrumenten für bürgerschaftliches Engagement in Bayern“; Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Technologiepark GmbH; Derzeit amtierender Aufsichtsratsvorsitzender der Krankenhaus Agatharied GmbH; Gastvorlesungen im Bereich Planungsprozesse und Strukturentwicklungen des ländlichen Raums an der TU München.

**Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç** - e-mail: [stadtrat.ruesch@stadt.graz.at](mailto:stadtrat.ruesch@stadt.graz.at)

### **Stadtrat, Graz**

Stadtrat für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung in Graz, für alle wesentlichen planerischen und strategischen Entscheidungen für die Zukunftsentwicklung der steirischen Landeshauptstadt verantwortlich.

**DI Dr. Johannes Schima** - e-mail: [johannes.schima@lebensministerium.at](mailto:johannes.schima@lebensministerium.at)

### **Forstsektion, Lebensministerium**

Stellvertretender Sektionsleiter der Forstsektion im Lebensministerium, promovierte zum Thema Umwelthaftung an der Universität für Bodenkultur; stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsrates im Bundesamt- und Forschungszentrum Wald; Obmann des Österreichischen Forstakademikerverbandes; Vizepräsident des Österreichischen Forstvereins; Vortragstätigkeit an der Universität für Bodenkultur.

**DI (FH) Pablo Schindelmänn** - e-mail: [email@pablo-schindelmänn.de](mailto:email@pablo-schindelmänn.de)

### **Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg**

Studium der Landwirtschaft - Studienrichtung Agrarmarketing und -management an der FH Weihenstephan, danach Berater für partizipative nachhaltige Kommunalentwicklungsprozesse: Tätigkeiten als Moderator, Trainer und Begleiter von Veränderungsprozessen. Von März 2003 bis April 2007 Betreuung der Projektstelle KommaA21 Bayern - InfoNETZwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung mit den Tätigkeitsschwerpunkten Kooperationen und Vernetzung, Strategieentwicklung, Prozess- und Projektbegleitung sowie Verknüpfung von Managementinstrumenten und einzelnen Tools. Ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich der Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit.

**Dr. Hilmar Sturm** - e-mail: [sturm@buergergutachten.com](mailto:sturm@buergergutachten.com)

### **Gesellschaft für Bürgergutachten, München und Landshut**

Seit 2001 hauptberuflich geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft für Bürgergutachten (gfb), die als unabhängige Durchführungsträgerin verschiedene Beteiligungsverfahren organisiert, moderiert usw. Ausgebildeter Bankkaufmann, Studium der Wirtschaftspädagogik, wissenschaftlicher Angestellter an der Technischen Universität München.

**Karin Tausz** - e-mail: [k.tausz@prozessberatung.at](mailto:k.tausz@prozessberatung.at)

### **Regionalmanagement NÖ-Mitte; Bezirksrätin Grüne Wieden, Wien**

Prozessberaterin und Coach, ausgebildete Moderatorin für LA21-Prozesse. Beraterin für die öffentliche Verwaltung, in der Regional- und Kommunalentwicklung tätig, mit den Schwerpunkten Strategieentwicklung, Kooperations- und Netzwerkaufbau, Prozess- und Projektbegleitung, Beteiligungsprozesse. Mitglied der Steuerungsgruppe für die LA21 im 4. Bezirk; Kleinregionsbetreuerin (gemeindeübergreifende Kooperationen) für das Regionalmanagement NÖ.

**DSA Mag.a (FH) Tanja Wehsely** - e-mail: [tanja.wehsely@spoe.at](mailto:tanja.wehsely@spoe.at)

### **Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete der SPÖ, Wien**

Studierte Sozialarbeiterin, Sozialwissenschaftlerin und Öffentlichkeitsarbeiterin. Jugendarbeitsexpertin; jahrelange Tätigkeit in verschiedenen Positionen der Wiener Jugendarbeit; Mobile Jugendarbeit, Projektleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyistin, Netzwerkerin, Projektabwicklung. Bezirksrätin in Wien Brigittenau bis 2006, seit 2007 Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete - Schwerpunkte Jugend, Jugendarbeit, Arbeitsmarkt.

## *Moderation*



**Wolfgang Gerlich, Plansinn GmbH & CoKEG**



**Rita Trattnigg, Lebensministerium**

# Konzeption & Organisation

## Inhaltliche Konzeption

Martina Handler, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT); Rita Trattnigg, Lebensministerium

## Organisation

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

Martina Handler, Monika Auer, Petra Blauensteiner, Beatrix Hausner, Susanne Moresche, Inge Schrattenecker, Karin Sudra, Asuman Yilmaz

Lebensministerium

Rita Trattnigg, Elisabeth Freytag, Regina Weber, Ulrich Klingbacher

## Kooperationspartner

Flughafen Wien

Land Niederösterreich

Wiener Umweltschutz

## Fotos

Bernhard Kern, Ulrich Klingbacher, Martina Handler

## Verpflegung

Lafnitztaler Bauernbuffet mit regionalen und Bio-Produkten - [www.lafnitztaler.com](http://www.lafnitztaler.com)

**Weitere Informationen finden Sie auf der Website [www.partizipation.at](http://www.partizipation.at)**

In Kooperation mit



lebensministerium.at



Wir bedanken uns sehr herzlich  
für die freundliche Unterstützung  
der Veranstaltung:



Flughafen Wien AG



Land Niederösterreich



Wiener Umweltanwaltschaft

# Veranstaltungen 2007

## Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik

### Veranstaltungen:

|                     |                   |                                                                                                 |
|---------------------|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 21. - 22. Juli      | Bergamo / Italien | Finance & Society in Ethical Perspective<br>(EBEN Research Conference 2007)                     |
| 18. - 20. September | Leuven / Belgien  | EBEN-Annual Conference unter dem Motto<br>„The European Identity in Business and Social Ethics“ |

Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Spiegelgasse 4/10, A-1010 Wien, Österreich  
Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

Reihe: Arbeit –  
Recht – Gesellschaft

**Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht**

Alice Wagner  
Valentin Wedl (Hg)

**Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht**

Eine Nachdenkschrift anlässlich 50 Jahre Römische Verträge

2007, 536 Seiten, € 59,-  
ISBN: 978-3-7035-1299-5

**Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht**

Eine Nachdenkschrift anlässlich 50 Jahre Römische Verträge

Den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat die AK zum Anlass eines besonderen Sammelbandes mit dem Titel „Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht“ genommen. In dieser von Alice Wagner und Valentin Wedl in der Reihe „Arbeit – Recht – Gesellschaft“, erschienen im ÖGB-Verlag, herausgegebenen Publikation finden sich Ausführungen von 27 RechtswissenschaftlerInnen aus Österreich, Deutschland und den USA. Sie haben die Einladung der AK angenommen, ihre Sicht der Dinge zu ausgesuchten Fragen des Gemeinschaftsrechts zu präsentieren, die für ArbeitnehmerInnen von besonderer Bedeutung sind: Alois Birklbauer, Dragana Damjanovic, Nikolaus Dimmel, Georg Eckert, Johann Egger, Walter Gagwczuk, Michael Holoubek, Susanne Kalss, Markus Krajewski, Konrad Lachmayer, Michael Lang, Franz Leidenmühler, Brigitta Lurger, Verena Madner, Peter Mankowski, Gerda Marx, Klaus Mayr, Hans-W. Micklitz, Andreas Th. Müller, Lukas Oberndorfer, Johannes Peyrl, Johannes Pollak, Michael Reiner, Gert-Peter Reissner, Judith Schacherreiter, Werner Schroeder sowie Alexander Somek nehmen zu Fragen des Europäischen Arbeits-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltrechts, zu Erweiterung, Demokratie, und Solidarität, zu Entwicklungen im Bereich des Binnenmarktes und der öffentlichen Dienstleistungen, zu Datenschutz- und Strafrechtsfragen sowie zum Neutralitätsstatus in einer Verteidigungsunion Stellung.

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

In jeder Buchhandlung oder direkt bei  
**Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**  
 Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21, 1010 Wien  
 Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
 E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

# Grundeinkommen – ein Menschenrecht

Lieselotte Wohlgenannt

Die inhaltliche Entwicklung der Menschenrechte ist geschichtlich bestimmt. Standen in den ersten Deklarationen (USA 1776, Frankreich 1789) bürgerliche Freiheitsrecht im Vordergrund, wird heute differenziert zwischen Freiheits-, Gleichheits- und Mitwirkungsrechten. Dazu kommen in jüngster Zeit Forderungen nach einer institutionellen Festschreibung sozialer Teilhaberechte, die erst die Voraussetzungen dafür schaffen, die grundlegenden Rechte überhaupt in Anspruch nehmen zu können.

Die ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 betreffen die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen an Würde und Rechten (Art.1) und den gleichen Anspruch aller Menschen auf Rechte und Freiheiten (Art.2). Unmittelbar darauf folgt in Artikel 3 das Recht auf Leben als fundamentalstes aller Menschenrechte.

## Recht auf Leben

Artikel 3.

*„Jedermann hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“.*

Soll menschliches Leben konkret werden, braucht es Lebens-Mittel. Das Recht auf Leben muss materiell abgesichert werden. Dafür zu sorgen ist in erster Linie Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft und darüber hinaus der internationalen Zusammenarbeit aufgetragen (siehe Art. 22).

Das Recht auf Leben steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Würde jeder einzelnen Person und bildet deshalb die Grundlage aller anderen Menschenrechte.

Die Erde mit all ihren Reichtümern gehört allen Menschen gemeinsam. Wie das Recht auf Leben allen anderen Rechten vorangeht, so geht auch das Recht aller Menschen, von dieser Erde ihren Lebensunterhalt zu beziehen, allen anders begründeten Ansprüchen voran. Dies gilt in ähnlicher Weise für die im Laufe der Menschheitsgeschichte entwickelten Fähigkeiten, für Kultur, für Wissen, Können, Wissenschaft und Technik. Die mit ihrer Hilfe erwirtschafteten Güter gehören ebenso wie die Natur zum Erbe der gesamten Menschheit, das allen Menschen gehört, damit alle davon leben können. Das Recht auf Leben beinhaltet notwendiger Weise ein Recht auf Teilhabe an den Gütern der Erde und am Erbe der Menschheit, weil ein Recht auf Leben ohne die dazu notwendigen Mittel inhaltslos bleibt.

## Recht auf Arbeit - oder Recht zu arbeiten?

Der normale Weg, diese Teilhabe zu sichern, ist Arbeit, und zwar jede Arbeit, die notwendig und nützlich ist, damit menschliches Leben ermöglicht, erleichtert, schöner wird. Doch niemals haben alle Menschen gearbeitet - und immer gab es Zeiten des Festes und der Muße.

Arbeit ist für den Menschen wertvoll als Ort der Auseinandersetzung mit der Natur, der Entfaltung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten und der Sorge für andere. Das Recht zu arbeiten im Sinne selbstbestimmter, zielgerichteter Tätigkeit darf niemand vorenthalten werden.

In der 1948 verabschiedeten Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen wird aus dem Recht zu arbeiten ein Recht auf Arbeit, verstanden als Recht auf einen Erwerbs-Arbeitsplatz:

Artikel 23: „Jedermann hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit ...“

Das Recht auf Arbeit wird ergänzt durch weitere Rechte wie das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine Art Familienlohn, nämlich das Recht auf „gerechte und günstige Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert ...“, welches wenn nötig durch andere soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist. Abgesichert werden diese Rechte durch das Recht, Gewerkschaften zu bilden.

### Zeitbestimmt

In der Tradition der europäischen Sozialstaaten ist Erwerbsarbeit eng mit sozialen Rechten verbunden. Absicherung gegen Standardrisiken durch Sozialversicherungssysteme ist Teil des Arbeitsvertrags, Sozialleistungen für Arme werden weitgehend an Arbeitsbereitschaft oder zumindest Arbeitsunfähigkeit gebunden. Dahinter steht das Bild der arbeitsteiligen Familie: Familienleistungen waren ursprünglich und sind noch heute teilweise an die Erwerbsarbeit des Familienernährers gekoppelt. Die materielle Lebensgrundlage der Familie wird gesichert durch die Erwerbsarbeit des Familienvaters, während die Mutter sich Haushalt und Kindern widmet.

Es ist offensichtlich, dass diese Vorstellung nicht auf die Situation vorindustrieller Gesellschaften passt, ebenso wenig wie auf die Situation heutiger westlicher Gesellschaften mit ihrer Vielfalt an Arbeits-, Familien- und Lebensformen. Dazu kommt, dass die wichtigsten Arbeitsbereiche, Familien- und Versorgungsarbeit, Erziehung und Pflege, kurz: all die lebensnotwendigen, aber unbezahlten Arbeiten, die in allen Gesellschaften überwiegend von Frauen geleistet werden, schlicht übersehen werden. „Arbeit“ ist die Arbeit des männlichen Beschäftigten, der Rest läuft unter „seiner Familie“, die zu „erhalten“ ist.

Die von der westlichen (Arbeits- und ) Industriegesellschaft dominierten Vereinten Nationen verkürzen das Recht der Teilhabe an den Gütern der Erde auf ein Recht auf Erwerbsarbeit und damit verbundene Einkommen. In diesen Artikeln über die Arbeit unterliegt die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte zeitlich und gesellschaftlich gebundenen Vorstellungen

### Recht auf Teilhabe und Beteiligung

Teilhabe - Partizipation - hat viele Dimensionen. Freiheitsrechte, politische und soziale Menschenrechte können nicht

unabhängig voneinander gesehen werden.

Vieles, was in der Menschenrechtserklärung von 1948 gefordert wurde, ist in die Gesetzgebung unserer europäischen Staaten eingegangen. Das gilt nicht nur für Freiheits- und politische Rechte, sondern weithin auch für die sozialen Rechte. Wenn ein „Recht auf Arbeit“ im Sinne von Erwerbsarbeit in den westlichen Staaten niemals festgelegt wurde, so wurde vor allem durch den Ausbau der erwerbsarbeitsfinanzierten Sozialversicherungen ein immer dichteres Netz sozialer Teilhabe geschaffen. Dieses Netz wird in dem Maße brüchig und undicht, als die traditionelle Erwerbsarbeit sich auflöst in neuen Formen diskontinuierlicher, zerstückelter, oft nicht existenzsichernder Arbeit. Darum kann das Recht auf Teilhabe und materielle Sicherung nicht mehr im bisherigen Ausmaß an Erwerbsarbeit gekoppelt werden.

### Recht auf Grundeinkommen

Die Menschenrechte: Freiheitsrechte, politische Mitwirkungsrechte und soziale Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Ihre gemeinsame Grundlage bilden die unteilbare Würde des Menschen und das Recht auf Leben. Dieses Recht wird realisiert durch das Recht auf Teilhabe an den allen Menschen gemeinsam gehörenden Gütern der Erde, das jedem Recht auf Eigentum oder Arbeit vorangeht.

Um ein der Menschenwürde entsprechendes Leben für alle zu ermöglichen, braucht es ein Recht jedes Menschen auf die dafür notwendigen materiellen Lebensgrundlagen. Deshalb entspricht einem unbedingten Recht jedes einzelnen Menschen auf Leben ein bedingungsloses Recht auf Einkommen.

Ein solches Recht auf allgemeines, bedingungsloses, existenzsicherndes, persönliches Grundeinkommen müsste als Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses vorerst in einzelnen Staaten oder Staatengemeinschaften eingeführt und erprobt werden. So dass es dann - in Ergänzung des grundlegenden Rechts auf Leben - als allgemeines Menschenrecht deklariert und mit Leben erfüllt werden kann.

Anmerkung und Autorinnennotiz: Gekürzter Beitrag von Dr. Lieselotte Wohlgenannt aus dem Band „Grundeinkommen - In Freiheit tätig sein“ (Dokumentation des ersten deutschsprachigen Grundeinkommens-Kongresses). Lieselotte Wohlgenannt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der ksoe (Kath. Sozialakademie Österreichs) und arbeitet zu Grundeinkommen, Zukunft der Arbeit und Sozialstaat.

# Bedingungslos und existenzsichernd: Das Grundeinkommen als Menschenrecht!

*Zweiter deutschsprachiger Grundeinkommens-Kongress,*  
**5.- 7.10.2007, Basel**

**Veranstaltet von B.I.E.N Suisse, Netzwerk Grundeinkommen (Deutschland), Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - B.I.E.N. Austria, ATTAC Deutschland, Schweiz und Inhaltsgruppe GrundeinkommenATTAC (Ö).**

Vom 07.-09.10.2005 fand in Wien der 1. deutschsprachige Grundeinkommens-Kongress mit grossem Erfolg statt. Die Verbindungen, die damals entstanden sind führten dahin, dass nun zwei Jahre später, der 2. Grundeinkommens-Kongress in der Universität Basel veranstaltet werden kann.

Ziel ist, dass eine Länder übergreifende, öffentlichkeitswirksame und wissenschaftlich fundierte Debatte über Fragen des Grundeinkommens, gefördert wird. Akteure für das Grundeinkommen sollen sich vernetzen können, Interessierte, sich in dieser Materie kundig machen und SkeptikerInnen zu Wort melden können.

**Unter einem Grundeinkommen verstehen wir, dass es:**

- o existenzsichernd ist, im Sinne der Sicherung einer gesellschaftlichen Teilhabe
- o einen individuellen Rechtsanspruch darstellt
- o bedingungslos (z.B. ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitsnachweis und ohne Arbeitsverpflichtung)
- o und an alle Menschen in einer Gesellschaft ausbezahlt wird

Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen ersetzt nicht den Sozialstaat.

## PROGRAMM

**Freitag, 5.10.2007**

- |             |                                                                                                                                                                                                                                    |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 17.00-18.00 | <b>Einleitung des Kongresses durch Prof. Dr. Ueli Mäder, Basel, mit einem Referat<br/>Danach verschiedene Statements zur sozialen Situation in der Schweiz, Österreich und<br/>Deutschland und zu den Grundeinkommens-Debatten</b> |
| 18.15-20.30 | <b>Diskussion mit den VeranstalterInnen des Grundeinkommens-Kongresses<br/>"Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen (BGE) - realistischer Vorschlag<br/>oder Utopie?"</b>                                              |

**Samstag, 6.10.2007****Workshops (9.30-11.30 sowie 13-15.00)**

- o Sozialsicherungssysteme und Wohlfahrtsregimes in Europa.  
Analyse und Kritik
- o Situation des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigungspolitik.
- o Erwerbsarbeit als Zentrum von Vergesellschaftung: Die Sonnen- und Schattenseiten.
- o Sozialpolitik: Bedingungsloses Grundeinkommen als Infrastrukturpolitik.
- o Entwicklung in Richtung Grundeinkommen gehender Modelle
- o Begründung und Ableitung aus der Analyse für ein Grundeinkommen
- o Finanzierungsmodelle für ein Grundeinkommen
- o Formen nicht-erwerbsarbeitszentrierter Vergesellschaftung
- o Nutzung des Grundeinkommen-Begriffes in verschiedenen Diskursen

**Parallel dazu (13-17.00)****Offener „Marktplatz“**

- 15.30 **Vernetzungs-Treffen**
- 17.15-19.00 **Podium mit VertreterInnen von Arbeitsloseninitiativen**
- 20.00-22.00 **Podium über die Diskussion in Parteien und Gewerkschaften**
- Ab 22.00 **Konzert**

**Sonntag, 7.10.2007**

- 10.00-12.00 **Referat "Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen - Ein Menschenrecht!",  
Prof. Dr. Wolfgang Engler  
Anschließend Diskussion**
- 12.00-13.00 **Initiativen aus den Ländern: "Politische Umsetzung des bedingungslosen existenzsichern  
den Grundeinkommens"**

**ReferentInnen**

Anne, Alex  
Appel, Margit  
Blaschke, Ronald  
Brütt, Christian  
Buser, Denise  
Demirovic, Alex  
Engler, Wolfgang  
Exner, Andreas  
Füllsack, Manfred

Gerber, Brigitta  
Hintersteiner, Maria  
Jörimann, Albert  
Kitzmüller, Erich  
Klein, Angela  
Köhler, Dietmar  
Kundig, Bernard  
Küttel, Ralf  
Lieger, Nicole  
Maeder, Uli

Magnin, Chantal  
Patry, Eric  
Potschka, Martin  
Presse, André  
Rein, Harald  
Reitter, Karl  
Sambor, Klaus  
Soelken, Günter  
Stein, Elisabeth  
Steinert, Heinz

Strengmann-Kuhn,  
Wolfgang  
Ulrich, Peter  
Vassilakou, Maria  
Wagner, Ingrid  
Willner, Wolfgang  
Wohlgenannt, Lieselotte  
Wolf, Stefan  
Wompel, Mag  
Wyss, Kurt

ALLE Informationen, Anmeldung: [www.grundeinkommen2007.org](http://www.grundeinkommen2007.org)Medienpartner: **Glocalist Medien**

# Recht auf eine andere Information – eine Kampagne für Erwerbslose

Die gemeinsame Kampagne gestartet am 5. März von ÖGB und Glocalist Medien kann nach rund einem Monat eine erste positive Zwischenbilanz ziehen.

**Bisher haben Unternehmen, Interessensverbände und Parteien bereits über 1156 Förder-Abos gelöst; und die Aktion läuft weiter.**

Einer der ersten Unterstützer war die **CASINO Austria AG**. Dazu Mag. Dietmar Hoscher, Mitglied des Vorstandes der Casinos Austria AG: "Vor dem Hintergrund der aktiven Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortung des Konzerns unterstützen die Casinos Austria AG das Projekt „Recht auf eine andere Information“ von Glocalist Medien und dem ÖGB, da es in seiner Form einzigartig und innovativ ist sowie einen wesentlichen Aspekt unserer Gesellschaft adressiert."

## Förderer gesucht

Gesucht sind Unternehmen wie Privatpersonen gleichermaßen. Die Abnahme eines Förder-Abos ist nicht an eine bestimmte Anzahl gebunden. Jedoch ist die Anzahl der Abnahme nach oben hin offen. Das kostenfreie Abo für



den/die Erwerbslosen, prekär oder atypisch Beschäftigten ist völlig unverbindlich und erlischt nach dem Ablauf eines Jahres automatisch ohne weitere Kosten.

## Und wie geht das im Detail?

Erwerbslose, prekär oder atypisch Beschäftigte melden sich entweder per Mail bei [gewinnspiel@oegb.at](mailto:gewinnspiel@oegb.at) oder postalisch an: ÖGB-Servicecenter, Laurenzerberg 2, A-1010 Wien oder per Fax an 01/53444-100611

Die erste Ziehung - Abos werden in der Anzahl der gelösten Abos kostenlos vergeben - findet am 15. April durch den ÖGB statt.

Förderabos (je Abo 125 Euro) der Glocalist Medien (Glocalist Review und Glocalist Magazine) für Erwerbslose, prekär und atypisch Beschäftigte können gelöst werden:

Mail >> [abo@glocalist.com](mailto:abo@glocalist.com) mit dem Kennwort „Förder-Abo“ (Angabe Namen, Rechnungsanschrift, Anzahl Abos)

Web >> <http://www.glocalist.at/index.php?id=18>

# OFFENER BRIEF an den Generaldirektor der Österreichischen Post AG, Herrn Dr. Anton Wais



*Ein alltägliches Bild: Postamt Engerthstraße, 1020 Wien. 2 Schalter von insgesamt 8 oder 9 sind für den Kundenverkehr geöffnet, die übrigen verweisen mit einer Taferlaufschrift auf die (noch) geöffneten. Vor diesen bildet sich jeweils eine Menschenglange. „Personalnot“ heißt es lapidar auf den Wunsch hin doch noch einen Schalter zu öffnen. Der Kunde als Schaf, das geduldig wartet, nicht als König.*

*Wen wundert es, wurden in den letzten Jahren doch tausende Arbeitsplätze vernichtet.*

*Ein Mann will ein Paket für eine Bekannte mittels einer Vollmacht abholen. Er sei zum Zeitpunkt der Zustellung zwar zu Hause gewesen, aber der Bote habe den (offensichtlich für ihn zu mühsamen) Weg zur Wohnungstüre gar nicht angetreten, sondern einfach eine Benachrichtigung ins Postfach gelegt.*

*Dafür sei man nicht mehr zuständig, heißt es seitens der Postangestellten. Dieser Dienst sei ausgegliedert. Man könne aber gerne eine Telefonnummer haben, um sich an anderer Stelle zu beschweren. Das habe er bereits zum wiederholten Male gemacht, beteuert der Kunde, ohne Erfolg.*

*Auf der Homepage der Österreichischen Post kann man dazu lesen: „Grenzenloses Paket-Service Ob Privat- oder Business-Kunde, bei der Österreichischen Post AG sind Sie auch in Sachen Paket an der richtigen Adresse.“*

*Leere Versprechungen, Herr Generaldirektor. Denn in Wahrheit kümmert sich die Post um diesen ausgegliederten Bereich nicht mehr, sämtliche Versäumnisse an dieser Stelle gehen zu Lasten der Kunden!*

*Die Dame am Schalter möchte, dass der Herr, der das Paket für seine Bekannte abholt, neben der Unterschrift auch noch die Anmerkung „Lebenspartner“ dazuschreibt. Warum, fragt sich dieser, hat er doch eine schriftliche Vollmacht vorgezeigt und sich ausgewiesen. Was die Dame seine persönlichen Verhältnisse angehen, möchte er in Erfahrung bringen. Keine Antwort.*

*Schlecht ausgebildetes Personal, wahrscheinlich auch noch schlecht entlohntes, Herr Dr. Wais. Wie sieht es eigentlich mit Ihrem Einkommen aus?*

*„Der Konzernumsatz erhöhte sich auf Basis von Zuwächsen in allen Divisionen um 2,1% auf 1.736,7 Mio EUR. Die Umsätze der Division Brief wuchsen dabei um 1,6%, jene der Division Paket & Logistik um 7,2% und jene der Division Filialnetz um 0,3%“, heißt es auf der Homepage. Da wird wohl auch Ihr Gehalt gestiegen sein. Haben Sie doch Außerordentliches vollbracht:*

- Tausende von Mitarbeitern entlassen und damit Ressourcen vernichtet, einen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet und Lebensschicksale nachhaltig negativ bestimmt
- Mehr als 950 Postämter haben Sie schließen lassen
- 2800 Postkästen haben Sie entfernen lassen
- Postbuslinien haben Sie eingestellt
- Die Gebühren haben Sie saftig erhöht.

*Aber nein. Ich tue Ihnen unrecht. Nicht nur Sie, die Personalvertreter, die gesamte Gewerkschaftsbewegung hatte Ihren Liberalisierungstendenzen nichts entgegenzusetzen. Die Regierungen haben Sie nicht daran gehindert.*

*So kam es zur „neuen Post“. - Leichen wohin man schaut, massive Einschränkungen im Service, erhöhter Druck auf die Belegschaft, Bedrohung der Nahversorgung, Verteuerungen. Aber unter dem Strich wohl eine positive Bilanz aus Ihrer Sicht, wenn man diese Rumpfpост nach einer Ein- und Ausgabenrechnung bewertet. Und positiv sind wohl auch die Gehälter der Aufsichtsräte und der Führungsspitze, davon kann ausgegangen werden.*

*Und nun - denn es ist noch immer nicht genug getan, die Bevölkerung kann doch noch ein wenig ertragen - steht ja noch die Liberalisierung des gesamten Briefverkehrs an. Und da werden Sie und Ihresgleichen sicherlich wieder sehr innovativ sein, davon gehe ich aus.*

*Aus der Sicht der Kunden sieht die Bilanz jedoch anders aus: Nachteile im Vergleich zur „alten Post“ wohin man schaut. Daher, sehr geehrter Herr Generaldirektor, muss endlich Schluss sein mit dieser Art von Politik zu Lasten der Bevölkerung. Leistung misst sich nicht ausschließlich im Gewinnstreben, sondern bei einem Serviceunternehmen, das eine wichtige Einrichtung der Infrastruktur eines Staates darstellt, an der Zufriedenheit der Kunden und der Angestellten. Ihre Leistung - und die Ihrer politischen Unterstützer - ist daher mehr als in Frage zu stellen.*

*Machen Sie sich stark für die Menschen, für die Angestellten, die Kunden, denn sie sind es, welche den Erfolg oder Misserfolg des Unternehmens Post ausmachen, nicht die Gewinne für eine Minderheit, die auf Kosten der Bedürfnisse der Allgemeinheit erwirtschaftet werden! Oder aber treten Sie zurück, wenn Sie diese Qualifikation nicht haben!*

Wien, 2007-06-27

Mag. Gerhard Kohlmaier, Steuerinitiative im ÖGB, [www.steuerini.at](http://www.steuerini.at)

## *Roamingleitfaden: Wie der Eurotarif Mobilfunk-gespräche im EU-Ausland billiger macht*

Die Verordnung der Europäischen Union (EU) über Auslandsroaming tritt Ende dieser Woche in den 27 Mitgliedstaaten in Kraft. Somit können die Verbraucher ab August 2007 in den Genuss des Eurotarifs kommen.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/251&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *EU-Roamingverordnung tritt am 30. Juni in allen 27 Mitgliedstaaten in Kraft*

Der Initiative der EU ist es zu verdanken, dass Mobiltelefonieren im Ausland ab diesem Sommer deutlich billiger wird. Mit der Veröffentlichung der EU-Roamingverordnung im Amtsblatt der EU am Ende dieser Woche wird diese wichtige Binnenmarktvorschrift am 30. Juni in allen 27 Mitgliedstaaten rechtsverbindlich. So kann der Rechtsetzungsprozess, der am 12. Juli 2006 von der Kommission in Gang gesetzt wurde, in Rekordzeit abgeschlossen werden. Durch die Verordnung werden die übermäßigen Roamingentgelte gesenkt, die Touristen und Geschäftsreisende bisher bei der Nutzung ihres Mobiltelefons in anderen EU-Ländern in Kauf nehmen mussten. Die nationalen Regulierungsbehörden werden die Anwendung der neuen Roamingbestimmungen zusammen mit der Kommission genau beobachten, um Missbrauch zu verhindern.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/870&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Neue Programme 2007-2013 in Höhe von 380 Mio. € für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl*

Ausgehend von den Erfahrungen, die mit dem bisherigen Programm AENEAS gesammelt wurden, zielt das neue Programm darauf ab, Drittländer bei ihren Bemühungen um eine bessere Bewältigung der Migrationsströme mit all ihren Aspekten zu unterstützen. Der Schwerpunkt soll dabei auf den Ländern an den südlichen und östlichen Migrationsrouten zur Europäischen Union liegen, auch wenn andere Migrationsrouten sowie die Süd-Süd-Migration ebenfalls berücksichtigt werden sollen.

28. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/253&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Die Europäische Kommission (1958-1972) - Geschichte und Erinnerungen einer Institution. Die Kommission veröffentlicht ein Buch über die Grundlagen des heutigen Europas.*

Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gibt die Kommission am 29. Juni ein umfassendes Werk heraus, das ihre ersten Jahre (1958-1972) beschreibt. Es wurde von europäischen Historikern verfasst, die Gespräche mit 120 Zeitzeugen aufgezeichnet haben. Es veranschaulicht die Entstehung der Kommission, ihre ersten Bewährungsproben sowie ihre Entwicklung als politisches und administratives Organ. Präsident Barroso hat den Band den Staats- und Regierungschefs anlässlich des Europäischen Rates am 21. und 22. Juni überreicht, um ihnen Einblick in das Wirken der Kommission zu geben, die heute mehr denn je eine wichtige Rolle spielt.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/874&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Kommission genehmigt die ersten beiden Anträge auf Europäischen Globalisierungsfonds-Finanzhilfe*

Vladimír Spidla, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, erklärte heute, dass die ersten zwei Anträge für eine EGF-Förderung von der Kommission genehmigt und dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union zur Entscheidung vorgelegt wurden. Die ersten beiden EGF-Anträge kommen aus der französischen Automobilindustrie und betreffen Zulieferer der Hersteller Peugeot-Citroën und Renault. Beantragt wurden EGF-Mittel in Höhe von 2 558 250 € im ersten und 1 258 000 € im zweiten Fall. Bei beiden Anträgen ist das Ziel, Arbeitnehmer zu unterstützen, die entlassen wurden, weil durch Veränderungen des Welthandelsgefüges im Automobilsektor Unternehmen in Konkurs gehen mussten.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/880&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Europäische Kommission begrüßt Einigung der Mitgliedstaaten zum Europäischen Technologie-Institut*

Der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) hat sich heute auf eine allgemeine Vorgehensweise zur Einrichtung des Europäischen Technologie-Instituts (ETI) gemäß dem von der Europäischen Kommission im Oktober 2006 vorgelegten Vorschlag geeinigt. Das ETI, das die Bereiche Hochschullehre, Forschung und Wirtschaft in einer gemeinsamen Struktur zusammenführt, soll ein Markenzeichen für Spitzenqualität in Hochschulausbildung, Innovation und Forschung werden. Das Institut könnte 2008 operationell werden – vorausgesetzt, das Europäische Parlament billigt noch im Laufe dieses Jahres die erzielte Einigung. Organisatorisch gegliedert wird das ETI nach „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ (Partnerschaften aus Universitäten, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und anderen Akteuren für Innovation). Die Koordinierung obliegt einem personell kleinen Verwaltungsstab.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/882&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *EWSA-Preis für die organisierte Zivilgesellschaft ausgeschrieben*

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) schreibt bereits im zweiten Jahr in Folge den Preis für die organisierte Zivilgesellschaft aus. Dieses Mal wird der Preis hervorragende zivilgesellschaftliche Tätigkeiten zur Förderung der europäischen Integration und Identität honorieren.

Der EWSA möchte durch den jährlich verliehenen Preis intellektuelle und praktische Beiträge fördern, die den Bekanntheitsgrad der Rolle der organisierten Zivilgesellschaft im europäischen Integrationsprozess heben. Ziel ist die Würdigung und Förderung besonders gelungener Initiativen, um so die Ausarbeitung des gerade entstehenden Konzepts der partizipativen Demokratie zu unterstützen.

Der Preis wird für zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen aus der Europäischen Union ausgeschrieben und ist mit einem Preisgeld von 20 000 EUR dotiert.

Praktische Informationen über den Preis und insbesondere über die Bewerbungs- und Auswahlverfahren sind unter der folgenden Adresse zu finden:

[http://eesc.europa.eu/sco/prize\\_civ\\_soc/info\\_en.asp](http://eesc.europa.eu/sco/prize_civ_soc/info_en.asp) (Englisch)

[http://eesc.europa.eu/sco/prize\\_civ\\_soc/info\\_fr.asp](http://eesc.europa.eu/sco/prize_civ_soc/info_fr.asp) (Französisch)

Anmeldeschluss ist der 28. September 2007

Für zusätzliche Einzelheiten wenden Sie sich bitte an:

Patrick Fève (Tel.: +32 2 546 96 16, [Patrick.Feve@eesc.europa.eu](mailto:Patrick.Feve@eesc.europa.eu)).

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=CES/07/62&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Europäische Kommission begrüßt Einigung der Mitgliedstaaten zum Europäischen Technologie-Institut*

Der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) hat sich heute auf eine allgemeine Vorgehensweise zur Einrichtung des Europäischen Technologie-Instituts (ETI) gemäß dem von der Europäischen Kommission im Oktober 2006 vorgelegten Vorschlag geeinigt. Das ETI, das die Bereiche Hochschullehre, Forschung und Wirtschaft in einer gemeinsamen Struktur zusammenführt, soll ein Markenzeichen für Spitzenqualität in Hochschulausbildung, Innovation und Forschung werden. Das Institut könnte 2008 operationell werden – vorausgesetzt, das Europäische Parlament billigt noch im Laufe dieses Jahres die erzielte Einigung. Organisatorisch gegliedert wird das ETI nach „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ (Partnerschaften aus Universitäten, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und anderen Akteuren für Innovation). Die Koordinierung obliegt einem personell kleinen Verwaltungsstab.

25. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/882&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *State aid: Commission conditionally authorises €900 million state guarantee for BAWAG-PSK*

The European Commission has authorised under EC Treaty state aid rules a 900 million guarantee granted in 2006 to BAWAG-PSK, the fourth largest bank in Austria, by an Austrian law, the 'BAWAG P.S.K Sicherungsgesetz'. The authorisation is conditional on the achievement of the restructuring plan and the implementation of compensatory measures. The Commission had opened in November 2006 an in-depth investigation into whether this state guarantee was compatible with EC Treaty state aid rules (IP/06/601).

27. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/898&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## *Freier Dienstleistungsverkehr: Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich (und Portugal)*

Die Europäische Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um den Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs in Österreich und Portugal ein Ende zu setzen. Sie hat beschlossen, gegen Österreich Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben, weil das Land Rechtsvorschriften anwendet, mit denen Ärzte verpflichtet werden, ein Konto bei einer bestimmten Bank zu eröffnen. Außerdem hat die Kommission entschieden, Portugal förmlich zur Änderung bestimmter Rechtsvorschriften aufzufordern, bei denen es um Dienstleistungen im Baugewerbe und die Erstattung medizinischer Ausgaben, die Patienten in einem anderen Mitgliedstaat entstanden sind, geht. Die Aufforderungen ergehen in Form so genannter mit Gründen versehener Stellungnahmen, der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anrufen.

### **Österreich – Verpflichtung für Ärzte, ein Konto bei einer bestimmten Bank zu eröffnen**

Die Kommission hat beschlossen, gemäß Artikel 226 EG-Vertrag Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, weil die österreichischen Rechtsvorschriften in Oberösterreich Ärzten zur Auflage macht, ein Bankkonto bei der Oberösterreichischen Landesbank zu eröffnen. Nach Auffassung der Kommission verstoßen diese Bestimmungen gegen die Niederlassungsfreiheit, den freien Dienstleistungsverkehr und den freien Kapitalverkehr, die in den Artikeln 43, 49 bzw. 56 EG-Vertrag verankert sind.

27. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/905&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Staatsangehörigkeitserfordernis für Notare: Kommission verklagt sieben Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof, um dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen*

Die Europäische Kommission hat beschlossen, beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Luxemburg und **ÖSTERREICH** zu erheben, weil sie nur ihren eigenen Staatsangehörigen den Zugang zum Notarberuf gestatten. Die Kommission wird den Gerichtshof außerdem befassen, weil Portugal die Richtlinie 89/48 für den Beruf des Notars noch nicht in nationales Recht umgesetzt hat.

27. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/915&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Flexicurity: gute Arbeitsplätze für mehr Menschen*

Heute schlägt die Kommission vor, gemeinsame Flexicurity-Grundsätze aufzustellen, um Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Arbeitszufriedenheit dadurch zu fördern, dass Flexibilität und Sicherheit für Arbeitnehmer und Unternehmen miteinander verbunden werden. Flexicurity-Strategien können dabei helfen, die europäischen Arbeitsmärkte zu modernisieren und die Herausforderungen und Chancen der Globalisierung besser zu bewältigen beziehungsweise zu nutzen. Sie umfassen gleichzeitig flexible und sichere vertragliche Regelungen, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, umfassende Strategien des lebenslangen Lernens und moderne Systeme des Sozialschutzes, die während Zeiten der Arbeitslosigkeit eine angemessene Einkommensunterstützung bieten. Die Kommission legt auch eine Reihe von typischen Flexicurity-Optionen vor, um die Mitgliedstaaten bei der Konzeption ihrer nationalen Flexicurity-Strategien zu unterstützen und ihnen besseren Erfahrungsaustausch von bewährten Verfahren zu ermöglichen. In Übereinstimmung mit der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung sollen die gemeinsamen Flexicurity-Grundsätze sicherstellen, dass mehr Europäer aus der sich schnell verändernden globalen Wirtschaft größtmöglichen Nutzen ziehen.

27. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/919&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Eine einzige Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie (InterActive Terminology for Europe) nun in 23 Sprachen öffentlich zugänglich*

Heute wurde eine zentrale Anlaufstelle für EU-bezogene Terminologie im Rahmen einer von Europäischem Parlament und Europäischer Kommission veranstalteten Feier der Öffentlichkeit offiziell zugänglich gemacht. In der Datenbank „InterActive Terminology for Europe“, besser bekannt als IATE, sind die Terminologiedatenbanken der einzelnen Organe und Einrichtungen der EU in einer einzigen Datenbank, die 8,7 Millionen terminologische Einträge enthält und alle 23 EU-Amtssprachen abdeckt, zusammengefasst. IATE wird von den Übersetzungsdiensten der EU-Institutionen seit 2005 genutzt und trägt bereits wesentlich zur Qualitätssicherung in der schriftlichen Kommunikation der EU-Organe und -Einrichtungen bei. Durch einen problemlosen Zugang zu validierter EU-bezogener Terminologie gewährleistet IATE die kohärente und zuverlässige Terminologie, die für die Produktion klarer und eindeutiger Texte unerlässlich ist; diese wiederum sind erforderlich, um die Wirksamkeit und Transparenz des Rechtsetzungsverfahrens und eine effektive Kommunikation mit den Bürgern der Union zu garantieren.

28. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/962&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Schnellwarnsystem für Lebensmittelkontrollen: Fast die Hälfte aller Meldungen betreffen an der EU-Außengrenze zurückgewiesene Einfuhren*

Etwa 45 % der 2006 ergangenen Meldungen beim EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel betrafen Produkte aus Drittländern, die die EU-Kontrollbehörden wegen des festgestellten Risikos an der Grenze zurückgewiesen haben. EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou hat heute die Grenzkontrollstelle Antwerpens besucht, um auf die Bedeutung der Lebensmittelkontrollen und des EU-Schnellwarnsystems für die Lebensmittelsicherheit hinzuweisen. Kommissar Kyprianou legte den Jahresbericht 2006 zum Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) vor, aus dem hervorgeht, dass die Zahl der gemeldeten Risiken für die Lebensmittelsicherheit 2006 gegenüber 2005 um 5 % zurückgegangen ist. Damit liegt die Zahl dieser Meldungen erstmals unter der des Vorjahres. Der Rückgang erklärt sich insbesondere durch wirksame Maßnahmen gegen vorschriftswidrige Farbstoffe und die Anwendung neuer EU-Kriterien für bestimmte pathogene Mikroben, die die bisherigen unterschiedlichen nationalen Kriterien ersetzen. Insgesamt sind letztes Jahr im Rahmen des RASFF 6840 Meldungen über Lebens- und Futtermittelsicherheitsrisiken (gegenüber 7170 im Jahr 2005) eingegangen. Die meisten Meldungen betrafen Fischereiprodukte (21 %), gefolgt von Fleisch und Fleischprodukten (13 %) sowie Getreide und Backwaren (12 %). In dem Bericht wird auch auf einige größere Zwischenfälle des vergangenen Jahres bei der Lebensmittelsicherheit eingegangen, außerdem enthält der Bericht Vorschläge zur Behebung der Probleme.

28. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/966&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## *Klimawandel: Europa muss sich anpassen, um die Auswirkungen der Erderwärmung jetzt und in Zukunft zu mildern*

Der Klimawandel stellt eine doppelte Herausforderung dar: Europa muss nicht nur seine Treibhausgasemissionen drastisch verringern, sondern auch Maßnahmen treffen, um sich den gegenwärtigen und künftigen Klimaänderungen anzupassen und die negativen Folgen der Erderwärmung für den Menschen, die Wirtschaft und die Umwelt zu mildern. Dies ist die Hauptbotschaft des Grünbuchs, das die Europäische Kommission heute veröffentlicht hat und in dem Optionen für EU-Maßnahmen dargelegt sind, die den Prozess der Anpassung an den Klimawandel in Europa unterstützen sollen. Anpassung bedeutet Maßnahmen zur Bewältigung der sich wandelnden Klimabedingungen, beispielsweise durch effizientere Nutzung knapper Wasserressourcen oder durch Sicherstellung einer angemessenen Versorgung gebrechlicher und alter Menschen bei Hitzewellen. Beginnend mit einer großen Interessengruppenkonferenz, die unter der Schirmherrschaft der Kommission am 3. Juli in Brüssel stattfindet, soll das Grünbuch eine breite öffentliche Debatte zum Thema Anpassung in Europa anheizen.

29. JUNI 2007

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/979&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

# Steuerentwicklung in der EU

## Anstieg der Gesamtabgabenbelastung in der EU27 auf 39,6% des BIP im Jahr 2005

Im Jahr 2005 betrug die Gesamtabgabenquote<sup>1</sup> (d. h. das Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben insgesamt) in der EU27 39,6% des BIP gegenüber 39,2% im Vorjahr. Die -Abgabenquote der EU27 hat sich gegenüber 1995 (39,7%) kaum verändert, dennoch ist sie niedriger als der im Jahr 1999 verzeichnete Höchststand von 41,0%. Die Abwärtsentwicklung, die in den meisten Ländern im Jahr 1999 begonnen hatte, kam im Jahr 2005 zum Stillstand. Die Gesamtabgabenquote belief sich im Jahr 2005 in der Eurozone<sup>2</sup> (EZ13) auf 39,9%, gegenüber 39,6% im Vorjahr. Seit 1995 entwickeln sich die Abgaben in der Eurozone ähnlich wie in der EU27, allerdings auf einem etwas höheren Niveau.

Das Abgabenniveau in der EU ist im Vergleich zur übrigen Welt nach wie vor hoch. Die Abgabenquote in der EU27, übertrifft diejenige der USA und Japans um etwa 13 Prozentpunkte. Die Abgabenbelastung in den einzelnen Mitgliedstaaten ist allerdings äußerst heterogen. Die Spanne reichte im Jahr 2005 von unter 30% in Rumänien (28,0%), Litauen (28,9%), in der Slowakei (29,3%) und in Lettland (29,4%) bis hin zu über 50% in Schweden (51,3%) und Dänemark (50,3%).

Im vergangenen Jahrzehnt haben in einigen Mitgliedstaaten erhebliche Änderungen der Abgabenquoten stattgefunden. Die stärksten Rückgänge gab es in der Slowakei, wo die Gesamtabgabenbelastung von 39,6% im Jahr 1995 auf 29,3% im Jahr 2005 zurückging, und in Estland (von 37,9% auf 30,9%). Die deutlichsten Steigerungen verzeichneten Zypern (von 26,7% auf 35,6%) und Malta (von 27,3% auf 35,3%).

Diese Informationen basieren auf der Veröffentlichung „Taxation trends in the European Union: Data for the EU Member

States and Norway“<sup>3</sup>, die von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, und der Generaldirektion Steuern und Zollunion der Kommission herausgegeben wird. Diese Veröffentlichung beinhaltet harmonisierter Steuerindikatoren auf der Grundlage des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95), die einen genauen Vergleich der Steuersysteme und Steuerpolitiken zwischen den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen.

Die diesjährige Ausgabe enthält eine ausführliche Analyse der Konsumbesteuerung (Untergliederung der Verbrauchsteuern nach ihren Bestandteilen: MwSt., Energie-, Alkohol und Tabaksteuern und sonstige Steuern). und schließt erstmals Bulgarien und Rumänien, die der EU am 1. Januar 1997 beigetreten sind, ein.

### Abgabenbelastung der Arbeit weitgehend auf hohem Niveau stabil bei Anstieg der Belastung von Konsum und Kapital

In der EU27 insgesamt belief sich der durchschnittliche implizite Steuersatz (ITR) auf Arbeit<sup>4</sup> (einschließlich Sozialabgaben), der bevorzugte Indikator für die durchschnittliche Abgabenbelastung, im Jahr 2005 auf 35,2%. Der, seit der Jahrhundertwende verzeichnete Rückgang kam im Jahr 2005 zum Stillstand, trotz eines weit verbreiteten Wunsches nach einer Reduzierung der steuerlichen Belastung der Arbeit. Dennoch liegt die Abgabenbelastung unter dem Höchstwert des Jahres 2000 in Höhe von 36,5%. In den Mitgliedstaaten lag dieser Satz im Jahr 2005 in einer Spanne von 22,1% in Malta, 24,6% in Zypern, 25,5% im Vereinigten Königreich und 25,6% in Irland bis 46,4% in Schweden, 43,1% in Italien, 42,8% in Belgien und 42,1% in Frankreich. In den neuen Mitgliedstaaten, Bulgarien und



26. JUNI 2007

Rumänien, lag der Satz bei 34,2% und 26,7%. Obwohl einige Mitgliedstaaten der EU niedrige Steuersätze aufweisen, ist die durchschnittliche steuerliche Belastung der Arbeit in der EU im Durchschnitt beachtlich höher als in den anderen großen Industrieländern.

Im Gegensatz zum ITR auf Arbeit hat sich der durchschnittliche implizite Steuersatz auf Konsum<sup>4</sup> der EU27 erhöht: von 20,5% im Jahr 2001 auf 22,1% im Jahr 2005. Am höchsten besteuert wurde der Verbrauch in Dänemark (33,7%), Schweden (28,1%) und Finnland (27,6%), am geringsten waren die implizite Steuersätze in Spanien (16,3%), Litauen (16,5%) und Italien (16,9%). Die ITR in Bulgarien und Rumänien beliefen sich auf 24,6% und 18,5%.

Der durchschnittliche implizite Steuersatz auf Kapital<sup>4</sup> lag im Jahr 2005 in der EU27 bei 27,3%, gegenüber 25,3% im Jahr 2004. Diese Quote ist äußerst heterogen: von den Mitgliedstaaten, für die Daten für das Jahr 2005 vorlagen, wurden die höchsten impliziten Steuersätze auf Kapital in Dänemark (46,5%), Irland (41,4%) und Frankreich (38,9%), die niedrigsten in Estland (8,1%) und in Litauen (11,4%) verzeichnet, während Lettland 7,8% im Jahr 2004 registrierte.

Die Steuern auf Arbeit waren nach wie vor die größte Steueraufkommensquelle und machten rund die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen in der EU27 aus. Auf Kapitalsteuern entfielen etwa 22% des Gesamtsteueraufkommens, auf Verbrauchsteuern 28%.

|           | Steueraufkommen,<br>in % des BIP |             |             | Impliziter Steuersatz auf: |             |             |             |             |             |             |             |             |
|-----------|----------------------------------|-------------|-------------|----------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|           | 1995                             | 2004        | 2005        | Konsum                     |             |             | Arbeit      |             |             | Kapital     |             |             |
|           | 1995                             | 2004        | 2005        | 1995                       | 2004        | 2005        | 1995        | 2004        | 2005        | 1995        | 2004        | 2005        |
| EU27**    | 39,7                             | 39,2        | 39,6        | 21,5                       | 21,6        | 22,1        | 35,8        | 35,1        | 35,2        | 24,2        | 25,3        | 27,3        |
| EZ13**    | 39,9                             | 39,6        | 39,9        | 20,9                       | 21,6        | 21,8        | 36,0        | 36,2        | 36,8        | 23,4        | 28,4        | 30,4        |
| BE        | 43,8                             | 45,0        | 45,5        | 20,6                       | 22,0        | 22,2        | 43,8        | 43,0        | 42,8        | 25,3        | 33,9        | 34,5        |
| BG        | :                                | 35,3        | 35,9        | :                          | 23,7        | 24,6        | :           | 36,3        | 34,2        | :           | :           | :           |
| CZ        | 36,2                             | 36,8        | 36,3        | 22,1                       | 22,0        | 22,1        | 40,5        | 41,7        | 41,3        | 26,4        | 25,4        | 23,2        |
| DK        | 48,8                             | 49,3        | 50,3        | 30,5                       | 33,3        | 33,7        | 40,1        | 37,4        | 37,3        | 30,0        | 46,2        | 46,5        |
| DE        | 39,8                             | 38,8        | 38,8        | 18,8                       | 18,2        | 18,1        | 39,4        | 39,1        | 38,7        | 22,4        | 21,9        | 23,3        |
| EE        | 37,9                             | 31,4        | 30,9        | 20,6                       | 20,5        | 23,8        | 39,2        | 35,2        | 33,1        | 24,7        | 8,9         | 8,1         |
| IE        | 33,1                             | 30,5        | 30,8        | 24,9                       | 26,5        | 27,2        | 29,7        | 26,1        | 25,6        | 25,9        | 39,1        | 41,4        |
| EL        | 32,6                             | 34,3        | 34,4        | 17,6                       | 17,6        | 17,0        | 34,1        | 37,9        | 38,0        | 11,8        | 15,4        | :           |
| ES        | 32,7                             | 34,5        | 35,6        | 14,6                       | 16,1        | 16,3        | 28,9        | 29,3        | 30,1        | 20,3        | 33,5        | 36,0        |
| FR        | 42,7                             | 43,1        | 44,0        | 21,5                       | 20,2        | 20,2        | 41,2        | 41,4        | 42,1        | 31,2        | 36,9        | 38,9        |
| IT        | 40,1                             | 40,7        | 40,6        | 17,4                       | 16,9        | 16,9        | 37,8        | 43,1        | 43,1        | 25,9        | 29,5        | 29,0        |
| CY        | 26,7                             | 33,5        | 35,6        | 12,1                       | 19,4        | 19,3        | 23,1        | 22,8        | 24,6        | :           | :           | :           |
| LV        | 33,2                             | 28,5        | 29,4        | 19,3                       | 18,5        | 20,4        | 39,2        | 36,7        | 36,2        | :           | 7,8         | :           |
| LT        | 28,6                             | 28,3        | 28,9        | 17,7                       | 16,0        | 16,5        | 34,5        | 36,0        | 35,9        | 15,1        | 10,8        | 11,4        |
| LU        | 37,1                             | 37,9        | 38,2        | 21,1                       | 24,7        | 24,3        | 29,3        | 29,0        | 29,5        | :           | :           | :           |
| HU        | 41,6                             | 38,6        | 38,5        | 30,9                       | 27,7        | 26,5        | 42,6        | 39,9        | 40,5        | :           | :           | :           |
| MT        | 27,3                             | 34,2        | 35,3        | 15,4                       | 17,4        | 19,2        | 19,0        | 21,4        | 22,1        | :           | :           | :           |
| NL        | 40,2                             | 37,7        | 38,2        | 23,2                       | 24,9        | 25,4        | 34,4        | 30,6        | 30,7        | 21,2        | 22,1        | 21,2        |
| <b>AT</b> | <b>41,3</b>                      | <b>42,8</b> | <b>42,0</b> | <b>20,3</b>                | <b>21,5</b> | <b>21,3</b> | <b>38,7</b> | <b>40,9</b> | <b>40,9</b> | <b>25,6</b> | <b>25,5</b> | <b>23,1</b> |
| PL        | 37,1                             | 32,6        | 34,2        | 21,3                       | 18,7        | 19,8        | 35,9        | 34,7        | 35,5        | 21,5        | 20,7        | 22,2        |
| PT        | 31,9                             | 34,2        | 35,3        | 19,1                       | 20,0        | :           | 28,1        | 29,5        | :           | 18,8        | :           | :           |
| RO        | :                                | 27,3        | 28,0        | :                          | 16,8        | 18,5        | :           | 28,1        | 26,7        | :           | :           | :           |
| SI        | 40,2                             | 39,6        | 40,5        | 25,1                       | 24,8        | 24,5        | 38,9        | 38,1        | 38,5        | :           | :           | :           |
| SK        | 39,6                             | 29,7        | 29,3        | 27,1                       | 21,5        | 21,9        | 39,5        | 35,7        | 33,7        | 33,5        | 16,0        | 14,4        |
| FI        | 45,7                             | 43,4        | 43,9        | 27,6                       | 27,7        | 27,6        | 44,3        | 42,0        | 42,0        | 28,5        | 26,1        | 26,7        |
| SE        | 49,0                             | 50,5        | 51,3        | 27,9                       | 27,6        | 28,1        | 48,4        | 46,4        | 46,4        | 17,5        | :           | :           |
| UK        | 35,6                             | 35,9        | 37,0        | 20,1                       | 19,1        | 18,7        | 25,8        | 24,9        | 25,5        | 33,3        | 35,3        | 37,6        |
| NO        | 41,9                             | 43,8        | 44,3        | 30,2                       | 26,4        | 27,1        | 37,8        | 39,1        | 39,4        | :           | :           | :           |

Quelle: Dienststellen der Europäischen Kommission

\* Implizite Steuersätze (ITR) messen die tatsächliche durchschnittliche Abgabenbelastung der verschiedenen Arten von Einkommen oder wirtschaftlicher Aktivität, d. h. von Arbeit, Konsum und Kapital. Die ITR drücken die Gesamtsteuereinnahmen je Feld als Prozentsatz der möglichen Bemessungsgrundlage aus (vgl. Fußnote 4).

\*\* Die Gesamtabgabenquoten von EU27 und EZ13 werden als BIP-gewichteter Durchschnitt berechnet. Für alle anderen Indikatoren werden die Aggregate als arithmetische Mittel derjenigen Mitgliedstaaten berechnet, für die entsprechende jährliche Daten vorliegen.

: Daten nicht verfügbar

### Umweltsteuereinnahmen fallen auf niedrigsten Wert seit zehn Jahren

Trotz des großen öffentlichen Interesses an Umweltthemen sind die Einnahmen aus Umweltsteuern seit 1999 rückläufig. Mit 2,6% des BIP erreichten sie im Jahr 2005 den niedrigsten Wert seit zehn Jahren. Dieser Rückgang lässt sich auf niedrigere Energiesteuern zurückführen, während die Einnahmen aus anderen Umweltsteuern konstant blieben.

## Umweltsteuereinnahmen in % des BIP

|                       | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| <b>Umweltsteuern</b>  |      |      |      |      |      |      |      |      |      |      |      |
| EU27*                 | 2,8  | 2,8  | 2,8  | 2,8  | 2,9  | 2,8  | 2,7  | 2,7  | 2,7  | 2,7  | 2,6  |
| EZ13*                 | 2,7  | 2,7  | 2,7  | 2,7  | 2,8  | 2,7  | 2,6  | 2,6  | 2,7  | 2,6  | 2,6  |
| <b>Energiesteuern</b> |      |      |      |      |      |      |      |      |      |      |      |
| EU27*                 | 2,1  | 2,1  | 2,1  | 2,1  | 2,2  | 2,1  | 2,0  | 2,0  | 2,1  | 2,0  | 1,9  |
| EZ13*                 | 2,1  | 2,1  | 2,1  | 2,0  | 2,1  | 2,0  | 2,0  | 2,0  | 2,0  | 1,9  | 1,9  |

\* BIP-gewichteter Durchschnitt

Spitzensätze der Einkommen- und Körperschaftsteuern in den neuen Mitgliedstaaten im Durchschnitt niedriger

Die Spitzensätze der Einkommensteuer in der EU weisen eine erhebliche Bandbreite auf. Die höchsten Einkommensteuersätze fanden sich im Jahr 2006 in Dänemark (59,0%), Schweden (56,6%), den Niederlanden (52,0%) und Finnland (50,9%), die niedrigsten in Rumänien (16,0%), der Slowakei (19,0%), Estland (23,0%) und Bulgarien (24,0%).

Bei der Körperschaftsteuer<sup>6</sup> wurden die höchsten bereinigten Sätze in Deutschland (38,7%), Italien (37,3%), Malta (35,0%) und Frankreich (34,4%) registriert, die niedrigsten in Bulgarien und Zypern (jeweils 10,0%), Irland (12,5%) und Litauen (15,0%).

In den vergangenen Jahren zeigten die Spitzensteuersätze in der gesamten EU eine deutlich rückläufige Tendenz, vor allem im Bereich der Unternehmensteuern, aber auch bei den Einkommensteuern. Dabei lagen die Höchstsätze in den neuen Mitgliedstaaten durchweg deutlich niedriger.

## Höchster Regelsatz für die Einkommensteuer 2006, %

|      |      |      |      |      |       |      |      |      |      |       |      |      |      |      |
|------|------|------|------|------|-------|------|------|------|------|-------|------|------|------|------|
| RO   | SK   | EE   | BG   | LV   | LT    | CY   | CZ   | MT   | HU   | EU27* | LU   | IT   | EL   | FR   |
| 16,0 | 19,0 | 23,0 | 24,0 | 25,0 | 27,0  | 30,0 | 32,0 | 35,0 | 36,0 | 38,7  | 39,0 | 39,0 | 40,0 | 40,0 |
| PL   | UK   | DE   | IE   | PT   | EZ13* | ES   | BE   | AT   | SI   | FI    | NL   | SE   | DK   |      |
| 40,0 | 40,0 | 42,0 | 42,0 | 42,0 | 44,8  | 45,0 | 50,0 | 50,0 | 50,0 | 50,9  | 52,0 | 56,6 | 59,0 |      |

Quelle: Dienststellen der Europäischen Kommission; \* Arithmetisches Mittel

# Bereinigter höchster Regelsatz\* für die Körperschaftsteuer 2007, %

|      |      |      |      |      |               |      |      |      |      |      |      |               |      |             |
|------|------|------|------|------|---------------|------|------|------|------|------|------|---------------|------|-------------|
| BG   | CY   | IE   | LV   | RO   | LT            | HU   | PL   | SK   | EE   | SI   | CZ   | <b>EU27**</b> | EL   | <b>AT</b>   |
| 10,0 | 10,0 | 12,5 | 15,0 | 16,0 | 18,0          | 18,6 | 19,0 | 19,0 | 22,0 | 23,0 | 24,0 | <b>24,5</b>   | 25,0 | <b>25,0</b> |
| NL   | FI   | PT   | DK   | SE   | <b>EZ13**</b> | LU   | UK   | ES   | BE   | FR   | MT   | IT            | DE   |             |
| 25,5 | 26,0 | 26,5 | 28,0 | 28,0 | <b>28,5</b>   | 29,6 | 30,0 | 32,5 | 34,0 | 34,4 | 35,0 | 37,3          | 38,7 |             |

Quelle: Dienststellen der Europäischen Kommission; \*\* Arithmetisches Mittel

\* Der bereinigte höchste Regelsatz für die Körperschaftsteuer setzt sich zusammen aus der Körperschaftsteuer sowie gegebenenfalls Zusatzabgaben, lokalen Steuern und weiteren Abgaben auf Bemessungsgrundlagen, die der Körperschaftsteuer ähneln, aber häufig nicht identisch mit ihr sind. Zu Vergleichszwecken, wurde der einfache Körperschaftsteuersatz um diese Merkmale bereinigt.

1. Die Quote ‚Verhältnis der Steuern zum BIP‘ misst die Gesamtabgabenbelastung als Gesamtbetrag der Steuern und tatsächlichen Pflichtsozialbeiträge in Prozent des BIP. Dieser Indikator wird oft herangezogen, um die gesamte Abgabenbelastung zu messen, umfasst dabei auch die Abgaben auf Sozialtransfers. Da die Empfänger von Sozialleistungen oft direkte Nettozahlungen erhalten, spüren sie die Steuerbelastung nicht. Diese Definition unterscheidet sich geringfügig von der Definition in Statistik kurz gefasst, Wirtschaft und Finanzen, 31/2007, „Das Abgabenaufkommen in der EU: Erstmals seit 1999 Anstieg - auf 40,9% des BIP“ (siehe Pressemitteilung 41/2006 vom 20. März 2007), in der die freiwilligen und die unterstellten Sozialbeiträge einbezogen wurden. Der Unterschied zwischen den beiden Maßen entspricht rund 1 1/2% des BIP für die EU und die Eurozone Aggregate.

2. EU27: Belgien (BE), Bulgarien (BG), Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und Vereinigtes Königreich (UK). Eurozone (EZ13): Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Finnland.

3. "Taxation trends in the European Union: 1995-2005", EUR 40 (ohne MWSt.), nur in englischer Sprache erhältlich. Diese Veröffentlichung basiert auf dem Berichtsstand 1. Februar 2007. Dieser Bericht wurde bis 2006 unter dem Titel „Structures of the Taxation Systems in the EU“ veröffentlicht. Diese Veröffentlichung kann bei zugelassenen Verkaufsstellen erworben oder kostenlos im PDF-Format von der Eurostat-Internetsite oder der folgenden TAXUD-Seite heruntergeladen werden:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/gen\\_info/economic\\_analysis/tax\\_structures/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/index_de.htm)

1. Implizite Steuersätze (ITR) messen die tatsächliche durchschnittliche Abgabenbelastung der verschiedenen Arten von Einkommen oder wirtschaftlicher Aktivität, d. h. von Arbeit, Konsum und Kapital. Die ITR drücken die Gesamtsteuereinnahmen je Feld als Prozentsatz der möglichen Bemessungsgrundlage aus.

Der ITR auf Arbeit zeigt das Verhältnis zwischen den auf das Erwerbseinkommen erhobenen Steuern und Sozialabgaben und den Arbeitskosten. Der Zähler umfasst alle auf Einkommen aus unselbstständiger Arbeit erhobenen direkten und indirekten Steuern und die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, während sich der Nenner aus den gesamten Entgelten der im Wirtschaftsgebiet beschäftigten Arbeitnehmer zuzüglich Steuern auf die Lohnsumme oder die Beschäftigtenzahl zusammensetzt. Er wird nur für unselbstständige Arbeit berechnet (und enthält somit nicht die Abgabenbelastung auf soziale Transferleistungen, einschließlich Renten). Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich möglicherweise eine in den einzelnen Teilen des Einkommensspektrums sehr unterschiedliche Abgabenbelastung.

Der ITR auf Konsum ist das Verhältnis der Einnahmen aus Konsumsteuern zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte im Wirtschaftsgebiet.

Der ITR auf Kapital umfasst im Zähler die Steuern auf die Einkünfte der privaten Haushalte und Kapitalgesellschaften aus Kapitalvermögen sowie die Steuern auf in früheren Perioden gebildetes Kapitalvermögen. Der Nenner des ITR auf Kapital ist ein Näherungswert für die weltweiten Kapitaleinkünfte und Gewinne der Gebietsansässigen der Mitgliedstaaten für die Zwecke der Besteuerung im jeweiligen Mitgliedstaat. Die Entwicklungen dieser ITR auf Kapital sind das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren und sollten mit Vorsicht interpretiert werden.

Alle ITR für die EU und die Eurozone werden als arithmetische Mittel berechnet.

1. Der höchste Regelsatz für die Einkommensteuer ist der Steuersatz für die höchste Einkommensteuerklasse ohne Zusatzabgaben. Für Dänemark, Finnland und Schweden ist darin auch die kommunale Einkommensteuer enthalten.

2. Der bereinigte höchste Nominalsteuersatz für die Körperschaftsteuer setzt sich zusammen aus der Körperschaftsteuer sowie, gegebenenfalls aus Zusatzabgaben, lokalen Steuern und weiteren Abgaben auf Bemessungsgrundlagen, die der Körperschaftsteuer ähneln, aber häufig nicht identisch mit ihr sind. Zu Vergleichszwecken, wurde der einfache Körperschaftsteuersatz um diese Merkmale bereinigt.

# 26. Juni – Internationaler Tag gegen Folter

## *Der Kampf gegen die Folter: eine wichtige Priorität der EU*

*Die Verhütung und Abschaffung aller Formen von Folter und Misshandlungen in der EU und weltweit ist eines der Hauptziele der Menschenrechtspolitik der EU. Die 2001 angenommenen EU-Leitlinien gegen Folter geben den allgemeinen Rahmen für das diesbezügliche Vorgehen der EU gegenüber Drittländern sowie auf multilateralen Menschenrechtsforen vor. Die Leitlinien sehen den Einsatz des gesamten verfügbaren Instrumentariums der Diplomatie und Zusammenarbeit vor. Hierbei stehen vor allem der politische Dialog, Demarchen und die Unterstützung im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) im Vordergrund. Zudem wirft die EU das Thema Folter systematisch in ihren Beziehungen zu Drittländern auf. Die EU setzt derzeit ihren „globalen Aktionsplan“ über Folter um, der Demarchen in allen Ländern im Zusammenhang mit Folter und Misshandlung vorsieht. Zu den Fragen, die im Zuge dieser Demarchen angesprochen werden, gehören die Ratifizierung bzw. Umsetzung des UN-Übereinkommens gegen Folter (UNCAT), die Genehmigung von Besuchen des UN-Sonderberichterstatters über Folter und damit zusammenhängende Aspekte sowie das jeweilige Land betreffende Angelegenheiten.*

Die Verhütung von Folter und die Rehabilitation von Folteropfern ist eine wichtige Priorität der finanziellen Unterstützung im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR). Dazu gehört auch die Finanzierung von Rehabilitationszentren für Folteropfer innerhalb der EU. In den letzten fünf Jahren wurden im Durchschnitt 11,7 Mio. EUR jährlich für entsprechende Projekte bereitgestellt

(22,6 Mio. EUR im Zeitraum 2005-2006). Damit wurde das EIDHR zur wichtigsten Finanzierungsquelle für nichtstaatliche Projekte, die auf die Opferrehabilitation und die Verhütung der Folter in der Welt abzielen. Die ausgewählten Projekte sollen zu einer Stärkung der EU-Politik beitragen und betreffen beispielsweise die Sensibilisierung für das Fakultativprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter (OPCAT), Nachforschungen über die Lieferung von Foltertechnologie und Unterstützung bei der Rehabilitation von Folteropfern.

Mit dem EIDHR werden derzeit Rehabilitationsmaßnahmen für Folteropfer in 41 Ländern der Welt unterstützt, darunter 20 Rehabilitationszentren und -netze in 16 EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Lettland, Ungarn, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Im EIDHR-Strategiepapier für 2007-2010, über das derzeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament beraten wird, schlägt die Kommission die Bereitstellung von 44 Mio. EUR in den nächsten vier Jahren für den Kampf gegen die Folter vor (11 Mio. EUR jährlich). Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird wie bisher an die Rehabilitationszentren für Folteropfer innerhalb und außerhalb der EU gehen.

### **Die Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten**

Dem vollständigen Verbot von Folter und Misshandlung wird in Artikel 4 der Grundrechtecharta der EU Rechnung getragen: „Niemand darf der Folter oder



26. JUNI 2007

unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“ Artikel 3 der Konvention des Europarats zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten hat denselben Wortlaut.

Als Mitglieder des Europarats haben alle EU-Mitgliedstaaten das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter ratifiziert, das Besuche von Haftanstalten durch den Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter vorsieht. Die EU unterstützt aktiv den wertvollen Beitrag des Europarates in diesem Bereich, indem unter anderem der Ausschuss uneingeschränkten Zugang zu allen Gefängnissen erhält und seine Empfehlungen in vollem Umfang umgesetzt werden.

Die Mitgliedstaaten müssen nach der EG-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Artikel 20) gewährleisten, dass Folteropfer die benötigte Behandlung erhalten. Aufgrund einer kürzlich durchgeführten EU-weiten Untersuchung kam der International Rehabilitation Council for Torture Victims (IRCT) zu dem Schluss, dass nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nachkommt, indem sie ausreichende Finanzmittel für die nationalen Rehabilitationszentren bereitstellen und entsprechende Entwicklungshilfe leisten. Der IRCT hat auch den unzureichenden Beitrag der Mitgliedstaaten zum Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter (UNVFT) moniert, der für die Zentren in der Welt nach dem EIDHR die zweitwichtigste Finanzierungsquelle darstellt.

### In der EU lebende Folteropfer

Trotz des vollständigen Verbots von Folter und Misshandlung, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im UN-Übereinkommen gegen Folter verankert ist, sind Folter und andere Formen der Misshandlung weit verbreitet. Nach Angaben von Amnesty International kam es 2006 in 102 Ländern zu Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte, Polizei und andere Behörden.

Der IRCT schätzt die Zahl der in der EU lebenden Folteropfer auf etwa 400 000. Die meisten davon sind Flüchtlinge. Nach Ansicht des IRCT erhalten jährlich nur 16 000 dieser Menschen medizinische, psychologische und soziale Unterstützung. Nach Schätzungen des IRCT waren rund 20 % der Asylbewerber in der EU zuvor in ihren Heimatländern Gewalt oder Folter in der einen oder anderen Form ausgesetzt. ■

### Weitere Informationen:

Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik der EU:  
[http://ec.europa.eu/external\\_relations/human\\_rights/torture/index.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/torture/index.htm)

EU-Leitlinien über Folter:  
[http://ec.europa.eu/external\\_relations/human\\_rights/torture/guideline\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/torture/guideline_en.htm)

Amnesty International:  
<http://www.amnesty.org/>

IRCT:  
<http://www.irct.org/>

# Finanzdienstleistungen:

*Kommission fordert 24 Mitgliedstaaten formell zur vollständigen Umsetzung der Finanzmarktrichtlinie („MiFID“) in nationales Recht auf*

*Die Kommission hat 24 Mitgliedstaaten (alle außer Irland, Rumänien und das Vereinigte Königreich) offiziell aufgefordert, die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive – MiFID) und ihre Durchführungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die Aufforderungen ergehen in Form so genannter mit Gründen versehener Stellungnahmen, der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anrufen.*

Die Kommission hat den 22 Mitgliedstaaten (allen außer Irland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und dem Vereinigten Königreich), die die Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2004/39/EG) innerhalb der am 31. Januar 2007 abgelaufenen Frist nicht in nationales Recht umgesetzt hatten, mit Gründen versehene Stellungnahmen zugestellt. Außerdem hat sie den 24 Mitgliedstaaten (allen außer Irland, Rumänien und dem Vereinigten Königreich), die die Durchführungsrichtlinie (Richtlinie 2006/73/EG) zur MiFID mit weiteren Bestimmungen innerhalb der am selben Tag abgelaufenen Frist nicht umgesetzt hatten, mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt. Bislang haben nur Irland, Rumänien und das Vereinigte Königreich die MiFID und ihre Durchführungsrichtlinie vollständig umgesetzt.

Die Bestimmungen der MiFID gelten ab dem 1. November 2007. Durch die neunmonatige Zeitspanne zwischen der Umsetzung in nationales Recht und der Anwendbarkeit

sollte den Finanzmarktteilnehmern die Zeit gegeben werden, sich auf die neuen Bestimmungen einzustellen. Aufgrund der verzögerten Umsetzung verkürzt sich diese Vorbereitungszeit in den meisten Mitgliedstaaten.

Durch die MiFID wird ein neuer Rechtsrahmen für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen in der EU geschaffen, der unter anderem Zulassungs- und Betriebsbestimmungen für Wertpapierfirmen und geregelte Märkte vorsieht. Zu den wichtigsten Merkmalen der Richtlinie gehört, dass sie es Wertpapierfirmen ermöglicht, auf der Grundlage der in einem Mitgliedstaat erlangten Zulassung in anderen Mitgliedstaaten Finanzdienstleistungen zu erbringen. Die Vorteile dieser Regelung können sich nur voll entfalten, wenn alle Mitgliedstaaten die Richtlinie bis zum 1. November 2007 vollständig umgesetzt haben.

Daher hat die Kommission am 20. April 2007 den ersten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens in Bezug auf die MiFID gegen 23 Mitgliedstaaten und in Bezug auf die Durchführungsrichtlinie gegen 24 Mitgliedstaaten eingeleitet, indem sie diese anhand von Aufforderungsschreiben ersuchte, zu der verspäteten Umsetzung Stellung zu nehmen.

Nach Erhalt der mit Gründen versehenen Stellungnahme haben die Mitgliedstaaten zwei Monate Zeit, um die Bestimmungen der Richtlinien in nationales Recht umzusetzen.



27. JUNI 2007

## Was ist die MiFID?

Als einer der Eckpfeiler des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen wird die MiFID bei der Schaffung eines soliden gemeinsamen Regulierungsrahmens für die europäischen Wertpapiermärkte eine zentrale Rolle spielen. Die MiFID wird Hindernisse für die EU-weite Tätigkeit von Wertpapierfirmen auf der Grundlage einer einmaligen Zulassung („MiFID-Pass“) aus dem Weg räumen, den Wettbewerb fördern, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäischen Handelsplätze schaffen und europaweit ein hohes Maß an Anlegerschutz gewährleisten. ■

Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/community\\_law/eulaw/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/community_law/eulaw/index_en.htm)